

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift "Neue Welt" 10 Pf. Post-Konnoement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Einzelne, in der Post-Vertheilungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 30. März 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Quartals richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgeboten; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofs hergestellt werden, damit sie ungehindert ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. — Je größer aber die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

In unserem Heftchen beginnt nach Schluß der eben begonnenen kurzen Erzählung: „Zu Tode geht“, der Abdruck der geschichtlichen Erzählung:

„Berliner Märztag“

von Michel Deutsch,

auf welches Werk wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

In Tode geht!

Eine Erzählung nach dem Leben von Franz Heib.

II.

Sie hatten sich jetzt, Ende Oktober, recht gut auf ihrer neuen Besitzung eingewirtschaftet. Die erste Ernte fiel zufriedenstellend aus, und so faßten sie Hoffnung, daß alles sich noch gut machen würde.

Anfang November war das letzte eingebracht und gelagert. Ein Kaufmann aus Hohenthal kaufte um diese Zeit von Schwarz hundert Scheffel Gerste à 4 Mark, in vierzehn Tagen zu liefern. Der Gutsbesitzer ließ sofort mit dem Dreschen der verlangten Quantität beginnen.

Als jetzt 80 Scheffel fertig auf der Tenne lagen, brach während einer finsternen Dezembernacht in der Scheune Feuer aus, lichterloh, weithin sichtbar wie eine gelbe Kralle. Zum Glück war die Nacht windstill. Trotzdem fand Schwarz, als er aus dem Bett herzustieg, das bereits gedroschene Getreide fast ganz verbrannt, außerdem viele beim Dreschen verwendete Geräte. Schuppen und Stall waren gleichfalls vom Feuer schon erfaßt.

Man löschte aufs angestrengteste mit Eimern, die aus dem Brunnen immer neu gefüllt wurden. Nach Verlauf einer Stunde war auch die Hohenthalische Spritze zur Stelle. (Das Dorf Seuden besaß keine.)

Aber es war zu spät. Scheune, Schuppen und Stall schienen schon dem Einstürzen nahe.

Eine ungeheure Rauchwolke wirbelte gluthbesiegten empor, von tanzennden Funken durchzogen, wie von einem aus seinem Korbe aufgestörten Dienenschwarm. Tolles Durcheinander: ächzendes Naderknarren — zischende Wasserstrahlen — dunkle Gestalten hin und her huschend — Peitschentknall — verworrene Jurnse. Gepensstisch flackerte und tanzte der Widerschein der noch nicht ganz unterdrückten Flammen auf den regelmäßigen, kreideweiß getünchten Wänden des Hofes. Das Vieh, in den durch das

Wie man heute Revolutionen macht.

Dieses Thema behandelt unser alter Vorläufer Friedrich Engels in der unter dem Zeichen des deutschen Umsturzgesetzes geschriebenen Einleitung zu einer in den nächsten Tagen erscheinenden neuen Auflage der Marx'schen Broschüre über die Klassenkämpfe in Frankreich. Engels zeigt hier mit gewohnter Meisterhand — zu Ruh und Frommen aller Höfler's, Bogulanowski's und Mirbach's, die nach der „That“ schreien, zu Ruh und Frommen aller derer, die in dem Schwert ein Mittel sehen, das in der Hand von Fürsten auch gegen den inneren Feind nie versagt — daß mit der ökonomischen und technischen Entwicklung auch die Revolutionstechnik der jeweils unterdrückten Klassen sich verändert. Er zeigt, daß das heutige Proletariat, aller Provokationen ungeachtet, sinnlos sein müßte und nicht daran denkt, zu der alten Barrikadenrevolution zurückzukehren, daß ihm in dem allmählichen Durchdringen der absterbenden kapitalistischen Gesellschaft mit dem sozialistischen Gedanken ein weit revolutionäreres Mittel zu Gebote steht. Doch lassen wir unseren Altmeister selbst sprechen.

Der Krieg von 1870/71 und die Niederlage der Kommune hatten, wie Marx vorhergesagt, den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung einstuweilen von Frankreich nach Deutschland verlegt. In Frankreich brauchte es selbstverständlich Jahre, bis man sich von dem Abfall des Mai 1871 erholt hatte. In Deutschland dagegen, wo die ebendrei von dem französischen Milliardenhegen geradezu treibhausmäßig geförderte Industrie sich immer rascher entwickelte, wuchs noch weit rascher und nachhaltiger die Sozialdemokratie. Dank dem Verständnis, womit die deutschen Arbeiter das 1866 eingeführte allgemeine Stimmrecht benutzten, liegt das stunnerregende Wachstum der Partei in unbestreitbaren Zahlen offen vor aller Welt. 1871: 102 000, 1874: 352 000, 1877: 493 000 sozialdemokratische Stimmen. Dann kam die hohe obrigkeitliche Anerkennung dieser Fortschritte in Gestalt des Sozialistengesetzes; die Partei war momentan gesprengt, die Stimmzahl sank 1881 auf 312 000. Aber das war rasch überwunden, und nun, unter dem Druck des Ausnahmegesetzes, ohne Presse, ohne äußere Organisation, ohne Vereins- und Versammlungsrecht, nun sind die rasche Ausbreitung erst recht an: 1884: 550 000, 1887: 763 000, 1890: 1 427 000 Stimmen. Da erlangte die Hand des Staats. Das Sozialistengesetz verschwand, die sozialistische Stimmzahl stieg auf 1 787 000, über ein Viertel der sämtlichen abgegebenen Stimmen. Die Regierung und die herrschenden Klassen hatten alle ihre Mittel erschöpft — nutzlos, zwecklos, erfolglos. Die handgreiflichen Beweise ihrer Ohnmacht, die die Behörden, vom Nachtwächter bis zum Reichskanzler,

*) Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. Von Karl Marx. Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850. Mit Einleitung von Friedrich Engels. Berlin 1895. Verlag der Expedition des „Vorwärts“.

Feuer unzugänglich gewordenen Ställen eingeschperret, brüllte vor totem Schreck erschlich auf. Im Geflügelstall kreischte und zeterie es schrill und warf sich in blinder Verzweiflung gegen das Holzgestäbe: Hühner, Gänse und Enten. Eine entwirrte Laube schwang sich taumelnd hoch oben im Zenith der von der Gluth orangegelb durchschienenen Rauchsäule. Sie sah aus, wie ein geschwantes helles Tuch.

Schwarz, nur in der Hofe, über das bloße Hemd seinen Pelzmantel geschlagen, stand oben auf der Tenne und leitete die Löscharbeiten. Er triefte von Schweiß, in die Bemühtigkeit des blonden Vollbarts setzte sich der Auf; im Bemühen, sich hastig mit dem Aermel abzutrocknen, wischte er sich das Gesicht ganz schwarz. Er schrie, suchte mit den Armen, stampfte, wenn seine Befehle nicht schnell genug ausgeführt wurden, mit seinen schweren nageelbeschlagenen Schäftstiefeln wüthend auf, ohne sich weiter darum zu kümmern, ob die angelegten Dielen unter ihm durchbrechen würden. „Retten, was zu retten ist!“ war sein einziger, alles andere verdrängender Gedanke. Der eisig kalte Dezemberwind fuhr ihm schneidend durch's offene Hemd auf die feberheiße Brust — er achtete es nicht und kommandirte weiter, ohne den Mantel zu schließen.

Seine Knechte schlepten unausgesetzt Eimer Wassers herbei. Auch war jetzt eine zweite Spritze aus dem zwei Stunden entfernten Städtchen Allenfeld angekommen und in Aktion getreten. Sie jagte sich voll aus dem nahen Bach und gab einen dicken, beim Aufsprall wüthend zischenden Strahl von sich. Geräth und Pferde und Bedienungsmannschaft wurden hier und da von einem Fladerwurf auf einen Augenblick aus ihrer dunklen Unbestimmbarkeit grell herausgerissen.

Das Feuerhorn des Dörfchens gellte, die Thurmglocke dröhnte, Gebäll polterte zusammen.

Schwarz froz nicht in der eiskalten Nacht, trotz seiner sehr unvollständigen Bekleidung. Der nahe Brandherd wärmte ihn — und fast noch mehr seine innerliche Gluth, die qualende, leberpressende Fieberhitze; zu wissen, wer wohl der infame Brandstifter sei. Es genau zu wissen, mit Beweisen, so daß man zupacken könnte!

Ordentlich zupacken!!

hatten einstecken müssen — und das von den verachteten Arbeitern! — diese Beweise zählten nach Millionen. Der Staat war am Ende seines Lateins, die Arbeiter erst am Anfang des ihrigen.

Die deutschen Arbeiter hatten aber zudem ihrer Sache noch einen zweiten großen Dienst erwiesen neben dem ersten, der mit ihrer bloßen Existenz als die stärkste, die disziplinierteste, die am raschesten anwachsende sozialistische Partei gegeben war. Sie hatten ihrer Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert, indem sie ihnen zeigten, wie man das allgemeine Stimmrecht gebrauchte.

Sie haben das Wahlrecht, in den Worten des französischen marxistischen Programms, transformé, de moyen de dupériorité qu'il a été jusqu'ici, en instrument d'émancipation — es ver wandelt aus einem Mittel der Pöresserei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung. Und wenn das allgemeine Wahlrecht keinen anderen Gewinn geboten hätte, als daß es uns erlaubte, uns alle drei Jahre zu wählen; daß es durch die regelmäßig konstatirte, unerwartet rasche Steigerung der Stimmzahl in gleichem Maße die Siegesgewissheit der Arbeiter wie den Schrecken der Gegner steigerte und so unser bestes Propagandamittel wurde; daß es uns genau unterrichtete über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien, und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion lieferte, wie es keinen zweiten giebt, uns vor unzeitiger Zaghaftheit ebenso sehr bewahrte wie vor unzeitiger Tollkühnheit — wenn das der einzige Gewinn wäre, den wir vom Stimmrecht haben, dann wäre es schon über und über genug.

Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kämen, sich weit mehr zu fürchten vor der geschlichen als vor der ungeheulichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Barrikade.

Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet.

Machen wir uns keine Illusion darüber: ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg, wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten. Darauf hatten aber die Insurgenten es auch eben so selten angelegt. Es handelte sich für sie nur darum, die Truppen müde zu machen durch moralische Einflüsse, die beim Kampf zwischen den Armeen zweier kriegsführender Länder gar nicht oder doch in weit geringerem Grade ins Spiel kommen. Gelingt das, so versagt die Truppe, oder die Befehlshaber verlieren den Kopf, und der Aufstand siegt. Gelingt das nicht, so bewährt sich, selbst bei einer Minderzahl auf Seiten des Militärs, die Ueberlegenheit der besseren Ausrüstung und Schulung, der einheitlichen Leitung, der planmäßigen Verwendung der Streitkräfte und der Disziplin. Das höchste, wozu es die Insurrektion in wirklich taktischer Aktion bringen kann, ist die fünfgepaltene Anlage und Vertheidigung einer einzelnen Barrikade. Gegenseitige Unterstützung, Aufstellung resp. Verwendung von Reserven, kurz das schon zur Vertheidigung eines Stadtbezirks, geschweige einer ganzen großen Stadt, unentbehrliche Zusammenwirken

Er ließ jetzt die sahl glimmende Gerste (für den Scheffel hätte er 4 M. bekommen! Nun war sie fast werthlos —) mit Wasser kühlen und dann in den Hof hinab schütten. Mit einem leise, fast täglich zischenden Ton schoß die körnige, matt durchleuchtete Fluth qualmverbreitend hinunter. Hier und da flog ihm ein glühendes Korn auf die Haut. Er achtete nicht darauf. Ein schlecht geleiteter Spritzenstrahl traf ihn und durchdrachte ihn bis auf die Knochen. Er fragte nichts danach. Er schüttelte sich leicht, wie eine Ente nach dem Tauchen, und murmelte nur vor sich hin: „Wenn ich den Hund hätte — den gemeinen Hund!“

Da rief seine Frau, die händeringend mit Anchen unten stand: „Mann! Dort! Sieh nur! Da kommt wer!“

Er sah hinab. Da ging quer über den Hof — Kendlmann. Wirklich Kendlmann selbst!

Ganz gemüthlich über den Hof — über seinen Hof!

Es war inzwischen Morgenanbruch geworden. Zahl glomn eine leblose Morgenröthe über den schwermüthigen, wolkendeckten Himmel. Die Wolken hatten etwas Trüges, Unwirkliches, als hätten sie sich nicht recht ausgeschlafen und wüchten sich geru noch ein Stündchen aufs andere Ohr wälzen.

Wie kam Kendlmann zu dieser Stunde aus dem Bett? Und wo er doch jetzt in Hohenthal wohnte! Da mußte er ja schon vor ein paar Stunden aufgestanden sein, um jetzt schon hier herumspazieren!

Kendlmann hatte seinen hohen Pelztragen in die Höhe geschlagen. Jetzt, wie er in den Widerschein des Feuers trat, dem hohen Standort des Schwarz gegenüber, klappte er den Kragen plögllich herab.

War es, um sich dem da oben kenntlich zu machen? Jedenfalls sah es sein Feind als Herausforderung auf.

„Der feige Schuft!“ knirschte er, obgleich Kendlmann sich ja doch offenbar muthig bewies. Dessen Fuchsgesicht strahlte von Schadenfreude und unverhohlenem Triumph. Er piff einen Gassenhauer vor sich hin und schwenkte den bieglamen Spazierstock, einen sogenannten Ochsenziemer, gegen seine gelblederne Reithose. Das war deutlich. Denn ein Ochsenziemer wird nicht nur zum Spazierengehen, sondern auch als Prügel gebraucht.

und ineinander greifen der einzelnen Abtheilungen wird nur höchst mangelhaft, meist garnicht zu erreichen sein; Konzentration der Streitkräfte auf einen entscheidenden Punkt fällt da von selbst weg. Damit ist die passive Verteidigung die vorwiegende Kampfform; der Angriff wird sich hier und da, aber auch nur ausnahmsweise, zu gelegentlichen Vorstößen und Plänkchenausfällen auftragen, in der Regel aber sich nur auf Befestigung der von der zurückgehenden Truppe verlassenen Stellungen beschränken. Wozu noch auf Seiten des Militärs die Verfügung über Geschütz und vollständig ausgerüstete und geübte Genietruppen kommt, Streitmittel, die den Insurgenten in fast allen Fällen gänzlich abgehen. Kein Wunder also, daß selbst die mit dem größten Heldennuth geführten Vorrückungskämpfe — Paris Juni 1848, Wien Oktober 1848, Dresden Mai 1849 — mit der Niederlage des Aufstandes endigten, sobald die angreifenden Führer, ungehemmt durch politische Rücksichten, nach rein militärischen Gesichtspunkten handelten und ihre Soldaten zuverlässig blieben.

Die zahlreichen Erfolge der Insurgenten bis 1848 sind sehr mannigfachen Ursachen geschuldet. In Paris Juli 1830 und Februar 1848, wie in den meisten spanischen Straßenkämpfen, hand zwischen den Insurgenten und dem Militär eine Bürgerwehr, die entweder direkt auf Seite des Aufstandes trat, oder aber durch laune unentschiedene Haltung die Truppen ebenfalls ins Schwanken brachte und dem Aufstand abendreich Waffen lieferte. Da, wo diese Bürgerwehr von vornherein gegen den Aufstand austrat, wie Juni 1848 in Paris, wurde dieser auch besiegt. In Berlin 1848 siegte das Volk theils durch den bedeutenden Zuwachs neuer Streitkräfte während der Nacht und des Morgens am 19., theils infolge der Erschöpfung und schlechten Verpflegung der Truppen, theils endlich infolge der erlahmenden Befehlsgebung. In allen Fällen aber wurde der Sieg erkämpft, weil die Truppe versagte, weil den Befehlshabern die Entschlußfähigkeit ausging, oder aber weil ihnen die Hände gebunden waren.

Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe wirkte also die Barrikade mehr moralisch als materiell. Sie war ein Mittel, die Festigkeit des Militärs zu erschüttern. Hielt sie vor, bis dies gelang, so war der Sieg erreicht; wo nicht, war man geschlagen.

Die Chancen standen übrigens schon 1849 ziemlich schlecht. Die Bourgeoisie hatte sich überall auf die Seite der Regierungen geschlagen, „Bildung und Besitz“ begründeten und bewirkten das gegen Aufstände ausstehende Militär. Die Barrikade hatte ihren Hauber verloren; der Soldat sah hinter ihr nicht mehr „das Volk“, sondern Rebellen, Wähler, Plünderer, Zehner, den Auswurf der Gesellschaft; der Offizier war mit der Zeit bewandert geworden in den tatsächlichen Formen des Straßenkampfes, er marschirte nicht mehr gerade aus und ungedeckt auf die improvisierte Brustwehr los, sondern umging sie durch Gärten, Höfe und Häuser. Und das gelang jetzt, bei einigem Geschick, in neun Fällen von zehn.

Seitdem aber hat sich noch sehr viel verändert, und alles zu gunsten des Militärs. Sind die Großstädte bedeutend größer geworden, so noch mehr die Armeen, Paris und Berlin sind seit 1848 nicht um vierfache gewachsen, ihre Garnisonen aber um mehr als das. Diese Garnisonen können vermittelt der Eisenbahnen in 24 Stunden sich mehr als verdoppeln, in 48 Stunden zu Millionenarmeen anschwellen. Die Bewaffnung dieser enorm verstärkten Truppenzahl ist unvergleichlich wirksamer geworden. 1848 der glatte Perkussions-Vordrucker, heute der kleinligrige Magazin-Hinterlader, der viermal so weit, zehnmal so genau und zehnmal so rasch schießt wie jener. Damals die relativ schwach wirkenden Vorkugeln und Kartätschen der Artillerie, heute die Perkussionsgranaten, deren eine hinreicht, die beste Barrikade zu zertrümmern. Damals die Epikurade des Pioniers zum Durchbrechen von Brandmauern, heute die Dynamitpatrone.

Auf Seiten des Insurgenten dagegen sind alle Bedingungen schlechter geworden. Ein Aufstand, mit dem alle Volksschichten sympathisiren, kommt schwerlich wieder; im Klassenkampf werden sich wohl nie alle Mittelstschichten so ausschließlich ums Proletariat gruppiren, daß die um die Bourgeoisie sich schauende Reaktionspartei dagegen fast verschwinde. Das „Volk“ wird also immer getheilt erscheinen, und damit fehlt ein gewaltiger, 1848 so äußerst wirksamer Hebel. Können auch auf Seite der Aufständischen mehr gediente Soldaten, so wird ihre Bewaffnung um so schwieriger. Die Jagd- und Luftpistolen der Waffen-

laden — selbst wenn nicht vorher von Polizeiwegen durch Wegnahme eines Schloßheiles unbrauchbar gemacht — sind auch im Nothfall dem Magazingewehr des Soldaten nicht entfernt gewachsen. Bis 1848 konnte man aus Pulver und Blei sich die nöthige Munition selbst machen, heute ist die Patrone für jedes Gewehr verschieden, und nur in dem einen Punkt überall gleich, daß sie ein Kunstprodukt der großen Industrie, also nicht extempore anfertigen ist, daß also die meisten Gewehre nutzlos sind, so lange man nicht die spezial für sie passende Munition hat. Und endlich sind die seit 1848 neugebauten Viertel der großen Städte in langen, graben, breiten Straßen angelegt, wie gemacht für die Wirkung der neuen Geschütze und Gewehre. Der Revolutionär mühte verdrückt sein, der sich die neuen Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampfe selbst aussuchte.

Versteht der Leser nun, weshalb die herrschenden Klassen uns platterdings dahin bringen wollen, wo die Flinten schießen und der Säbel haut? Warum man uns heute der Freiheit zeilt, weil wir uns nicht ohne weiteres auf die Straße begeben, wo wir der Niederlage im Voraus gewiß sind? Warum man uns so inständig anseht, wir möchten doch endlich einmal Kanonenfutter spielen?

Die Herren verschwenden ihre Bittgesuche wie ihre Herausforderungen für nichts und wieder nichts. So dumme sind wir nicht. — Die Zeit der Ueberrumpelungen, der von kleinen bewaffneten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführte Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu thun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt. —

Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakte Masse, den entscheidenden „Gewaltthausen“ der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse liefert schon jetzt über ein Viertel der abgegebenen Stimmen; und wie die Einzelwähler für den Reichstag, die einzelstaatlichen Landtagswähler, die Gemeinderath- und Gewerbegerichtswähler beweisen, nimmt sie unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprophet. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen. Auf 2 1/2 Millionen Wähler können wir heute schon rechnen. Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Theil der Mittelstschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle anderen Mächte sich beugen müssen, ob sie es wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen im Gang zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten, und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Ueberfall wie 1871 in Paris. Auf die Dauer würde das auch überwinden. Eine Partei, die nach Millionen zählt, aus der Welt zu schleifen, dazu reichen alle Magazingewehre von Europa und Amerika nicht hin. Aber die normale Entwicklung wäre gehemmt, die Entscheidung würde verpaidet, verlängert und mit schwereren Opfern verknüpft.

Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon Barrot: la legalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rothe Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben. Und wenn wir nicht so wahrhaftig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.

Politische Ueberlicht.

Berlin, 29. März.

Aus dem Reichstage. Wilde Agitation werfen die Gegner sonst immer der Sozialdemokratie vor; wer heute die Rede des Grafen Kanitz anzuhören das Vergnügen gehabt hat, wird zugeben müssen, daß gegen diesen Agitator die sozialdemokratischen Volksversammlungs-Redner reine Engel sind. Eine Heerde, wie sie heute dieser agrarische Führer gehalten hat, hat der Reichstag sobald nicht gehört.

Und einer Partei gegenüber, die in ihren Mitteln so wenig wählerisch ist, glauben gewisse Schlanberger, bedeute es etwas, daß der Staatsrath und das derzeitige Ministerium sich ihren Vorschlägen gegenüber ablehnend verhalte. Wir theilen diesen Glauben nicht.

Daß der Antrag Kanitz keine Aussicht auf irgend welche Verwirklichung hat, steht freilich auch für uns fest, aber daß dieser Antrag niemals Annahme finden könnte, daran hat von den agrarischen Machern noch nie einer einen Augenblick geglaubt. Dieser Antrag ist nur ein Mittel um die Massen aufzurütteln, sie in das Heerlager der Junker zu bringen, um dann durch den Hinweis auf dieselben, die übrigen Parteien und die Regierung zu schrecken und möglichst viel aus denselben herauszuschlagen.

Daß dieser Plan Aussicht auf Erfolg hat, dafür bot den besten Beweis heute der Redner der nationalliberalen Partei. Während bei der vorjährigen Debatte über denselben Antrag Herr von Bennigsen das Wort ergriff und denselben in schroffer Form zurückwies, sprach heute für diese Partei der Agrarier Herr Baasche, der den Junkern die weitgehendsten Konzessionen machte. Herr Baasche erklärte sich für seine Person bereit, auf Um- und Nebenwegen eine Getreideerhöhung bis zu 6 und 7 M. per Doppelzentner einzuführen.

Gegen den Antrag Kanitz gab der Reichskanzler eine Erklärung, die sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Reichs-Anzeigers deckt, nur erschien sie im Munde des Kanzlers, der sich zum ersten Male in freier Rede verfuhr, nicht so glatt und bündig wie im offiziellen Organ.

Ganz à la Caprioli behandelte Herr von Hammerstein den Reichskanzler, die Antwort darauf gab aber nicht dieser, sondern der Staatssekretär v. Marschall. Die Rechte begleitete die Ausführungen dieses Redners mit den bekannten Grunzlauten.

Von der Linken sprach heute nur Richter, welcher sich aber nur auf einige abwehrende Bemerkungen gegen v. Hammerstein beschränkte.

Morgen soll die Debatte fortgesetzt und dann der Antrag an eine Kommission verwiesen werden. So will es das Zentrum, und geschehen kann heute in Deutschland nur, was diese Partei wünscht. —

Die sozialdemokratische Fraktion hatte, wie unseren Lesern bekannt ist, die Absicht, in bezug auf das Entlassungstelegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck, einen Antrag einzubringen, welcher den Reichstag veranlassen sollte, in Wahrung seiner Unabhängigkeit Stellung zu jener Kundgebung zu nehmen. Der Antrag stieß jedoch im Bureau des Reichstages auf konstitutionelle Bedenken, und die Drucklegung und Verhandlung des Antrages wurde durch den Präsidenten verhindert.

Wir lassen den Antrag mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenden Satzes nachstehend folgen, und fügen den Bescheid des Präsidenten hinzu.

U n t r a g.

Der Reichstag wolle beschließen:
Mit bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem über einen Beschluß des Reichstages die „tieffte Enttäuschung“ ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag „in volstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker steht“.

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitenden Umständen ein politischer Akt. Eine öffentliche Zensur legaler Beschlüsse des Reichstages —

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes, sowie die seitherige Gewohnheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt.
Die Vertretung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der niemandem verantwortlich ist als dem Volke.

Hierauf ist folgende Präsidialverfügung ergangen:
Der angeführte Antrag steht in keiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstages auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Die in demselben angezogene telegraphische Mittheilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht kontrollirt und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages.

Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.
Der Präsident des Reichstages.
gez. R. Frhr. v. Buol.

Nach diesem Vorgang wird zu überlegen sein, ob die dem Präsidenten nach seiner Ansicht beizuhaltende Befugnis nicht dahin eingeschränkt werden muß, daß er durch die Geschäftsordnung verpflichtet wird, alle in parlamentarischer Form gehaltenen und mit den durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Unterschriften versehenen Anträge dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen. —

Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 28. März noch der Vorlage über die Erweiterung des Bezirks der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse in Halle a. S. die Zustimmung ertheilt. Das vom Reichstag unverändert angenommene Gesetz betr. die Vornahme einer Berufs- und Gewerbeprüfung im Jahre 1895, wird zur Allerhöchsten Vollziehung vorgelegt werden. Den zuständigen Ausschüssen wurden die vom Reichstag zu dem Gesetz über die Berufs- und Gewerbeprüfung gefaßten Resolutionen überwiesen. Endlich wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

In der Sitzung vom 29. hat er beschlossen, den Gesetzentwürfen betreffend a) die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1895/96, b) die Aufnahme einer Anlage für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen, c) die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1895/96 in der vom Reichstag angenommenen Fassung die Zustimmung zu ertheilen. —

In der Umsturzkommission wurden heute unter Führung des Zentrums Anträge angenommen, welche die schlimmsten Beschränkungen, die bisher an die Thätigkeit dieser Kommission geknüpft wurden, weit hinter sich lassen. Wir verweisen in dieser Beziehung nur auf den Antrag Gröber zu § 130 und die vom Zentrum präsentirten und von der Majorität angenommenen §§ 166, 184 und 184a. Diese Beschlüsse sind so ungeheuerlich, daß selbst den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern der Muth fehlte, der Führung des Herrn Hintelen zu folgen. Nur Herr Professor Enneccerus hatte auch für diese Art der Gesetzgebung noch Sympathie. Aber zu welcher Ungeheuerlichkeit findet sich kein deutscher Professor.

Im übrigen hat das deutsche Volk während der Osterferien Zeit, sich das Ungethüm der Umsturzvorlage, wie es aus der Kommission heraus kommt, näher anzusehen; welches Urtheil dann von demselben gefällt wird, darüber sind wir keinen Augenblick zweifelhaft. —

Die neuesten Blinlinien des Zinsfußes haben im Ausland, wo man die Sache ernster nimmt als im Inland, gewaltiges Kopfschütteln verursacht. Seit den Zeiten des seligen Hieronymus Jobes hat man kein solches Schütteln des Kopfes erlebt. Daß alle Räder und Stangen der deutschen Reichsmaschine so lustig gegen einanderlaufen, schnurren und schlagen, und daß das, was man euphemisch Regierung zu nennen pflegt, im Namen der Ordnung mit so brennendem Eifer daran arbeitet, das Ideal der Anarchie zu verwirklichen und eine greifbare Verdröpperung des Chaos zu geben — das erfüllt das Ausland mit Staunen. Nicht mit sprachlos, denn das Staunen äußert sich in Worten, in kräftigen Worten — doch die Worte sind so kräftig, daß man sie, wenigstens in ihrem Zusammenhang, in irgend einer deutschen Zeitung veröffentlichen kann. Das gilt von der unabhängigen Presse des Auslandes. Die paar ausländischen Blätter, welche im Banne des deutschen Pressubureau's waren, sind allerdings sprachlos, denn sie waren der Meinung, nachdem der deutsche Reichstag „dem Gründer des Deutschen Reichs“ wegen seiner Verbrechen am deutschen Volk das verdiente Urtheil gesprochen, werde entweder Deutschland in Trümmern fallen, oder das deutsche Volk sich gegen den undankbaren Reichstag erheben und in einem Sturm nationaler Entrüstung ihn wegwerfen.

Deutschland steht noch. Das deutsche Volk steht auch noch und steht in dieser Frage zum Reichstag, und die Hurrah-Patrioten, die sich als deutsches Volk aufspielten, sind eine klägliche, lagenjämmerliche Minorität, die jetzt nur noch eine Angst hat: der Reichstag könne aufgelöst und das richtige deutsche Volk auf die Bühne gerufen werden.

Er grüßte weder Frau Schwarz, an der er dicht vorbeiging, noch den im Gebälk stehenden Schwarz selbst, den er offenbar gesehen und auch schon an den Kommandorufen erkannt haben mußte.

„Was hat der Schweinekerl auf meinem Grund und Boden zu suchen?“ schrie Schwarz plötzlich aus voller Kraft hinab.

Kendelmann that, als ginge das ihn durchaus nicht an. Er pfliff weiter und schlenderte auf die Ecke des Wohnhauses zu. Da ergriff Schwarz mit beiden wassernassen Händen ein halb glimmendes, von der großen Hitze losgeborrenes Stück Dachbalken, der Brandwunden an den Fingern nicht achtend. In weitem Bogen schleuderte er die brandige, qualmende Masse hinab. Das Burgeschoß fiel nur einige Schritte hinter Kendelmann zu Boden, tausend wilde Funken umher sprühend.

„Wetter-Bagage!“ schrie Kendelmann hinaus, nachdem er einige hastige Schritte vorgestolpert war, und drohte ingrimmig mit der Faust. Dann verschwand er hinter einer Ecke des Wohnhauses, an dem Hollunderstrauch vorbei, der nackt, schwarz und feucht vom jetzt leise fallenden Regen in den grünlichen Frühmorgen starre.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Herkla, Theodor, Entzückt in die Zukunft. Sozial-politischer Roman. Berlin 1895. Ferd. Dümmler's Verlags-Buchhandlung. 279 S. 8^o.

Wir haben Herrn Theodor Herkla, der uns weder als Journalist, noch als nationalökonomischer Schriftsteller, noch auch als Sozialpolitiker jemals sympathisch war, so manches zugehört, daß er aber den Wagemuth besitzen konnte, wenige Wochen nach dem schmachvollen Ausgange seiner mit allem Aufwande von Klatsch, Großmannsucht und persönlicher Feindschaft unternommenen Freiland-Expedition mit einer neuen Utopie vor das Publikum zu treten, hätten selbst wir für unmöglich gehalten. Das uns unmöglich Erschienene ist Thatsache geworden. Eine neue Utopie aus der Feder Herkla's liegt vor, mit keinem Worte ist an derselben der Freiland-Utopie und der im verflochtenen Jahre unternommenen Expedition gedacht, nur an einer Stelle (S. 187) erwähnt er ganz nebenbei den Ort Edenhal, der einigen Lesern seines ersten utopistischen Romans noch in Erinnerung sein dürfte. Der neue Roman Herkla's ist ein Konglomerat von sozialer Utopie und Jules Verne's. Wir wollen hier weder die Sozialdemokratie gegen seine sozialpolitischen noch die Astrophysik gegen seine zukunftsphysikalischen Einwürfe vertheidigen. Wir sehen in der Veröffentlichung dieses Romans nur den Ausfluß einer einzig bestehenden Frivolität, die erst zu nehmen uns niemand zumuthen kann. Herr Theodor Herkla hat nun doch auch bei den leichtgläubigsten sozialpolitischen Kindern aufs gründlichste ausgepielt. In seinem Interesse läge es weit mehr, seine Freiland-Gründung vergessen zu machen, anstatt noch weiter in dem Gewande des sozialpolitischen Sehers einen Ritter der traurigen Gestalt zu spielen. — Fb. —

Der nationale Obdiener flüchtet sich, wenn er im Land abgewirthelet hat, bekanntlich immer ins Ausland. Und so war der 23. März auch für das an die Bismarck-Gerechtigkeit noch glaubende Ausland ein „reinigendes Gewitter“.

Die Bismarck-Nummern sind schlechte Komödianten — das sagten wir ihnen schon gestern. Sie haben ihr Narrenfest vollkommen verpfuscht. Das fühlen Sie auch, und durch mörderisches Gebrüll suchen sie ihre Verlegenheit vor dem Publikum zu verbergen. Und noch einen anderen Zweck hat dieses ohrenzerreißende Gefreische. Wenn in Spelstücken „das Volk“ auf die Theaterbühne kommt, dann müssen die 20 oder 30 Mann die Tausende vorstellen, auch für Tausende schreiben und verdauen. In derselben Lage sind jetzt die unglücklichen Hurrah-Patrioten. Sie wollen das deutsche Volk vorstellen, das 51 Millionen zählt, und da müssen die paar tausend Hampelmänner, die Deutschland und die Welt gern in den April schicken möchten, für 51 Millionen schreiben — und das ist wahrhaftig keine Kleinigkeit. Da können die Lungen ja bersten. Die Kliniken für Kehlkopf- und Halsleiden mögen nur ihre Vorbereitungen treffen für den 1. April — oder richtiger für den zweiten. Es wird viele Patienten geben. Auch die Kaltwasser-Heilanstalten hoffen auf gute Geschäfte.

Selbsterkenntnis. Zu dem an anderer Stelle der heutigen Nummer erwähnten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über das Entrüstungstelegramm bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Selbst wenn es gelingen sollte, die Resolution vor der Einbringung in den Reichstag todzuschlagen, so würde die bloße Ankündigung im Zentralorgan schon bezeichnend genug für die Schamlosigkeit sein, mit der sich die Dinge entwickeln. Und vielleicht behalten die doch Recht, die am 23. März bereits den Schritt der Schritter zu hören glaubten.

Das ist leicht möglich.

An Bismarck! Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgendes schöne Gedicht:

Was für Gewürm umkriecht Dich Heldenkreis?
Blutroth und schwarz — so sind die Feuerwunden!
Mißthäter — schwarz allein — der Hölle Schranken,
Eichsfener Todtengräber aller Kreise!
Verlagern wollen Sie der Ehre Preis
Die?! —

Als allein Du standest auf den Schanzen
Die Deine Eisenfaust sie rucklos tanzten,
Und das vergißt nicht dieses Nachtschweiss!
Zwei Farben unsrer Fahne, schwarz und roth,
Die haben sie dem Volk im Traum entwendet;
Die dritte schreie sie, wie's Pentagramm!

Wach' auf, Du Volk im Traum, wach' ab den Schlamm!
Blick' auf den Helden, den Dir Gott gesendet,
Befreie Dich und ihn von dem Gewürm — tritt's todt!

Dieses patriotische postgedruckte Lied ist auch an Bismarck telegraphirt worden. Und das geschieht ihm recht.

Bismarck und sein Pindler II. Bismarck hat in seinen neuesten Biergesprächen unter anderen gleich wahren Weisheitsprüden den verblüht: in Deutschland waren die Dynastien allezeit die Träger des patriotischen Gedankens.

Leider hat er hinter den Füllhorn vergessen. Denn zu dem fürstlichen Patriotismus der Reformationskriege, des Baseler Friedens und des Rheinbundes gehört auch der junkerliche Patriotismus nach der Schlacht von Jena.

Genug — Bismarck hat's gesagt.
Und Pindler II. sagt heute in einem langen Leitartikel:
Bismarck hat recht.

Da Bismarck zu alt ist, schlagen wir Pindler II. zum preussischen Kultusminister vor, damit er den Geschichtsunterricht patriotisch reorganisiren kann.

Erinnerungen. Die für den nationalen Narrentag extra herausgegebene Neufamenschrift Pöschinger's „Neue Lichgespräche Bismarck's“ erzählen (S. 259/60) das von der „Deutschen Neuen“ gegebene Auszug:

Erinnern sich Durchlaucht der Begegnung in Trouville? Ich kann mir noch jetzt den bewegten Dank nicht erklären dafür, daß ich den Aufenthalt des Generals von Voigts-Nibeh bezeichnete, fragte den Fürsten Bismarck der Geheim Legationsrath im Auswärtigen Amt, Prof. Ludwig Regdli, als er in Worzin Ost des Fürsten war. — „Das erklärt sich so“, erwiderte Fürst Bismarck, „spät in der Nacht und noch früh am Morgen erhielt ich die Nachricht, daß mein Sohn Herbert in der Schlacht gefallen und das Bild verwundet sei. Ich wollte natürlich sofort zu ihnen eilen und erhielt den Wink, Voigts-Nibeh könne mir Auskunft geben, wo das erste Garde-Regiment lag. Da gaben Sie mir den Fingerring, der freilich verbleibt war. Trotzdem kam ich in dem Hause der Johanner auf die Bahre, denn ich hörte, das Dragonerregiment kampire ganz in der Nähe. Ich überzeugte mich bald, daß Will wohl und munter, und daß Herbert zwar verwundet war, glücklichlicherweise aber nicht lebensgefährlich.“

„Denke Dir“, fuhr Bismarck zu seiner Frau gewendet fort, „die Nachricht wäre ja doch keinen Tag zu verheimlichen gewesen — ich hätte Dir mitgeteilt: Herbert auf dem Schlachtfeld gefallen.“ — „Dann hätte ich Dir nie verziehen, daß Du den Krieg begonnen“, entgegnete die Fürstin. Die Aufregung verlegte den Fürsten Bismarck in Aufregung. Er den Krieg begonnen, hervorgerufen, er, der drei Jahre vorher in der Luxemburger Frage so viel Friedensliebe an den Tag gelegt hatte.“

Wie paßt diese Entrüstung aber zu der von Moritz Busch im Oktober 1877 in den „Grenzboten“ berichteten Neuierung des selben Fürsten Bismarck:

„Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären achtzigtausend Menschen nicht umgekommen und Eltern, Brüder, Schwestern, Witwen trauerten nicht.“

Bismarck hat also nicht immer die Wahrheit nicht gesagt.

Ueber Zeugnißzwang schreibt die „Vossische Zeitung“ auf den Fall, daß unser Kollege Braun wegen Zeugnißverweigerung ins Gefängnis mußte, sehr richtig:

Schon daß der Zeugnißzwang nach Belieben verlegt oder unterlassen werden kann, daß er von den Richtern selbst regelmäßig in der Erwartung verhängt wird, der Zeuge werde anständig genug sein, lieber in das Gefängnis zu wandern, als eine Ehrlosigkeit zu begehren, macht dieses Zwangsmittel zu einer zweischneidigen Waffe. Sein Gebrauch schädigt regelmäßig mehr die Regierung und das Ansehen der Rechtspflege, die Achtung vor dem Gesetz, als die Presse und ihrem Gemährsmann. Durch die Aussicht auf den Zeugnißzwang wird man kühnerlei unbecommene Veröffentlichung verhalten; im Gegentheil,

gerade wenn alle Welt sieht, daß ein Redakteur eher harte Strafe über sich ergehen läßt, als sich eines Treubruchs schuldig macht, wird mancher Beamte, mancher Hofmann in seinem Vertrauen zu jener Presse gestärkt und zu Enthaltungen bewogen, Enthaltungen, die mitunter alles eher als der Sensationslust entspringen, vielmehr dem Vaterlande sehr nützlich sein können. Die Beschränkung der Pressefreiheit durch den Zeugnißzwang ist von Uebel.

Konferenzen der Gewerbeämter. In den Tagen vom 20. bis 23. März sind die preussischen Regierungs- und Gewerbeämter zu Konferenzen im Ministerium für Handel und Gewerbe versammelt gewesen. Diese Konferenzen verfolgen neben der Erörterung verschiedener Gewerbe-Aussichtsdienste betreffender Fragen von allgemeiner Bedeutung namentlich den Zweck, die Durchführung der am 1. April d. J. in Kraft tretenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe durch eingehende Besprechung etwaiger Zweifel und Schwierigkeiten zu erleichtern. — Es ist eine alljährliche Wiederholung dieser Konferenzen zur Veranlassung der in das Gebiet der Fabrikinspektion einschlagenden Fragen in Aussicht genommen.

Umsatz im Bunde der Landwirthe. Die unverblühte Ablehnung des „Antrages Kanitz“ durch Kaiser, Staatsrath, preussische und Reichsregierung scheint dem „Bund der Landwirthe“ gefährlich geworden zu sein. Es werden dort nicht nur sämtliche Herren des Prehbureaus, sondern auch diejenigen des Statistischen Bureaus des Bundes aus ihren Aemtern scheiden. Zunächst hat Dr. Richard Gebel, der Organisator der Presse des „B. d. L.“ dem Vorstande seine Stellung als Leiter der Bundespresse aus persönlichen und politischen Gründen aufgekündigt. Außer diesem verlassen auch noch der Redakteur der „Korrespondenz des B. d. L.“ J. Hoffmann und die Leiter des Statistischen Bureaus ihre Stellungen. Man nimmt an, daß dieser Personenwechsel eine veränderte Frontstellung des Bundes zum Antrag Kanitz einleiten dürfte.

Unfallversicherung der Seefischer. Dem Vernehmen nach finden gegenwärtig umfassende Erhebungen statt, um Unterlagen für die Unfallversicherung der Seefischer zu gewinnen. Während die Seefischer schon längst in den Kreis der Unfallversicherung gezogen ist, muß die Seefischer, trotzdem bei ihr auch vielfach Unfälle vorkommen, dieser Einrichtung bis jetzt noch entbehren.

Dem Reichstag wird noch ein Nachtragsetat zur Beschaffung der Mittel für die Feier der Eröffnung des Nord-Ostkanals zugehen.

Parlamentarische Ferien. Während, wie gestern berichtet, der Reichstag bereits am Sonnabend schließen wird, werden im Abgeordnetenhause die Osterferien erst in nächster Woche entweder Donnerstag oder Freitag beginnen. Man will bis dahin noch die zweiten und dritten Beratungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Notare erledigen.

Ueber das neue Reichstagspräsidium werden einige biographische Angaben erwünscht sein.

Freiherr Rudolf von Suel-Verenberg ist badischer Kammerherr und Landgerichtsrath zu Mannheim. Geboren am 24. Mai 1842 zu Hagenhausen. Er gehört seit 1884 dem deutschen Reichstage für den Wahlkreis Baden-Landbischöfheim an.

Reinhard Schmidt ist Fabrikbesitzer in Elberfeld. Er ist am 14. Juni 1888 geboren. Im Reichstage sah er 1881 bis 1884 und dann seit 1887, zuerst für Elberfeld-Barmen, dann für Senneby-Nettmann und jetzt für Bingen-Alzey als Abgeordneter der Preussischen Volkspartei.

Peter Spahn, Ober-Landesgerichtsrath in Berlin, ist am 22. Mai 1844 zu Mittel im Rheingau geboren, und gehört dem Abgeordnetenhause seit 1882, dem Reichstage seit 1884 an. Er vertrat früher den Wahlkreis Heilsberg-Braunsberg, jetzt den Kreis Bonn und ist gleich Herrn v. Suel Mitglied des Zentrums.

Wahlen in Italien. Die Kammerwahlen sind definitiv auf den 19. Mai, die Stimmwahlen auf den 26. Mai festgesetzt worden. Die neue Kammer wird am 21. Juni zusammentreten.

Von der Spitzelwirtschaft. Der italienische Polizeipräsident Ludwigo Pizzuto ist ein vielfach wegen Betrugs, Diebstahls, Urkundenfälschung u. verurtheilter Mensch, und vor einigen Monaten sollte er wiederum in Genua wegen Meineids abgewurteilt werden. Bevor dies aber geschah, erhielt der Vorsitzende der Strafkammer vom Polizeipräsidenten in Genua ein Schreiben, in dem der Strafrichter ersucht wird, „den frechen und unverbesserlichen Verbrecher Ludwigo Pizzuto, der durch seine verbrecherischen Thaten der Gesellschaft gefährlich ist“, öffentlich zu warnen. Weiter heißt es aber in dem interessanten durch den „Secolo“ veröffentlichten Schriftstücke: „Um sich die Behörde zu verpflichten, wurde er Polizeispion und berichtete manchmal unbegründete oder übertriebene Geschehnisse; wenn man seinen Berichten immer Glauben schenken hätte, wären viele Bürger um Ehre und Ruf gekommen.“ 14 Tage später aber, am 12. September 1894, richtete derselbe Polizeipräsident an denselben Strafkammer-Präsidenten ein zweites Schreiben, in welchem es heißt: „Ich bitte Sie sehr, die Verwarnung gegen Ludwigo Pizzuto aufzuschieben, denn er hat versprochen, sich in der schweren Zeit, die wir gegenwärtig durchmachen, nützlich zu erweisen und im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Staatseinrichtungen sehr wichtige Dienste zu leisten.“

Wie Pizzuto sich „nützlich erwies“, sollte sich bald zeigen. Auf Grund seiner „Entdeckungen“ wurde in Genua der berühmte Anarchistenprozess eingeleitet, der zahlreiche arme Familien ihrer Ernährer beraubte. Ferner entdeckte er, „um sich die Behörde zu verpflichten“, drei Monate nach Rega's mißlungenem Revolverpistolententate gegen Crispini eine „Verschwörung“ gegen das kostbare Leben des Ministerpräsidenten.

Ins Zuchthaus hat der Vursche nach der vor einigen Tagen erfolgten Verurteilung nun doch wandern müssen. Aber er nimmt wenigstens den Trost mit hinein, sich vorher dem Staat noch sehr nützlich erwiesen zu haben.

Aus Italien wird uns von einem unserer Mitarbeiter geschrieben:

Die Befehring des bisher von der Bourgeoisie verherrlichten und gefeierten Schriftstellers De Amicis zum Sozialismus ist bekanntlich angezweifelt worden. Vor wenigen Tagen nun gab sich der öffentliche Ankläger und Staatsanwalt in Venedig bei Gelegenheit eines Prozesses gegen Sozialisten die Mühe, den berühmten Dichter De Amicis von der Partei der wirklichen, für ihre Ueberzeugung einstehenden Sozialisten Italiens loszutrennen und als einen nur für Ideen begeisterten unpolitischen Dichter und Utopisten darzustellen. Auf die Nachricht hiervon schrieb aber De Amicis sofort aus Turin an den Vertheidiger in diesem Prozeß, der noch vor dem Appellhof steht, an den Advokaten Vissanti: „Ich erkläre und ersuche Sie, folgendes zu veröffentlichen: Mein Sozialismus ist genau derjenige der Partei der italienischen Arbeiter, wie er durch das Programm auf dem Kongress von Reggio Emilia verhandelt wurde und wie er in seinem Hauptorgan: „La Votta di Classe“ zu Mailand seinen Ausdruck findet. Ich billige und vertere ohne jede Beschränkung seine Grundsätze, seine Ziele und seine allgemeine Kampfführung in der vollen und letzten Ueberzeugung, daß seine Grundsätze auf Wahrheit und Gerechtigkeit gegründet sind und daß seine Ziele eine Erhebung nicht nur der arbeitenden Klassen, sondern der gesammten Menschheit auf eine höhere Kulturstufe bewirken müssen.“

Zum Kampf um Gemeinde-Wahlrecht in Belgien. Die belgische Regierung fährt fort, den rothen Leppen zu schwenken, den Spießbürger graulich zu machen — um ihre reaktionären Pläne durchzuführen zu können. Sie läßt fortgesetzt Telegramme wie das folgende verbreiten:

Brüssel, 29. März. Die Regierung hat den Bahnhofsvorsteher derjenigen Garnisonstädte, in welchen der Ausstand noch nicht zu befürchten ist, Anweisungen ertheilt, stetszüge für Truppentransporte bereit zu halten.

Konflikt zwischen England und Frankreich! Jubeln unsere „Patrioten“. Und warum? Weil ein englischer Minister gestern im Parlament betreffs zweier französischer „Expeditionen“ in Afrika ein paar Kraftproben vom Stapel gelassen hat. Aber die fraglichen Expeditionen sind ohne ernste Bedeutung; — und Regierungen, die auf dem letzten Loch pfeifen, haben ein natürliches Bedürfnis nach Kraftproben.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz meldet die „Central News of Germany“: Die japanischen Kriegsschiffe bombardirten gestern die Forts von Hantschu, einer Küstenstadt der Provinz Kiangsu, 170 engl. Meilen nordöstlich von Nanking. Die japanischen Truppen bewirkten eine Landung. Die Chinesen leisteten heftigen Widerstand, wurden jedoch mit einem Verlust von 800 Mann geschlagen. Die Japaner beabsichtigen einen Einmarsch auf den großen Kanal zu machen und von dieser Hauptader der Lebensmittellieferung Pekings Besitz zu ergreifen. Unter Benutzung dieses Kanals und der Landstraßen sollen die japanischen Truppen dann auf Nanking vorgehoben werden; man nimmt an, daß die wenigen übrig gebliebenen Kriegsschiffe Chinas dort verborgen vor Anker liegen. Die Japaner bezwecken mit der Ausführung dieses Planes eine Störung des bedeutenden Schiffsverkehrs auf dem Yangtse-Kiangflusse und die damit verbundene Reizung der handelsreibenden Mächte zu vermeiden.

Der Ausstand in Cuba hat eine Ausdehnung angenommen, die seine Ueberwindung durch die Spanier sehr unwahrscheinlich macht. Die Insurgenten haben sich mit den spanischen Truppen schon im offenen Felde gemessen und eine regelrechte Regierung eingesetzt, die Steuern erhebt. Und wenn wir bedenken, daß, auch im Fall der Beilegung des diplomatischen Konflikts zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, der Strom amerikanischer Freiwilliger nach Cuba fortzufließen wird, so können wir mit ziemlicher Gewissheit sagen, daß die „Perle der Antillen“ für Spanien verloren ist. Der Säbel des Martinez Campos wird an dieser Thatsache nichts ändern — und wenn er auch in Begleitung der hunderttausend weiteren Säbel kommt, von denen die spanische Regierung geträumt hat.

Wie genau die spanische Regierung selbst den Ernst der Lage kennt, geht auch daraus hervor, daß der Ministerpräsident Canovas del Castillo einem Berichterstatter gegenüber geäußert hat, die Ereignisse auf Cuba seien ernster Natur. Alle Mittel müßten angewendet werden, um die Frage zu lösen. 2000 Mann seien bereit, den 7000 Mann, welche jetzt abgehen, zu folgen. Es würden 20000, ja sogar 100000 Mann abgefanbt werden, wenn es nöthig sein sollte. Die Angelegenheit müßte mit einem Male erledigt werden. — Ob sie aber im Sinne der spanischen Regierung erledigt werden wird. —

Parlamentarisches.

Die Umsturzkommission setzte heute ihre Verathung bei den §§ 111 und 111a und den dazu gestellten Anträgen fort. Außer den unseren Lesern bereits bekannten Anträgen der Zentrums-Abgeordneten liegen noch Anträge vor von dem Abgeordneten Osann:

Den § 111a der Regierungsvorlage mit dem Zusatz anzunehmen, hinter den Worten „vorgesehenen Vergehen“ einzufügen „in der Absicht, zu einem Verbrechen oder eines der vorstehenden Vergehen anzureizen“ und des Abgeordneten Caneceus (natl.): im § 111a die letzten Worte der Regierungsvorlage folgendermaßen zu fassen: „vorgesehenen Vergehen mit dem Bewußtsein zur Begehung solcher strafbaren Handlungen anzureizen, anpreist oder als erlaubt darstellt.“

Beide vorstehende Anträge wurden ohne Debatte, ersterer gegen 7 Stimmen (Linke und Osann) letzterer gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde der Antrag Broekmann (Z.) § 111 Abs. II, mit Ausnahme der Worte „zum Ehebruch“ und den in dem Paragraphen genannten Paragraphen mit 16 Stimmen angenommen.

Ueber die Aufnahme der Worte „zum Ehebruch“ entsteht eine kurze Diskussion, in der Caneceus, Dr. Barth und Gebel gegen die Aufnahme dieser Worte sprechen. In der Abstimmung werden die Worte mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Regierungsvorleser verlangen die Wiederaufnahme des § 113, welcher in erster Lesung gestrichen wurde. Der Geheimrath Zukas meint, ohne die Aufnahme des § 113 sei der § 111a ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt.

Die Aufnahme des § 113 wird mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dasselbe Schicksal erleidet der Antrag, den § 114 aufzunehmen.

Mit Mehrheit wird die Aufnahme der §§ 115, 124 und 125 angenommen.

Gegen die Aufnahme der §§ 166 und 167 erhebt der Abg. Caneceus (natl.) Einspruch, indem er für sich und seine Freunde erklärt, daß sie gegen den ganzen § 111a stimmen müßten, wenn die Gotteslästerungs-Paragraphen Aufnahme finden. Die Kommission beschließt mit 15 gegen 11 Stimmen die Aufnahme. Die Aufnahme der Duell-Paragraphen wird gegen 7 Stimmen abgelehnt. Vom Zentrum stimmten nur zwei Abgeordnete dafür. Abgelehnt wird auch die Aufnahme des § 263 (Erpressung). Alle übrigen Paragraphen werden nach der Regierungsvorlage angenommen und hierauf der Antrag Broekmann mit 17 Stimmen angenommen.

Ohne Debatte werden hierauf die §§ 112, 126 und 129a angenommen.

Zum § 180 wird von dem Abg. Gröber (Z.) folgender Antrag eingebracht:

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Ehe, Familie und Eigentum als Grundlagen der Gesellschaftsordnung durch herabwürdigende Äußerungen öffentlich angreift.

Zur Begründung des neuen Antrages erklärt Gröber, daß er und seine Freunde sich überzeugt haben, daß sie mit den Anträgen Broekmann nicht alles erreichen, was sie erreichen wollen.

Buchla (Ap.) freut sich über den Antrag Gröber, bittet aber das Wort beschimpfen statt dem vorgeschlagenen herabwürdigend beizubehalten.

Rintelen (Z.) erklärt, daß er an dem Standpunkt seines Antrages in erster Linie festhalte und sich vorbehalte, denselben im Plenum zu wiederholen.

Geheimrath Sedendorff will ebenfalls das Wort „beschimpfen“ beibehalten wissen.

Dr. Barth konstatiert, daß der Antrag Gröber im wesentlichen eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage sei.

Dasselbe bekämpft Gebel, dabei betonend, daß mit dem Worte „Herabwürdigung“ der Paragraph eine Erweiterung findet, die bis jetzt unerhöht sei. Der Antrag unterdrücke jede Kritik, dessen Einbringung sei nur erklärlich, wenn die Väter des Antrages der Ansicht huldigen, daß die genannten Institute keine Kritik mehr vertragen. Die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums haben immer bestanden, die Formen aber

1) Am 17. August 1870.

2) Wilhelm Bismarck.

wedern. Soll nun die heutige bürgerliche Form sakrosankt erklärt werden? Der Antrag Gröber verläßt den Boden, den das Zentrum bisher eingenommen hat.

Enneccerus (natl.) ist von dem Antrag Gröber entzückt, will aber vorläufig doch noch nicht dafür stimmen.

Dsan n (natl.) erklärt die von dem Antrag Gröber gewählte Form für unannehmbar. Unter „Herabwürdigung“ versteht man doch Herabsetzung des Wertes des Instituts. Eine solche Herabsetzung schließt aber jede Kritik in sich. Das Zentrum wolle also jede Kritik unumgänglich machen. Das war auch der Zweck des ursprünglichen Antrages Hintelen und der neue Antrag Gröber sei nur eine andere Form, durch welche man den gleichen Zweck zu erreichen habe.

Geheimrath Lukas glaubt, daß man das Wort „herabwürdigend“ eventuell akzeptieren könne.

Dr. Barth (fr. Bg.) fragt, was denn der Antrag Gröber in dem Sinne „Grundlagen der Gesellschaftsordnung“ bedeute. Eigentum sei z. B. auch das Kollektiveigentum, dieses streben die Sozialdemokraten an. In dieser Form erkennen auch die Sozialisten das Eigentum als Grundlage der Gesellschaftsordnung an. In dem Sinne genommen, wäre also der Antrag Gröber bedeutungslos. Soll damit aber das Privateigentum in seiner jetzigen Form außerhalb der Kritik gestellt werden, dann, so hat der Redner, möge sich der Antragsteller doch darüber äußern.

Gröber (B.) erklärt, daß er das Kollektiveigentum nicht als Eigentum im Sinne seines Antrages anerkennen könne, der Antrag habe nur das Privateigentum im Auge.

Darauf wird der Antrag Gröber, nachdem das Wort „herabwürdigend“ durch „beschimpfend“ ersetzt worden, mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der § 166 in der Fassung des Zentrums-Antrages wird, nachdem ein Antrag Enneccerus, hinter dem Worte „Gebrauche“ den Satz „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ einzufügen, vorher abgelehnt worden, mit 16 Stimmen angenommen.

Das gleiche geschieht mit den §§ 184 und 184a des Antrages Brockmann. Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen und bis zu morgen, mittags 11 Uhr vertagt.

Parteinarbeiten.

Parteigenossen des vierten Wahlkreises!

Die Euch allen bekannt ist, wird am 1. April die Parteispedition für unseren Kreis eröffnet. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Genossen, diese neue Einrichtung erfolgreich zu gestalten. Um die Vorkarbeiten schneller zu erledigen und jede Störung zu vermeiden, werden die Genossen ersucht, das Abonnement bei den bisherigen Expeditionen abzubestellen und dasselbe bei der Parteispedition sofort bewirken zu lassen.

Die Namens-Einträgung kann in untenbezeichneten Lokalen geschehen.

Die Abonnements-Sammelstellen sind, soweit sie Leser enthalten, sofort an die entnommenen Stellen abzuliefern. Die Zentral-Sammelstelle befindet sich für den Osten bei Wenzels, Bruchstr. 30; für den Südosten bei Tollsdorf, Götlicherstraße 58.

Die Abonnements-Listen liegen in folgenden Lokalen aus:

- Für den Osten: bei Fröh Wille, Andreasstr. 26. — Wiedemann, Blumenstr. 38. — G. Böhl, Frankfurter Allee 74. — Otto Jabel, Frankfurter Allee 90. — Wilh. Loeb, Friedrichsbergstr. 11. — Rattke, Kroustr. 48. — Zippel, Gräner Weg 14. — Stabernack, Mühlentstr. 49. — Ch. Böhl, Rüdendorferstr. 8. — Bredschneider, Rüdendorferstr. 46. — S. Späth, Schillingstr. 30a. — Späth, Weinstr. 28. — H. Wolpe, Landsbergerstr. 41. — Vogel, Elbingerstr. 9. — Dwozarski, Langestr. 65.
- Für den Südosten: bei Wilhelm Erbe, Currystraße 25. — E. Trittelwisch, Faldenfeinstr. 7. — E. Tollsdorf, Götlicherstr. 58. — Streit, Naunynstr. 88. — Schilling, Pädlerstr. 55. — Köppen, Reichenbergerstr. 118. — Schmidt, Adalbertstr. 16. — Biebertstein, Gauscher Platz 2. — Fürkenau, Mantuffelstr. 52. — Wlas, Brangelstr. 32. — Schayer, Reichenbergerstr. 54. — Kumpf, Wienerstr. 21. — Koll, Waldemarstr. 61.

Die Fünfzehner-Kommission.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. April die Parteispedition in Kraft tritt. Bestellungen nimmt jetzt nur der gewählte Expeditoren Gustav Scharnberg, Wilmerdorferstraße 124, Hof 3 Z., entgegen. Die Genossen des 8. Bezirks werden speziell auf diese Bekanntmachung aufmerksam gemacht, da von obigem Tage ab für den Bezirk eine eigene Bestimmung eingerichtet wird.

Diejenigen Gesangsvereine Charlottenburgs, welche Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes sind und am 1. Mai zur Verschönerung der Feier mitwirken wollen, werden ersucht, in ihrer nächsten Besamung hierzu Stellung zu nehmen und den Bescheid baldmöglichst dem Unterzeichneten zugehen zu lassen. Die Vertrauenspersonen. J. A.: H. Krid, Pestalozzistr. 63.

Sozialdemokratische Wahlsiege in Böhmen. Bei den letzten Gemeinderatswahlen in Maffersdorf siegten im dritten Wahlkörper die sozialdemokratischen Kandidaten. Im zweiten Wahlkörper wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Im dritten Wahlkörper wurden weiter die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt bei den Gemeinderatswahlen in Dörfel.

Die sozialdemokratische Kreis-Konferenz für Kranten findet am 14. April (Dienstag) in Wlilach statt. Beginn der Verhandlungen um 10 Uhr vormittags im Garten des Restaurants „zur Stadt Triest“. Tagesordnung: 1. Situationsbericht; 2. Agitation und Organisation; 3. Anträge.

Mailfeier. Die Londoner Sozialdemokraten haben beschlossen, den 1. Mai durch ein Meeting im Hyde Park zu begehen.

Der deutsche Arbeiter-Bildungsverein in Winterthur hat Ende 1894 152 Mitglieder gezählt gegen 152 Ende 1893. Die Einnahmen betragen 5029,88 Fr., die Ausgaben 4829,63 Fr., worunter 170 Fr. zur Unterstützung von Streiks z. Die Spargesellschaft (Sektion) des Vereins hatte 41 352,24 Fr. Einnahmen und 40 064,78 Fr. Ausgaben. An durchreisende organisierte Arbeiter wurden unentgeltlich 518 Mittag- und 127 Nachessen abgegeben. Es speisten daselbst im Jahresdurchschnitt täglich 86 Mitglieder. Im Verein liegen 25 Zeitungen und Zeitchriften auf, die Bibliothek umfaßt 500 Bände. In besonderen Sektionen wird der Gesang, das Turnen und Theaterspiel gepflegt. In sozialistischer und allgemein wissenschaftlicher Literatur wurde im Verein für 600 Fr. verkauft. Der Verein hat sich im Berichtsjahr ein eigenes Haus gekauft.

Polizeiliches, Gerichtliches zc.

— Beschlagnahme wurden in Rinteln 1600 Exemplare eines Flugblattes. Es soll Aufreizung zum Klassenhaß darin enthalten sein.

Soziale Ueberblick.

Ueber die Entwicklung des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Affistenten enthält der jetzt zur Veröfentlichung gelangte diesjährige Geschäftsbericht sehr bemerkenswerthe Vergleichsziffern. Danach belief sich der Mitgliederstand im De-

zember 1890 auf 1840, hingegen im Dezember 1894 auf 5610, während an Mitgliedskarten bereits 7472 ausgegeben waren. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1890 auf 7973 M., im Jahre 1894 auf 246 846 M., denen 244 757 M. Ausgaben gegenüber standen. Und für den ganzen Zeitraum seit dem Bestehen des Verbandes balanzirt der Gesamt-Kassenabschluss mit 565 212 M. Davon hat der Umlauf an Waaren im Jahre 1892 nur 88 658 M., dagegen 1894 bereits 274 167 M., und bis Dezember 1894 zusammen 557 687 M. betragen, von denen allein auf Kleider 365 606 M. entfallen. Das Vermögen des Verbandes belief sich im Jahre 1890 auf 4479 M., im Jahre 1894 auf 77 290 M. — Der Verband hat sich also, trotz der tiefmütterlichen Behandlung, deren er sich seitens der Postgewaltigen erfreut, gut entwickelt.

Kommunale Brotversicherung. Der Stadigemeinderath zu Lausitz (Sachsen) hatte den Beschluß gefaßt, von auswärtig eingeführtes Brot zu versteuern. Das Ministerium hat aber diesem Beschluß die Befähigung versagt.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Aus Beuthen (Oberschlesien) wird geschrieben: Am vorigen Sonnabend hat sich, nach der „O. St. Ztg.“, auf Schiffsgrube bei Chropaczow ein sächsisches Unglück zugetragen. Ein Oberhäuer und 19 Mann befanden sich auf der 200 Meter Sohle und waren im Begriff auszuhauen; sie ahnten nicht, daß nach des Tages Last und Mühen ein schweres Unglück über sie hereinbrechen würde. Sei es, daß der diensthafende Maschinewärter das Signal falsch verstanden, oder sei es, daß ein falsches Signal in der That gegeben wurde — die Schale sauste, anstatt hoch zu gehen, 30 Meter hinab. Durch die ungeheure Macht des Knalls haben vier von den Bergleuten die Unterschenkel gebrochen, einigen sind die herausgetretenen Knochen in die Oberarmel gefahren. Die übrigen sollen mit Verletzungen davongekommen sein. Hilfe war sofort zur Stelle. Man hat die Verunglückten nach dem Knappschafts-Spazareth in Königsbrütte gebracht, doch soll wenig Hoffnung vorhanden sein, die Schwerverletzten am Leben zu erhalten.

Proletarier der Feder. Aus dem Stadthaushalts-Etat der Stadt Döschitz a. M., der sich in der Frankfurter „Vollstimme“ veröffentlicht findet, ersieht man wieder einmal, wie das „Volk der Feder“ seine Kopfarbeiter bezahlt. Während die Nachtwächter immerhin noch mit 900 M., die Herren Polizeisten mit 1200 bis 1400 M. salarirt sind, erhält der Herr Kanzlist ganze 600 M., die Kanzlistengehilfen sogar 120 bis 150 M., wohlgemert jährlich! — Dagegen freut es uns, daß unter den Dienstblättern auch der „Vormärts“ mit aufgeführt ist. Hoffentlich bleibt die Lektüre unseres Blattes auch die Stadtväter nicht ohne Einfluß, wenn sie ein nächstes Mal die Gehälter ihrer Schreiber festsetzen.

Gewerbegebiete für Kaufleute. Im Auftrage einer Reihe von Ortsvereinen hat der Generalkonferenz des Vereins der Deutschen Kaufleute (Hirsch-Dunder) eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet, in der die Ausdehnung der Gewerbegebiete auf das Handelsgewerbe durch Errichtung besonderer Kammern gefordert wird.

Gewerkschaftliches.

Quittung. Das „Comité d'Organisation de la Grève Générale“ in Paris hat uns eine Anzahl Quittungen über Beiträge, die von Deutschland zur Unterstützung der streikenden Weber in Roume gesandt sind, zugesandt. Wir wollen von der Uebersendung der Quittungen an die Absender der Gelder Abstand nehmen und die Beträge nachstehend quittiren: Berlin, Karl Munder 12,50 Frs., Oberlangensielow, H. Waditschke 25,—, Berlin-Friedrichsberg, G. Treue 37,—, Königsberg i. Pr., E. Blaffer 61,—, Heilbronn a. N., J. Schweizer 25,—, Hlensburg, Werftarbeiterverein 87,—, Bielefeld, Meniger 12,—, Hamburg, Stähler 1000,—. Das Komitee beauftragt uns, den deutschen Genossen für die Unterstützung den herzlichsten Dank auszusprechen. Die Adresse des Komitees ist: Comité d'Organisation de la Grève Générale, rue St. Maurice 184, Paris.

Die Generalkommission.

Zum Anopparbeiter-Streik in Schmölln. Auf die in Nr. 73 unseres Blattes enthaltene „Berichtigung“ des Herrn Bahle, Vorsitzenden des Gewerkevereins deutscher Tischler, geht uns von unserem Schmöllner Berichtsfasser nachstehendes zu: Auf die „Berichtigung“ habe ich zu erklären: Es ist rein unmöglich, daß auch die nicht dem Gewerkeverein zugehörigen Arbeiter erklärt hätten, sie wollten die Arbeit aufnehmen. Beweis: Es hat niemand als die zur Arbeit ausgeforderten Gewerkevereiner die Arbeit aufgenommen. Doch aber die 10 Gewerkevereiner von 15, welche die Arbeit aufgenommen, aus Scham vor einer detartigen Handlung, entgegen dem Willen des Herrn Bahle, die Arbeit bereits einen Tag nach der Ausnahme wieder niederlegten, ehrt bloß die Mitglieder aber nicht die Zeitung. Die 16-Kommission, von jeder Firma ein Mann, hat eine solche Erklärung nicht abgegeben.

Das „Kommando“ betreffend, erkläre ich, daß ich persönlich dem Herrn Bahle erklärt habe, seine Aufforderung, daß die Gewerkevereinsmitglieder die Arbeit aufnehmen sollen, sei einfach nichts mehr und nichts weniger als ein Kommando. Denn, gingen sie nicht zur Arbeit, so bekämen sie keine Unterstützung. Der Einwurf, der mir von B., dem ich dies vordrill, gemacht wurde, er könne die Unterstützung nicht allein entziehen, wurde von mir mit dem Hinweis darauf widerlegt, daß der Generalkonferenz (welch' pompöser Name) ihm, dem B. als wohlinformirten Mann unsehbar zustimmen würde, wenn er den Antrag auf Unterstützungszahlung stellte. Dies hat Herr B. auch zugegeben.

Was nun die That der Aufforderung selbst betrifft, so ist sie wieder ein Blatt der Schande der deutschen Gewerkevereine Hirsch-Dunder. Lassen wir einen Mann reden, der Gründer des hiesigen Ortsvereins des Gewerkevereins der Tischler ist. Dieser Mann ist mit vielen anderen jetzt aus dem Gewerkeverein der Tischler und Berufsgenossen aufgetreten. Als er die Erklärung abgab, war er noch dabei. Dieser Mann sagte: „Ich habe geglaubt, daß wenn in sozialdemokratischen Blättern stand, die Gewerkevereinsmitglieder gäben sich dazu her, den Streikbrecher zu wachen und daß sie von der Zeitung der Gewerkevereine dazu aufgefordert würden, dies eine Verleumdung gewesen sei. Jetzt, nach dem Vorkommniß hier, das ich selbst mit durchgemacht habe, halte ich diese Angaben für volle Wahrheit.“ Aus der Versammlung für Mitglieder des Gewerkevereins theilten uns zwei Leute, das eben erwähnte und ein anderes Mitglied des Gewerkevereins mit, daß ein großer Theil der Leute nicht damit einverstanden war, die Arbeit anzunehmen, daß aber Herr Bahle alle Veredamtheit aufwandte, um die Ausnahme der Arbeit zu veranlassen, jede andere Meinung aber niederzureden suchte. 50 Mitglieder hat der Gewerkeverein beim Streik und doch war es dem Herrn Bahle nur möglich, 15 zu kommandiren. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß Zugeständnisse thatsächlich garnicht gemacht sind? Herr Bahle hat einige leere Nebensarten für baare Münze aufgenommen. Wie geradezu leichtfertig er vorging, geht daraus hervor, daß er vor 18 Tagen sagte: „Ich bin zwar noch nicht genügend informirt, aber ich sehe, daß der Holzarbeiter-Verband doch zu Kreuze kriechen muß und deshalb „rathe“ (rathe ist gut) ich unseren Leuten, die Arbeit aufzunehmen.“ In der erwähnten Versammlung forderte er dann direkt auf.

Gegen 300 Vorzeilarbeiter der Firma Ziesch in Altwasser (Schlesien) haben ihre Kündigung eingereicht, nachdem alle Versuche, sich mit dem Unternehmer zu einigen, durch dessen Hartnäckigkeit, gescheitert sind. Zugang ist daher streng fern zu halten.

Den Töpfern der Osenfabrik Aktiengesellschaft vorm. O. Tittel, Neuenhagen (Stbahn), ist zum 1. April ein Lohnabzug von 10 pCt. angekündigt. Es ist dieser Abzug bereits der zweite in gleicher Höhe. Es würden, falls der Abzug so ohne weiteres von uns hingenommen wird, für hundert glatte Kacheln z. B. 2,80 M. gezahlt werden. Bei den Fries- und Simsmachern steht das Verhältnis in bezug auf den Verdienst auf ähnlicher Stufe. Wir bitten unseren Lesern, die wir sehr auf streng zu werden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. J. A.: Der Vorstand (Filiatle Berlin).

Die Weber der englischen Wollspinnerei und Weberei in Sagan, die, wie wir bereits mitgetheilt, am Montag die Arbeit niedergelegt hatten, lehrten bereits am 26. früh wieder zur Arbeit zurück, nachdem ihnen eine Lohnzulage bewilligt worden war. Beim Lohnauszahlen am Abend stellte es sich jedoch heraus, daß man nicht allen eine Zulage machen wollte und so streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen, 200 an der Zahl, von neuem. Die Forderung der Arbeiter ist Erhöhung des Stücklohns um 1 M. und Befehl der mißliebigen Prämie. Bis jetzt erhielten Weberinnen 360 Pfennige für 180 Meter Tuch, was eine 10stündige Arbeitszeit erfordert — gewiß ein Hungerlohn. Auch in anderen Fabriken gährt es und ist es nicht ausgeschlossen, daß es auch hier zum Ausstand kommt. — Wird von auswärts der Zugang ferngehalten, so kann der Sieg nicht ausbleiben. Der Geist der Streikenden ist ein guter.

Der Streik der Anseher in Mülhausen (Elsas) hat ein für die Arbeiter ungünstiges Ende genommen. Am Mittwoch bereits wurde die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar ohne daß ein Erfolg erzielt worden wäre. Es stellten sich Streikbrecher ein, worauf ein Theil der Streikenden unzufrieden und um gut Wetter anhielt. Zehn von den Ausständigen wurden nicht wieder angenommen und sind daher als gemaskirt zu betrocknen. Etwaige Unterstützungsbeträge sind zu senden an Alois Nuhla, Diederheimerstr. 28 in Mülhausen i. G. — Der Vorgang beweist aufs neue — bemerkt dazu der „Offenburger Volksfreund“ — daß Ausstandsbeschlüsse nicht ohne vorherige Vorbereitung gefaßt werden sollten. Solch partielle Streiks enden fast regelmäßig mit der Niederlage der Arbeiter. Ohne Einigkeit und Geschlossenheit läßt sich nichts thun, am wenigsten bei Arbeiterausständen.

Streik und Aussperrung der Uhrenarbeiter in der Schweiz. In Greuchen (Kanton Solothurn) haben 48 Arbeiter wegen brutaler Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten die Arbeit eingestellt. Nun haben als Antwort darauf alle Uhrenfabrikanten des dortigen Bezirkes ihren Arbeitern auf 14 Tage gekündigt. Falls nicht bis dahin eine Verständigung erzielt werden kann, würden 2500 Uhrenarbeiter ausgeschlossen. Das Zentralkomitee des Uhrenarbeiter-Verbandes schreibt in der „Solidarität Vorläufer“: „Es bereiten sich im Schooße unserer Uhrenindustrie, in Fabrikanten- und Unternehmerkreisen Dinge vor, denen wir nicht gleichgültig zusehen können. Nur kräftiges Zusammenhalten, Opferbereitschaft und Disziplin sind im Stande, den kommenden Stürmen erfolgreich Widerstand zu leisten.“

Lohnbewegung der Maler in Zürich. Nachdem die Malermeister es abgelehnt haben, wegen der von den Gehilfen gestellten Lohnforderungen mit denselben zu verhandeln, hat eine von 450 Gehilfen besuchte Versammlung folgende Resolution angenommen: „I. 1. Die Lösung der Lohn- und Arbeitsfragen ist nur durch den Streik möglich; 2. die Arbeiterschaft nimmt im gegenwärtigen Moment davon Umgang, auf die prothige und der normalen Einsicht und Kenntniß entbehrenden Antwort der Meister mit der einzig möglich gebliebenen That, mit der Arbeitseinstellung, zu reagieren; 3. die gespannten Verhältnisse nöthigen zur ununterbrochenen Thätigkeit, zum inneren und äußeren Ausbau der Kampforganisationen; 4. die fortgesetzten Abweisungen von Vergleichen bestimmen die Arbeiterschaft, eine Taktik zu befolgen, die zu einer Organisation führt, welche jede Stunde, jede Woche loszuschlagen bereit ist. II. Die Versammlung erklärt sich mit der Gründung eines Streikfonds einverstanden und erklärt es als Pflicht jedes in Zürich arbeitenden Malers, wöchentlich einen Beitrag von 10 Rp. in denselben zu leisten. III. Die Versammlung beschließt, den 1. Mai durch Arbeitseinstellung zu feiern. IV. Der Maler-Vereiner ist mit der Vollziehung dieser Beschlüsse beauftragt.“

Aus den Kohlenbezirken von Lüttich und Verviers wird gemeldet, daß der Streik im Abnehmen begriffen sei. Es sollen nur noch etwa 500 anstehen.

Zur Glasarbeiterbewegung in Charleroi wird von dort unterm 28. d. M. gemeldet: Das Schiedsgericht, welches den Arbeitgebern vorgeschlagen wurde, um den Ausbruch des allgemeinen Glasarbeiter-Ausstandes am 1. April zu verhindern, ist zu Stande gekommen. Es sind neue Vorbesprechungen eingeleitet.

Der Ausstand der französischen Zündholzarbeiter wurde beschlossen mit 774 gegen 117 Stimmen. Gleich nach Bekanntwerden des Resultats begaben sich mehrere Abgeordnete, welche der Versammlung beigewohnt hatten, zum Ministerpräsidenten Ribot, um ihn über die Lage Bericht zu erstatten.

Der Vergarbeiterausstand in Wales ist noch glücklich abgemindert worden. Es gestern in London abgehaltene Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und der Grubenarbeiter beschloß, die gleitende Lohnskala für weitere 1 1/2 Jahre beizubehalten.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Röln, 29. März. Der „Kölnische Zeitung“ wird aus Belgard gemeldet: Ein geheimer Erlaß des Ministerpräsidenten ordnet an, daß die Wahlen der direkten Wahlmänner bei Nacht mit dem Datum des folgenden Tages vorgenommen werden sollen. Mehrere Präfecten reichten deshalb ihre Entlassung ein und mehr als 100 Einsprüche gegen diese Anordnung gingen an den König ab.

Bremen, 29. März. Der auf heute Nachmittag in den Konvent-Saal einberufene Kaufmannskongress nahm einstimmig eine Resolution an, welche sich auf das entscheidende gegen jede Aenderung der Goldwährung Deutschlands ausspricht.

Sofia, 29. März. Die Zeitung „Mir“ meldet: Der hiesige Gemeinderath beschloß, gegen den früheren Bürgermeister und Minister Petkow und gegen den Ingenieur Rotscherow die gerichtliche Klage zu erheben, weil dieselben bei Vergabung gewisser Lieferungen die Gemeinde um mehr als 80 000 Franks geschädigt hätten.

(Deveschen-Bureau Serold.)

Lemberg, 29. März. In Stanislaw und in Bozemysl wurden geheime Studentenverbindungen entdeckt; wie verlautet, soll es sich um eine Art Omladina handeln.

London, 29. März. Sämmtliche Blätter bringen Artikel über die Rede des Staatssekretärs Grey im Unterhause über das Bordinnen Frankreichs gegen das Mittel. Die „Times“ bezeichnen die Erklärung, daß das Mittel ausschließlich in der englischen Interessensphäre liege, als durchaus gerechtfertigt. „Daily News“ führen aus, England besitze immer noch Rechte auf das Mittel, wenn es auch keine Garnisonen aus Uganda und den Requiratorialprovinzen zurückgezogen habe. Der „Standard“ betont, England wolle mit Frankreich unterhandeln, um die guten Beziehungen nicht zu stören; aber Frankreich müsse die Expedition nach dem Mittel nicht ausführen. Im anderen Falle würde es Feuer an das Pulverfaß Europas legen, und dafür würde es in der Geschichte die Verantwortlichkeit tragen müssen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 76.

Sonntabend, den 30. März 1895.

12. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 29. März 1895, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst zu Hohenlohe, von Bötticher, von Marschall, von Berlepsch, Graf Pöschel.

Nachdem das Haus entsprechend dem schleunigen Antrage des Abg. Auer (Soz.) beschloffen hat, das gegen den Abg. Herbert schwebende Strafverfahren für die Dauer der Session einzustellen, wird der Etat für 1895/96 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im ganzen angenommen; die zum Etat eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Grafen Kanitz:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt, 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausdeuteverhältnis, den Getreidepreisen entsprechend, bemessen werden, solange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind, 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Uberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß: a) alljährlich eine den jetzigen Getreideeinnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfall u.) die nötigen Mittel bereit gestellt werden, c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summen (a) sicher zu stellen.

Abg. Graf Kanitz (DL): Es muß etwas Durchgreifendes geschehen gegenüber dem Verfall der Landwirtschaft; das hat uns bewogen, unseren Antrag zu stellen. Ich brauche die Bedürfnisse der Landwirtschaft, die auch andere Erwerbszweige beeinflusst, nicht mehr näher darzulegen. Die Ursache der Nothlage ist ebenfalls bekannt. Der Niedergang der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, hervorgerufen durch das Massenangebot der billigeren Produkte des Auslandes. Der Niedergang der Preise hat einen Stand erreicht, den man niemals erwartet hätte; der Schutzoll funktioniert nicht mehr; es müssen andere Mittel gefunden werden. Die festen Zölle haben ihre Berechtigung, wo es sich um die Steigerung des Preises von Waaren handelt, deren Angebot auf dem Weltmarkte keinen großen Schwankungen unterliegt. Denn die Produktion von Kohlen schwankt nicht so sehr erheblich. Anders liegt es beim Getreide. Als der Getreidepreis 1890/91 auf 200 M. stieg, da war der Zoll überflüssig. Heute genügt der Zoll von 3,50 M. nicht. Dieser Mangel des festen Getreidezolles ist schon immer empfunden worden; man wollte die Zölle den Preisen anpassen und versiel auf die gleitende Stala. Aber schließlich ist man immer wieder zum festen Zoll zurückgekehrt und erhöht ihn, wo er unwirksam wird. In der französischen Kammer will man jetzt einen Zoll von 12 M. einführen, während man 1890/91 bei den hohen Getreidepreisen den Zoll suspendierte. Aber es ist unmöglich, den Getreidezoll immer steigen und fallen zu lassen; die Landwirtschaft wird dabei immer der leidende Theil sein. Weil die festen Getreidezölle ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht erfüllen, sind wir zu unserem Vorschlage gekommen, der neu und ungewöhnlich ist; deshalb hat er Zweifel und Bedenken erregt. Die erste Periode ist überwinden; auch die zweite Periode wird überwunden werden und der Antrag wird Anerkennung finden. Wir beantragen heute nicht feste Preise für Roggen oder Weizen, sondern die Durchschnittspreise der letzten 40 Jahre. Diese decken sich mit den früher vorgeschlagenen festen Preisen. Aber an diesen festen Preisen hatte man Anstoß genommen, weil sie die Marktpreise überstiegen.

Die Produktionskosten müssen den Landwirthen ersetzt werden; die heutigen Preise stehen unter den Kosten, also die Landwirtschaft geht dabei dem sicheren Verfall entgegen. Wir Landwirthe sind nicht in der Lage, unsere Produktionskosten herabzumindern, das hat der preussische Landwirtschaftsminister anerkannt. Wir können durch intensiveren Kultur die Ertragsfähigkeit steigern; aber diese Steigerung ist eine begrenzte. Die Steinkohlenproduktion hat sich verdoppelt und verdreifacht, ohne daß es größere Kapitalaufwendungen bedurft hätte. Eine solche Steigerung der Produktion können die Landwirthe nicht vornehmen. Deshalb möchte ich unserem Vorschlag den Vorzug geben vor den mancherlei anderen Mitteln, welche jetzt empfohlen werden, um der darniederliegenden Landwirtschaft zu helfen. Steigerung der Preise bis zu den Produktionskosten ist die Vorbedingung jeder Hilfsmassregel, wenn die Landwirtschaft nicht ihrem Untergange entgegengehen soll. Die rasch fortschreitende Ausdehnung des Ackerbaues hat zu einer Ueberproduktion geführt, es wird mehr Getreide produziert als von den Bewohnern verzehrt werden kann. Lange kann dieser Zustand nicht fortbauern; die Ueberproduktion wird zum Stillstande kommen müssen.

Aber wo wird diese Beschränkung zuerst eintreten? Nicht in den durch die Natur und das Klima bevorzugten ergotischen Ländern, sondern hier in Europa in den alten Kulturstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Und je höher ein Kulturstaat steht, um so höher sind die Anforderungen, welche der Staat an seine Bürger stellen muß. Nirgends ist die Landwirtschaft so belastet, wie gerade in Deutschland. Wird die deutsche Landwirtschaft nicht geschützt, so muß sie ebenso zu grunde gehen, wie die englische Landwirtschaft. Mit dem Getreidebau steht und fällt die deutsche Landwirtschaft und mit dieser das Deutsche Reich. (Zustimmung rechts.) Der Antrag wird bekämpft: 1. wegen seiner praktischen Undurchführbarkeit, 2. wegen der Vertheuerung der Lebensmittel, 3. wegen seiner Unvereinbarkeit mit den Handelsverträgen und 4. wegen seiner sozialistischen Tendenz. Redner fährt aus, daß diese Gründe unzutreffend seien. Der Verkehr mit ausländischem Getreide könne so bleiben, wie er bisher bestanden habe; wie die Inhaber von Mühlenlagern früher das Getreide zollfrei einführen und erst den Zoll bezahlen, wenn das Mehl in den freien Verkehr gegeben würde, so könnte das Getreide eingeführt werden, und die Preisdifferenz würde erst bezahlt werden, wenn das Getreide in den freien Verkehr tritt. Die Vertheuerung des Getreides, welche durch den Antrag herbeigeführt werde, stehe in keinem Verhältnis zu der Vertheuerung, welche bei einer solchen Ernte entstehe, wie sie 1890/91 eingetreten war. Unter diesen Verhältnissen wird das Getreide noch vertheuert durch den Zoll, während der Antrag dem Reiche die Möglichkeit giebt, das Getreide zum Einkaufspreis abzugeben. Der Vertheuerung gegenüber sollte man die Verbilligung nicht vergessen, welche im Nothfall eintreten kann.

Der Antrag schafft die Möglichkeit, für den Kriegsfall Vorräthe anzusammeln. Dadurch wird Deutschland unabhängig für den Fall, daß ihm die Zufuhr abgeschnitten wird. Es können hier aber auch andere wichtige Bedürfnisse des Reiches gedeckt werden, wofür jetzt keine andere Bedingung vorhanden ist, als in den Matrikularbeiträgen, die immer wieder auf die breiten Massen

des Volkes zurückfallen, solange wir keine ergiebige Zugssteuer gefunden haben. An der Brotvertheuerung nehmen unsere Gegner am meisten Anstoß, besonders die Großindustrie, welche eine Steigerung der Löhne und eine Schädigung des Exports befürchtet. Getreide und Brot ist jetzt so billig wie noch nie, die Lage der Industrie und ihrer Arbeiter ist aber im Gegenheil eine so schlechte wie noch nie. Arbeiterentlassungen sind die Signatur des Tages, weil der einheimische Markt ruiniert ist. (Sehr richtig! rechts.) Auf eine Hebung des Exports ist auf lange Zeit nicht zu rechnen, denn die Zollschranken werden überall immer höher. Ein oberflächlicher Eisenindustrieller, der früher 85—88 pCt. seiner Produktion im Inland absetzte und 12—15 pCt. ins Ausland schaffte, kann jetzt 30 pCt. nach Russland absetzen, aber zu so niedrigen Preisen, daß er seine Arbeiterlöhne um 30 pCt. ermäßigen mußte, weshalb ihn seine Arbeiter meist verlassen haben. Die Verschlechterung der Eisenindustrie ist sehr begreiflich, denn die Landwirtschaft, die viel Eisen braucht, schränkt sich sehr erheblich ein. Die Arbeiter haben jetzt Zeit und Muße, sich über das billige Brot zu freuen, aber mit ihren leeren Taschen können sie den Bäckereien nicht betreten. Der Landwirtschaftsminister sagte im Abgeordnetenhaus: Der Konsument hat keinen Anspruch darauf, daß die Waare ihm unter dem Selbstkostenpreise geliefert wird. Der Weizenpreis wird auf etwa 215 Mark vorgeschlagen; als 1825 in England die gleitende Stala eingeführt wurde, wurde ein Weizenpreis von 286 Mark als normal angenommen.

Ob der Antrag mit dem Wortlaut der Handelsverträge in Widerspruch steht, ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Eine einseitige Interpretation würde keinen Werth haben. Ich möchte glauben, daß ein Weg nicht allzu schwer zu finden sein wird, um Oesterreich und Russland mit einer solchen neuen Einrichtung zu befreundeten. Die Handelsverträge sind abgeschlossen unter der Bedingung, daß der Absatz von Getreide nach Deutschland erleichtert wird; aber diese Erwartungen sind durchtrug worden dadurch, daß andere Länder, die überreichen Staaten, die Einfuhr an sich geiffen haben. Oesterreich und Russland sehen die Sache jetzt etwas anders an; sie prüfen die Verträge dem Sinne nach und sie sind wohl zur Ueberzeugung gekommen, daß sie von den Verträgen nur Schaden gehabt haben. Unser Antrag bietet die Möglichkeit, das Getreide wieder von Oesterreich und Russland zu beziehen. Die handelspolitischen Bedenken werden also nicht ganz unwirksam erscheinen. Ich habe für die Handelsverträge nicht gefürchtet; man hat daraus gefolgert, daß ein Gegner aller Handelsverträge bin. Das große Ziel der Anbahnung nachbarlicher engerer wirtschaftlicher Beziehung billige auch ich; aber die Art und Weise des Abschlusses der Handelsverträge ist keine ganz gründliche gewesen; man durfte nicht Handelsverträge abschließen unter Ausschluss von Russland. Das mußte zu einem handelspolitischen Konflikt führen. Die Vortheile für die exportirende Industrie dürften nicht auf Kosten der Landwirtschaft erkaufte werden und die Vortheile der Handelsverträge dürften nicht ohne weiteres im Wege der Preisbegünstigung weiter gewährt werden, weil dadurch die Vortheile für Oesterreich und Russland beschränkt würden.

Die angeblich sozialistische Tendenz des Antrages ist der schwerste Vorwurf, der dem Antrage gemacht wird. Die Festsetzung von Mindestverkaufspreisen ist durchaus nicht sozialistisch; denn sonst würden die Schutzzölle auch nicht zulässig sein, sie wollen auch nur den Produzenten einen mäßigen Verdienst sichern. Die gleitende Stala hatte doch auch nur den Zweck, einen Normalpreis zu fixiren. Sie war praktisch unbrauchbar, aber eine sozialistische Tendenz hat man ihr niemals vorgeworfen. Eine Verstaatlichung der Landwirtschaft folgt nicht aus unserem Antrage. Es handelt sich nur um die Verstaatlichung des Getreideverkaufs und zwar des Verkaufs des ausländischen Getreides, welches mit der deutschen Landwirtschaft nichts zu thun hat. (Sehr richtig! rechts.) Es sind wichtige Verbrauchartikel einem Monopol unterworfen worden; das Salzmonopol, das Branntweinmonopol in Russland. Niemals hat man davon eine Förderung des Sozialismus befürchtet. Ist nicht auch das Monopol des Transportwesens in den Staats-Eisenbahnen schon vorhanden? Wenn der Antrag eine sozialistische Tendenz enthält, müßten die Sozialdemokraten in erster Linie dafür stimmen, aber das werden sie, wie ich fürchte, nicht thun. Die mannigfachen Schäden unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, der ungenügende Schutz der Wirtschaftsschwachen, die Ausbeutung des Mittelstandes, die sich unaufrichtig vollziehende Theilung der bürgerlichen Gesellschaft in Millionäre und Proletariat, das sind die Ursachen der Sozialdemokratie. Diesen Erscheinungen wollen wir einen Damm entgegensetzen. (Sehr gut! rechts.)

Wir wollen den deutschen Mittelstand kräftigen und stärken. Ein großer Theil der Bevölkerung sieht mit banger Sorge in die Zukunft; tausende von Landwirthen können heute schon mit mathematischer Sicherheit den Zeitpunkt berechnen, an welchem der Gerichtsvolksherr sie auf die Straße setzt. (Sehr wahr! rechts.) Es ist eine Art von Hoffnungslosigkeit, von Verzweiflung eingerissen, und dieser Zustand bereitet der Sozialdemokratie den Boden. Es wird nicht lange dauern, dann wird die Sozialdemokratie einen großen Theil des Grund und Bodens verstaatlichen haben. Es ist keine sozialistische, sondern antisozialistische Tendenz, die unserem Antrage zu grunde liegt. (Sehr richtig! rechts.)

Unter den vielen Versammlungen, die für unseren Antrag sich erklärt haben, sind in letzter Zeit viele gewesen, die aus Angehörigen der städtischen Bevölkerung bestanden. In diesen Kreisen ist unser Antrag vielfach beifällig aufgenommen worden; in Konventionen werden wir vielleicht in kurzer Zeit unsere besten Anhänger finden. (Sehr richtig! rechts.) Es wird sich bald die Ansicht Bahn brechen, daß unser Antrag kein agrarischer Antrag ist, daß wir keine einseitige Interessentpolitik verfolgen. Wir wollen eine gleichmäßige Berücksichtigung aller Erwerbszweige, eine wahrhaft nationale Wirtschaftspolitik. (Weilfall rechts.) Niemals haben wir die Schwierigkeiten verkannt, mit denen wir zu kämpfen haben; aber alle Bedenken sollten zurücktreten gegenüber dem großen Ziele, welches wir im Auge haben, das ist die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft. Wir wollen den einheimischen Markt wieder in seine Rechte einsetzen, wir wollen den Wohlstand der ländlichen Bevölkerung heben, ohne welchen Handel und Industrie nicht gedeihen kann. Niemand kann den Vorwurf erheben, unser Antrag komme nur den Großgrundbesitzern zu gute. Hunderttausende von kleinen Besitzern haben sich für den Antrag erklärt, trotz aller Verhänge, eine solche Erklärung zu hinterziehen. Ich spreche dafür meinen Bundesgenossen meinen herzlichsten Dank aus, daß sie dafür Zeit und Mühe geopfert haben. (Zustimmung rechts.) Der Brief eines bescheidenen Bauern sagt: Das Begränzn des Antrages werde ein großartiges sein, denn die ganze Landwirtschaft werde sich im Krausergelocke befinden, weil ihre letzte Hoffnung zu Grabe getragen wurde.

Nun bitte ich Sie heute um eine wohlwollende Prüfung. Wir stehen auf einem kritischen Wendepunkt nicht bloß in der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern vielleicht in der Geschichte des Vaterlandes. Es handelt sich darum, ob die Landwirtschaft, die Grundlauge unserer politischen Ordnung und unserer Wehrkraft erhalten werden soll. Ich bitte, stimmen Sie für den

Antrag; lehnen Sie ihn ab, so schneiden Sie den Ast ab, auf dem Sie sitzen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe (auf der Journalistentribüne außerordentlich schwer verständlich; Redner spricht so leise, daß er öfters durch Zwischenrufe: „lauter!“ unterbrochen wird): Die Bedeutung des Antrages Kanitz wird von der Regierung nicht verkannt. Er hat weite Kreise der Bevölkerung beschäftigt und er ist auch von uns in reifliche Erwägung gezogen worden. Der Vorwurf, daß wir zu demselben keine Stellung genommen haben, ist also unbegründet. Ein Antrag wie dieser mußte von der Regierung auf das Sorgfältigste geprüft werden. Außerdem mußte der öffentlichen Meinung Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten auszutauschen, namentlich in der Presse. Das ist nun geschehen und es ist nun die Zeit gekommen für die Regierung, die Gründe darzulegen, weshalb der Antrag nicht annehmbar erscheint.

Der Antrag besagt, daß der An- und Verkauf des ausländischen Getreides für den Verbrauch im Inlande auf Rechnung des Reiches geschehen soll. Damit ist alles Getreide, welches nicht zum Verbrauch im Inlande bestimmt ist, ausgeschlossen, und daria liegt ein Einfuhrverbot. Das dieses Einfuhrverbot mit den Handelsverträgen im Widerspruch steht, hat der Antragsteller auch anerkannt. Er hat nur den Wunsch ausgesprochen und die Ueberzeugung, daß es möglich sei, auf dem Wege der Verhandlungen mit den Vertragsstaaten zu dieser Einschränkung zu gelangen. Ich bezweifle, daß solche Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen würden. Jedenfalls ist es nicht ratsam und der Würde des Reiches entsprechend, sie jetzt, nachdem die Verträge nun einmal geschlossen sind, sofort wieder zu beginnen. Unter diesen Umständen ist es auch nicht notwendig, darauf näher einzugehen, ob der Antrag ausführbar ist. Wenn der Getreidehandel in die Hände des Staates übergeht, dann muß der Privatgetreidehandel aufgehört, denn der Kaufmann, der im Auslande Getreide kauft und zur Einfuhr nach Deutschland bestimmt, kann sich dann den Markt nicht mehr aussuchen, der ihm paßt, er kann auch die Chancen nicht benutzen. Das Reich ist nicht verpflichtet, das Getreide, welches an die Grenze kommt, zu kaufen. Der Händler ist also eventuell genöthigt, sein Getreide außerhalb des Landes unwirtheilhaft loszuschlagen. Das Reich wird durch diesen Antrag verpflichtet, für die Versorgung des Inlandes mit Getreide selbst zu sorgen. Dazu wird ein Reichsdienst organisiert werden müssen, vielleicht ein Reichs-Getreide-Versorgungsbureau u. s. w. Es werden zahlreiche Agenten und Sachverständige angestellt werden müssen. Kommt es dann zum Einkauf, so handelt es sich um die Qualität, den Geschmack des Publikums, um die Bedürfnisse, welche jedes Jahr wechseln. In dieser Prüfung gehört eine große Sachkenntnis, die den Reichsbeamten als solche nicht innewohnt. Der Getreidehandel gehört zum Handel, ganz wie das Blut zum menschlichen Organismus. Zerfört man diesen einen Theil des Organismus, so wird es sehr schwer werden, den ganzen Organismus, d. h. den Handel, noch lebensfähig zu erhalten. Die Verantwortung, daß das Reich in Zeiten des Mißwachses u. s. w. genügend mit Getreide versorgt werde, könnte ich nicht übernehmen.

Der Vorwurf, daß der Antrag eine sozialistische Tendenz verfolgt, hat der Antragsteller nicht entkräften können. Der Antrag würde auch nicht die Vortheile bringen, die er verspricht. Nach der Berufsstatistik von 1882 sind 19 Millionen an landwirtschaftlichen Gewerbe betheilig, einschließlich der Angehörigen. Davon haben aber 15 Millionen keinen Vortheil von höheren Getreidepreisen, weil sie kein Getreide verkaufen, sie haben direkte oder indirekte Nachteile.

Wir müssen uns also nach anderen Mitteln umsehen. (Der Reichskanzler spricht immer leiser. Auf: Lauter!) Dahin rechnen wir eine Vörsenreform, eine Branntwein- und Zuckersteuer, Beseitigung der Transithandels, welche nicht allein dem Transithandel, sondern auch dem Inlandshandel dienen und eine Herabsetzung der Eisenbahntarife, welche zum theil schon begonnen hat. (Zustimmung links.)

Abg. Baasche (ntl.): Meine politischen Freunde erkennen die Tendenz des Antrages, der Landwirtschaft zu helfen durch

Wachtmittel des Staates vollaus an; der Bauernstand bedarf insbesondere dringend der Hilfe. Kapitalien können zu grunde gehen, Großgrundbesitzer können durch andere ersetzt werden, aber wenn dem deutschen Bauernstand die Wurzel seiner Existenz abgegraben ist, dann können wir ihn nicht wieder herstellen, so wie wir ihn brauchen für unser ganzes soziales Volksleben. (Sehr wahr! rechts.) Aber wenn Graf Kanitz meint, daß jeder, der ein warmes Herz für die Landwirtschaft habe, für den Antrag stimmen müsse, so ist das eine Verwechslung zwischen der Tendenz des Antrages und zwischen der Art und Weise, wie die Tendenz zur Durchführung gebracht werden soll. Man kann der Tendenz zustimmen und braucht doch nicht den vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Ich halte den Weg für absolut ungangbar, trotzdem ich für die deutsche Landwirtschaft das größte Interesse habe.

Abg. v. Pösch (DL): Der Antrag Kanitz hat nicht von Anfang an die Zustimmung aller Landwirthe gefunden. Als der Genius Deutschlands, Fürst Bismarck, von seinem Posten ging, mußten die Landwirthe bald sehen, daß wir in den Kreis der Handelsvertrags-Politik einlenkten. Sogar kurzfristige Handelsverträge ist nichts einzuwenden, wohl aber gegen Verträge auf lange Dauer, welche uns jetzt auf zehn Jahre festlegen. Der Industrie haben die Handelsverträge sehr wenig genügt; der Landwirtschaft haben sie unendlich geschadet und mit ihr haben Handwerker und Mittelstand gelitten; dafür sind jetzt die Beweise erbracht. Oesterreich-Ungarn hat von den Handelsverträgen wenig genug; Oesterreich war betheilig an der Einfuhr von Weizen 1889 mit 26 pCt., 1894 aber nur mit 12 pCt.; Russland mit 58 pCt. im Jahre 1889, jetzt aber nur mit 24 pCt. Dagegen ist die Einfuhr aus Argentinien von 0,01 auf 30 pCt. gestiegen. Was soll da erst werden, wenn die Anbaufläche sich noch mehr ausdehnt.

Da muß etwas geschehen. Ein einziges Gesetz ist im Interesse der Landwirtschaft an den Reichstag gekommen, die Spiritussteuer-Novelle. Konnte sie nicht etwas früher kommen, damit sie für diese Kampagne noch ausgenutzt werden konnte? Die Zuckersteuer-Novelle ist auch erst in Aussicht gestellt, hoffentlich kommt sie recht bald. Wir wollen auch dem Bauer auf dem leichteren und mittleren Boden helfen und das ist nur möglich durch Steigerung der Getreidepreise. Der Wille zu helfen ist vorhanden; aber der Weg ist bisher noch derselbe geblieben. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Meißbegünstigungsverträge zu kündigen, sie will bei ihrer Handelspolitik bleiben, wie Herr v. Marschall ausgeführt hat; die Rede des Herrn v. Bötticher auf dem Handelstage ist auch vom Staatsministerium nicht desavouirt worden; man muß also annehmen, daß das Großkapital allein bevorzugt wird, weil es die Handelsverträge mit geschaffen hat.

Wir sind dem Staatsrath auch mit Vertrauen entgegengekommen. Wir müssen dankbar anerkennen, daß fleißig gearbeitet worden ist; wir haben von Anfang an nicht erwartet, daß er den Antrag Kanitz annehmen würde. Aber wir hoffen, daß die preussische und die Reichsregierung nicht unbedingt sich dem Staatsrath unterwerfen würde. Ich hätte gehofft, daß die Stimme des deutschen Landwirtschaftsrathes mehr in das Ge-

wicht gefallen wäre, der sich unbedingt für den Antrag Kanitz ausgesprochen hat. Wir haben den Landwirtschaftsrath lieber wie den Staatrath. In der Möglichkeit der Durchführung des Antrages Kanitz zweifeln wir nicht. Was die jüdischen Händler durchzuführen, würde der Staat mit viel mehr Mühe und Mühsal durchzuführen können. Hat er doch die viel schwierigeren Aufgabe der Eisenbahnverstaatlichung durchgeführt! Kaufen nicht das Kriegsministerium schon hunderttausende Jentner Getreide? Der Staat könnte sich mit den bewährten Händlern und Großkaufleuten in Verbindung setzen; dagegen würden manche Schwierigkeiten von vornherein beseitigt sein. Nicht bloß Kleinbeizler verkaufen Getreide, sondern auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, welche ihren Lohn zum Theil in Getreide erhalten. Kommen Sie doch in die Versammlungen hin und sehen Sie sich dieselben an, ob sie nur aus Großgrundbesitzern bestehen! Die Bauern stimmen uns jetzt vollständig bei. Früher waren sie im freisinnigen Lager; davon sind sie jetzt längst bekehrt worden. Die Sozialdemokraten haben den Bauern ja offen gesagt beim Abschluß der Handelsverträge, daß zunächst die Bauern vernichtet werden sollen, mit den Großgrundbesitzern würde man schon fertig werden. Der Bauer wird nicht Sozialdemokrat. Aber wenn er nicht mehr Bauer ist, wenn er seinen Grundbesitz los ist, dann ist er der Sozialdemokratie verfallen. Jedes Mittel, welches uns geboten wird, nehmen wir dankbar an; welcher, der sich noch in guter Lage befindet, kann gerettet werden, aber mit kleinen Mitteln kann denen nicht geholfen werden, welche bereits in schlechte Verhältnisse gekommen sind. Wir wollen die Bauern erhalten als treue Diener des Thrones und des Vaterlandes. Bei den Rentengütern muß dafür gesorgt werden, daß die Besitzer nicht von vornherein in schlechte Verhältnisse kommen. Die Bauern sind in ihrem Einkommen zurückgegangen, sie wollen aber trotzdem Steuern zahlen (Heiterkeit), auch wenn sie von ihrem Kapital zehren. Aber auf die Dauer können sie das nicht aushalten. Wir haben die Agitation nicht provoziert; wir haben die Leute beruhigt; die Leute bleiben auch loyal und Loyalisten, auch wenn sie zum Reichstage jetzt das Vertrauen verloren haben. Der Bürgerstand in den Städten steht schon jetzt auf unserer Seite; er will lieber sein Brot theurer bezahlen, um an die Landwirtschaft verkaufen zu können.

Wenn die Sozialdemokraten das Interesse der Arbeiter richtig vertreten würden, würden sie nicht auf billiges Brot, sondern auf Arbeitsgelegenheit setzen. Die Hauptsache für die Industrie ist der innere Markt; ist dieser kräftig zu kaufen, so wird auch Arbeitsgelegenheit vorhanden sein. Es würden also nur wenige einen Schaden von unserem Antrage haben. Die Vertheuerung des Brotes kann nicht ernsthaft befürchtet werden; denn zwischen Korn- und Brotpreis ist ein großer Unterschied; und wenn das Brot zu theuer wird, kann durch andere Mittel geholfen werden. Mit der Produktionssteigerung ist es auch nicht so weit her. Sollen die Leute ihren Dünge vom Boden kaufen und sich nachher die Stühle aufhängen lassen? Unsere Bevölkerung in Deutschland wird auch noch fernherhin steigen und dafür schon muß eine Produktionssteigerung eintreten. Die neuen Vesehe haben neue Kosten und neue Steuern gebracht, aber keine Ermäßigung der Produktionskosten. Die Kosten der Sozialpolitik steigern sich von Jahr zu Jahr; diese Kosten müssen anderweitig aufgebracht werden, von der Börse und vom Großhandel, nicht bloß von der Landwirtschaft.

Kleine Mittel sind halbe Maßregeln; eine ganze Maßregel ist dringend notwendig; das ist der Antrag Kanitz. Die Einführung der internationalen Doppelwährung wird der Landwirtschaft nügen; aber sie kann nicht in wenigen Monaten durchgeführt werden wie der Antrag Kanitz. Der Wandel muß schnell kommen, sonst kommt er zu spät. Der Mittelstand verlangt auch den Antrag Kanitz. Ihn kann auch geholfen werden durch die Vorlage gegen den unläuteren Wettbewerb; ich möchte die Regierung dringend bitten, die Vorlage bald zu machen. (Zustimmung rechts.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Der Vordrucker hat es für gut befunden, mich hier im Reichstage anzugreifen mit denselben Darlegungen, welche er gestern im Abgeordnetenhaus mir gegenüber gemacht hat; dort war ich verpflichtet, ihm zu antworten, hier verweigere ich das, weil ein Angriff gegen den preussischen Landwirtschaftsminister wegen seiner dienstlichen Thätigkeit als solchen in den Reichstag nicht hineingehört.

Abg. v. Hammerstein (M.): Ich will nur auf die Bemerkungen des Reichskanzlers kurz antworten, daß politische Gründe vorliegen, den Antrag Kanitz nicht anzunehmen. Der Reichskanzler hat den Antragsteller mißverstanden, wenn er meinte, Graf Kanitz habe die Unvereinbarkeit des Antrages mit den Handelsverträgen anerkannt. Graf Kanitz hat diese Frage nur offen gelassen. Der russische Handelsvertrag enthält Bestimmungen darüber, daß Gegenstände eines Monopols dem freien Verkehr entzogen bleiben; es können auch Gegenstände aus besonderen Gründen ausgenommen werden. Diese Bestimmung war uns zu vordringlich. Aber da Rußland davon Gebrauch macht, so muß das auch uns freistehen. Verhandlungen mit anderen Staaten sollen nach dem Reichskanzler keine Aussicht auf Erfolg haben. Beruht diese Ansicht auf Thatsachen, oder ist die Ansicht nur aus der diplomatischen Ueberzeugung des Reichskanzlers geschöpft? Für die Anknüpfung solcher Verhandlungen bietet allerdings die scharfe Stellungnahme des Reichskanzlers und des Staatsraths gegen den Antrag Kanitz wenig Aussicht. Die Würde des Deutschen Reiches verbietet es jedenfalls nicht, Verhandlungen anzuknüpfen, um die Schädigungen, welche die Handelsverträge mit sich gebracht haben, zu beseitigen. (Zustimmung rechts.) Wenn auch der Getreidehandel geschädigt würde, um der Landwirtschaft Nutzen zu schaffen, so würde ich das für durchaus zweckmäßig halten. Die Rücksicht auf den Handel kann man jetzt etwas zurücktreten lassen. Die summarische Behauptung, daß der Antrag unausführbar sei, kann ich nicht anerkennen. Ist das auch nur eine vorgefaßte Meinung oder beruht diese Anschauung auf Thatsachen? Man hat wohl nicht die steuerrechtlichen Beamten über die Ausführung befragt. Die Ausführbarkeit seines Antrages kann ein Antragsteller nicht erweisen.

Staatssekretär v. Marschall: Der Vordrucker hat eine bestimmte Darlegung von Seiten der Regierung vermisst, nach welcher Richtung die Durchführung des Antrages Kanitz mit den bestehenden Vertragsverhältnissen in Widerspruch steht. Wir haben doch keinen Anlaß, uns darüber in diesem Augenblick den Kopf zu zerbrechen, ob dieser Antrag, wenn er durchgeführt wäre, mit den bestehenden Vertragsverhältnissen in Widerspruch steht, so lange uns der Beweis nicht geliefert ist, daß dieser Antrag überhaupt durchführbar ist. (Zustimmung links.) Graf Kanitz hat uns dargelegt, daß ja der Privathandel wie vorher bestehen könnte. Der Getreidehändler kann aber mit seinem Getreide wieder nach Hause fahren, wenn es der Reichsbeamte nicht brauchen kann. (Große Unruhe.) Wenn der Reichsbeamte das Getreide nicht annimmt, dann entsteht für den Händler eine ganz unverdächtige Zollhebung. Der betreffende Händler muß für das eingeführte ausländische Getreide bezahlen den Weltmarktpreis plus der Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem Preise, der nach dem Antrag Kanitz festgesetzt ist. Herr v. Hammerstein hat darauf hingewiesen, in welche ungünstige Situation die Vertragsstaaten durch diese Verträge gerathen seien. Damals sprach man von einer Tributpflichtigkeit des Reichs gegenüber Oesterreich und Rußland, heute darf mit Genugthuung konstatiert werden, daß man nunmehr den direkt entgegengesetzten Standpunkt einnimmt (Unruhe rechts), unsere damaligen Unterhändler müssen also sehr geschickt verfahren sein. (Zustimmung.) Sind die Vertragsstaaten durch diese Verträge wirklich in eine ungünstige Lage gekommen, so mögen wir es

ihnen selbst überlassen, in welcher Weise sie sich aus der für sie ungünstigen Lage (Abg. v. Hammerstein: Für uns auch!) befreien. Herr v. Hammerstein hat den Herrn Reichskanzler gefragt, ob seine ablehnende Erklärung darauf beruhe, daß er bereits Fühlung mit den Vertragsstaaten genommen hätte. Das letztere ist nicht der Fall. Wir haben auch nicht die Absicht es zu thun, weil wir nicht wissen, worüber wir eigentlich verhandeln sollen. (Unruhe rechts.) Wir haben mit den Vertragsstaaten ein Uebereinkommen getroffen auf der Basis, daß wir unsere landwirtschaftlichen Zölle ermäßigt und auf 10 bzw. 12 Jahre gebunden und dafür industrielle KonzeSSIONen eingetauscht haben. Wenn wir nun auf Grund des Antrages Kanitz mit jenen Staaten in Verhandlungen eintreten, dann müßten wir nicht nur eine Erhöhung unseres Zolles über 5 M. hinaus ihnen vorschlagen, sondern auch, daß es in unser Belieben gestellt wird, ob und welches auswärtige Getreide wir überhaupt hereinlassen. Das heißt nicht, einen bestehenden Vertrag modifizieren, sondern negieren. (Lebhafte Zustimmung links, Jurist rechts.) Der Abg. v. Staudy ruft: Diplomatie. Ich bin ihm außerordentlich dankbar dafür, daß er den deutschen Diplomaten solche Leistungen zutraut, aber so etwas ist von unserer Diplomatie niemals verlangt worden. Herr v. Hammerstein hat es bemängelt, daß der Herr Reichskanzler bezüglich dieser Frage von der Würde des Deutschen Reiches gesprochen habe. Wenn wir den Vertragsstaaten solche Vorschläge machen, so würde das auf die auswärtigen Staaten nicht nur, sondern auf die ganze Welt den Eindruck eines ganz bedenklichen Schwankens der Regierung machen (Lachen rechts; lebhaft Zustimmung links) und es würde die Zuversicht und den Glauben in unsere Vertragstreue ganz bedenklich erschüttern. Wir müssen es deshalb mit aller Entschiedenheit ablehnen, auf Grund des Antrages Kanitz mit unseren Vertragsstaaten in Verhandlungen einzutreten. (Beifall links.)

Abg. Richter (rs. Sp.): Herr v. Hammerstein scheint eine Antwort von uns heute noch zu wünschen. Ich werde ihm die Antwort ertheilen, theils aus Höflichkeit, theils um unser Schweigen zu erklären. Wir verhandeln heute nicht zum ersten Mal über den Antrag; eine Verhandlung hat schon vor Jahresfrist stattgefunden und jede Partei konnte einen ganz prägnanten Standpunkt einnehmen. Wir halten den Antrag grundsätzlich für durchaus verkehrt und für unausführbar und für den geltenden Verträgen widersprechend. Die Herren haben sich bemüht, den Antrag auf der öffentlichen Tagesordnung zu erhalten; aber je mehr man sich mit der Sache beschäftigt hat, umso mehr hat man die Gründe gegen den Antrag erkannt und eine so agrarische Versammlung wie der Staatrath (Heiterkeit rechts; Jurist: Herr v. Helldorff!) hat gegen 4 Stimmen den Antrag verworfen. 97 Zuschriften haben Sie erhalten, 6 sind Ihnen abhanden gekommen, und Herr Ulben, der den Antrag unterschrieben hat, hat gegen denselben gesprochen. Es werden also auch jetzt wie früher $\frac{1}{2}$ des Reichstages gegen den Antrag stimmen. Das einzig Neue seit dem vorigen Jahre ist der Kanzlerwechsel, und es war interessant, daß der Kanzler Stellung genommen hatte, namentlich nach dem er sich anfangs etwas dilatorisch verhalten hatte. Wir wollten Ihnen Veranlassung geben, sich mit der Regierung auseinanderzusetzen und das konnte um so gründlicher geschehen, je mehr wir uns einschränkten (Heiterkeit) und Ihnen und der Regierung das Wort überließen. Der Reichskanzler hat eine ablehnende Erklärung abgegeben und damit ist unser Interesse an der weiteren Verhandlung völlig erschöpft; wir wollen deshalb den Antrag so schnell als möglich ablehnen. (Zustimmung links.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der heute abgebrochenen Debatte.)

Der Parlamentsbericht über die Donnerstag-Sitzung des Reichstages giebt die Ausführungen Nebel's im Eingang seiner Rede so vollkommen anständig wieder, daß eine Nachhülfe nicht notwendig ist. Nebel sagte nach dem stenographischen Bericht wörtlich:

Meine Herren! Sie werden wohl nicht von mir erwarten, daß ich auf die Provokation des Herrn Müller eingehe und hier zu Ihrem Vergnügen eine Auseinandersetzung hervorrufe über Meinungsverschiedenheiten in bezug auf unsere Parteistellung zwischen meinem Parteigenossen v. Bollmar und mir. Soweit solche Meinungsverschiedenheiten existiren, werden wir dieselben an anderer Stelle ansprechen als hier im Reichstag. Vordränger und wahrscheinlich auf lange hinaus werden wir Sie mit dergleichen nicht unterhalten.

Tokales.

Handfuchung. Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“ hatte sich heute wieder einmal der Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen, die in beträchtlicher Zahl (ca. 10 Mann) anrückte, um die sämtlichen Räume nach dem „Märkischen Landboten“ von 1894 und 1895 zu durchsuchen. Von dem ersteren wurden 70 und dem letzteren 124 Exemplare gefunden und auf Grund des § 130 beschlagnahmt.

Rugleich „entdeckt“ einer der findigen Beamten auch 1 Bader „Kreuzer, Marcellais des Christenthums“, von dem 2858 Exemplare vorläufig in Verwahrung genommen wurden.

Unter dem Schutze des Weihnachtsbaums. Die Kölner „Korrespondenz“ schreibt:

Vor einiger Zeit brachten Berliner Blätter eine Notiz, derzufolge am Weihnachtsabend mehrere Auftritte zur Verhaftung von Schuldnern wegen Nichtleistung des Offenbarungseides an Berliner Gerichtsvollzieher gelangt sein sollten. Es sei dies gegeben, um durch Fortholung des Schuldners vom Weihnachtsbaum mitten aus dem Kreise seiner Familie einen unmoralischen Zwang auszuüben.

Die angestellten eingehenden Erhebungen haben ergeben, daß am Abend des 24. Dezember v. J. kein wegen Nichtleistung des Offenbarungseides verhafteter Schuldner sich in den hiesigen Gefängnissen befand. Auch hat kein Gerichtsvollzieher ermittelt werden können, dem ein Auftrag zu einer Verhaftung an jenem Abende zugegangen wäre.

Auch wir halten es für unwahrscheinlich, daß der christliche Staat einen Schuldner aus der Reihe des Heiligen Abends roh herausreißt.

Der christliche Staat hat bisher nur ehrenhaften Männern, die er zu seinen politischen Feinden zählte, ohne Noth die lärgliche Freude am sogenannten Fest der Liebe geraubt.

So geschah es 1896 in Frankfurt am Main, wo die Polizeibehörde einer Reihe ehrenhafter Familienväter, deren Verbrechen darin bestand, daß sie in der Zeit von Deutschlands tiefster Schmach offen ihre sozialdemokratische Ueberzeugung bekundet hatten, just am ersten Weihnachtstage die Vorladung stellte, welche ihre Ausweisung aus dem Gebiete des kleinen Belagerungslandes bedeutete. So geschah es ferner noch im Jahre 1893, wo unser Parteigenosse Reichstagsabgeordneter Stadhagen zwei Tage vor dem Fest der Liebe die Gefängnisstrafe anzutreten hatte, die ihm wegen des Verbrechens, den — Romeo beleidigt zu haben, von Richtern der freien Stadt Hamburg zuerkannt worden war.

Dies alles sind Fälle, in denen nur Sozialdemokraten, denen auch nicht die geringste Unehrenhaftigkeit anhaftete, in Frage kommen.

Es war wirklich recht überflüssig von der Korrespondenz des Herrn Polizeiministers, die Versicherung zu geben, daß bürgerlichen Schuldnern, und seien es auch die gemeinsten Galgenvögel, die Weihnachtstfreude von Staatswegen nicht gestört werden ist.

Die Kinder-Volkküchen haben bei den städtischen Behörden die erhoffte Unterstützung nicht gefunden. Der Vorstand hatte den Magistrat um 20000 M. gebeten, war aber abgewiesen worden und hatte sich dann an die Stadtverordneten-Versammlung mit der Bitte um wenigstens 10000 M. gewandt. Der Staatsauschuß empfahl, diese Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Debatte, die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung darüber geführt wurde, war kurz, aber lehrreich. Auf derjenigen Seite, von der alle das Interesse der beschlossenen Klasse angehenden Vorschläge und Forderungen abgelehnt werden, wurde man sofort unruhig, als darauf hingewiesen, daß die Küchen doch manche Noth lindern. Mit Gelächter beantwortete man die Verlesung eines Briefes, in welchem ein Gemeindefuhr-Nektor schrieb, in früheren Jahren seien ihm von Behörden oft Kinder zugesandt worden, die Tiefschlaf, namentlich Mundraub, begangen hätten, seit Befehlen der Küchen sei das aber nicht mehr vorgekommen. Schließlich wurde der Ausschussantrag abgelehnt, wobei einige Herren von der Mehrheit ein „Bravo!“ nicht zu unterdrücken vermochten. Wir meinen, daß es nicht nöthig war, der Ablehnung eine so brutale Form zu geben. Man kann über den Nutzen dieser Küchen ebenso skeptisch denken, wie über das „warme Herz“ ihrer Begründer, Zeiler und Götter. Aber das ist doch zweifellos, daß die Küchen vieler tausende wirklich nothleidender Proletarierkinder sättigen, wenn sie es auch nicht dahin bringen werden, alle Noth und jeden Anlaß zum Stehlen zu beseitigen. Doch vielleicht ist gerade das ein wunder Punkt in den Küchen, daß sie wirklich hungernde Kinder in ihren Räumen versammeln. Der „Verein für Kinder-Volkküchen“ hat in der That gethan, was er nie thun durfte, wenn er die Gunst der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung erringen wollte: er hat die Noth der Proletarierkinder aufgedeckt. Das wird man ihm nie verzeihen. Daß man auch aus dem entgegengesetzten Grunde vor diese Mehrheit, nämlich gerade weil man die Noth der Proletarierkinder in ihrer ganzen Größe kennt und nach Kräften lindern will, gegen die Kinder-Volkküchen als private Einrichtung mit kommunaler Unterstützung sein kann, das brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Nun will der Magistrat die Küchen in der That zu einer kommunalen Einrichtung machen, wenigstens hat er das durch seinen Vertreter im Ausschuss versichern lassen, um die Petition des Vereins als überflüssig erscheinen zu lassen. Er will die Armenspeisungs-Anstalten, die formell als private Einrichtung gelten, faktisch aber in enger Verbindung mit der Armenverwaltung stehen, fast nur von dieser Verwaltung benutzt werden und auch fast ausschließlich aus städtischen Mitteln erhalten werden, anders organisiren, so daß sie die Kinder-Volkküchen ersetzen können. Dieser Plan sieht aus, als ob er der empfehlenswertere wäre. Er will an die Stelle der aus kommunalen Mitteln unterstützten Privatthätigkeit, wie es scheint, eine rein kommunale Thätigkeit setzen; denn diese Umgestaltung der Armenspeisungs-Anstalten durch den Magistrat ist doch wohl nur möglich, wenn die Anstalten nun auch formell zu einer städtischen Einrichtung werden. Leider würde das aber bei den Prinzipien, die vorläufig noch in der städtischen Verwaltung herrschend sind, keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeuten. Die Kinder-Volkküchen würden als Theil der Armenspeisungs-Anstalten noch mehr, als das heute schon der Fall ist, zu Armenküchen werden. Die Speisemarken der Armenspeisungs-Anstalten werden fast nur von den Armenkommissionen vertheilt. Die hungernden Kinder, die heute den Kinder-Volkküchen von den Lehrern und Rektoren zugeführt werden, müßten dann gleichfalls zum Armenkommissions-Vorleser geben. So sichert sich die städtische Verwaltung ihre Mitwirkung bei der Auswahl der unentgeltlich zu speisenden Kinder, die beim Verein heute fehlt, und die nach dem Grundsatze der kommunalen Selbstverwaltung allerdings gefordert werden darf. Es ist aber die Frage, erstens: ob dann nicht der Begriff „bedürftig“ bedeutend strenger gefaßt werden wird, und zweitens: ob nicht viele Eltern überhaupt darauf verzichten werden, ihre Kinder in diese Küchen zu schicken.

Feiern die Gerichte am nächsten Montag? Eine Sache, in der zum 1. April Termin vor dem hiesigen Amtsgericht I angelegt war, hat durch richterlichen Beschluß eine Vertagung erfahren, und zwar in Rücksicht darauf, daß den Parteien nicht zugemuthet werden kann, am 1. April 1895, welcher sich zu einem allgemeinen deutschen Festtage gestaltet hat, am Gerichtsstelle zu erscheinen. Da ist es denn doch hohe Zeit, daß eine amtliche Erklärung über die Frage erlassen wird, ob am nächsten Montag allgemeiner Gerichtstagsfeier ist, oder ob nur ein besonders bismarckgeborener Richter auf eigene Verantwortung gehandelt hat. Wir müßten wahrlich keinen Grund, warum gerade die Gerichte wegen des Gedenktages feiern sollten; es sei denn, daß sie dadurch der wirklich nicht unbedeutenden Arbeit symbolisch gedenken wollten, die ihnen die hunderte harter Beurtheilungen wegen Bismarck-Beleidigung seinerzeit verursacht haben.

Einen Reinfall haben die Bismarckbrüder in Spandau erlebt. In der dortigen Stadtverordneten-Versammlung wollte der Magistrat 250 Mark zur Anschaffung von 1000 Bismarckbüchlein — was das für Dinge sind, wissen wir leider nicht — bewilligt haben. Dieser Antrag wäre möglicherweise mit einer kleinen Majorität angenommen worden, wenn nicht von konservativer Seite die Angelegenheit auf das politische Gebiet hinübergespielt worden wäre. Vier konservative Mitglieder stellten nämlich den Antrag auf namentliche Abstimmung. Hierdurch wurde eine beträchtliche Erregung hervorgerufen. Sowohl sozialistische, als auch freisinnige Stadtverordnete bemerkten zu diesem Antrage, seine Absicht könne nur sein, die Gegner vor der Öffentlichkeit zu schädigen. Der Versammlung gehörten auch Arbeiter der königlichen Fabriken an, und falls diese die Vorlage ablehnten, so würden sie, falls die Abstimmung veröffentlicht würde, sofort ihre Arbeit verlieren. Durch den Antrag auf namentliche Abstimmung war sichtlich Del ins Feuer gegossen. Schließlich wurde ein Antrag auf Vertagung angenommen. Da bis zur nächsten Sitzung der 1. April längst verstrichen ist, so ist mit diesem Beschluß der Magistratsantrag so ziemlich gegenstandslos geworden und Spandau muß auf den Rubm verzichten, zu Ehren Bismarck's pflichtbewusste Arbeiter geschädigt zu sehen.

„Unsere Christen trinken zwar keinen Schnaps, aber als Handelsartikel ist er manchem willkommen.“ Also sagt ein in unseren afrikanischen Kolonien thätiger Missionar in einem Briefe, der in Stöcker's „Deutsche Evangelische Kirchenzeitung“, unter zahlreichen Zeugnissen über die Herrschaft des Branntweins in den Kolonien, mitgetheilt wird. Das ist freilich böse, und es scheint sogar, als ob es sich nicht um solche „Christen“ handelt, die es nur dem Namen nach sind, sondern sich wirklich, wie es im Pastorenstil heißt, „zu Gottes Wort halten“. Diese Kameruner Christen können den ostfriesischen Juntzen die Hand reichen. Die trinken auch keinen Schnaps, aber sie produziren ihn.

Die Berliner Lesefallen zeigen eine Erhöhung des Bezuges ab. Vom 1. April ab ist zu zahlen für den Einzelbesuch 10 Pf., für eine Wochenkarte 40 Pf., für eine Monatskarte 1,20 M. Gerade keine angenehme Vorhoff für die Stellungsuchenden, welche die Lesefallen in Anspruch nehmen müssen.

In der Urania wird heute Abend Herr Professor G. Kloppe aus Braunschweig seinen Vortrag über „Die großartigsten Alpen- und Hochgebirgsbahnen vornehmlich der Schweiz“, der außerordentliches Interesse gefunden, vor seiner Rückreise noch einmal wiederholen. Es tritt also dieser Projektionsvortrag an die Stelle des angekündigten dekorativen Vortrages „Zwei Amerikasfahrten“. Letzterer wird mit der kommenden Woche definitiv vom Repertoire der Moabit Urania verschwinden, um eventuell erst

In dem neuen Gebäude in der Lindenstraße seine Aufstellung zu feiern.

Die Telegraphendienststunden, sowie die Dienststunden der Fernsprech-Vermittlungsstelle des Postamts in Paris werden von 1. April ab für Sonn- und Wochentage auf die Zeit von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends festgesetzt.

Ab schlägig beschieden hat das Polizeipräsidium die Firma Kramer u. Co., die Ende v. J. die Genehmigung zur Anlage einer elektrischen Straßenbahn, Genthinerstraße—Weidenbammer Straße nachgesucht hat. Der Bescheid lautet dahin, daß die königliche Thiergarten-Verwaltung namens des Domänenfiskus, dem das Eigentum an dem Thiergarten zusteht, im Hinblick auf eine bereits früher von dem Finanzminister getroffene Entscheidung erklärt hat, die Inanspruchnahme des Thiergartens für die geplante Straßenbahn nicht gestatten zu können.

Die ersten Klebziegel (80 Stück) in diesem Jahre wurden, wie der „Börse-Kourier“ meldet, gestern von der bekannten Hof-Zellulosehandlung Kurt Grunewald, hier selbst, Mohrenstr. 60, zum Preise von 4,50 Mark pro Stück verkauft. Es giebt Tropfen genug in Berlin, die sich ihre 27 Mark für ein halbes Duzend Klebziegel zum Frühstück leisten können. Ebenso giebt es tausendfach mehr ehrliche und rechtschaffene Leute in der glänzenden Reichshauptstadt, die nicht wissen, woher sie ein Stück trockenes Brot nehmen sollen, um ihren und ihrer Familie Hunger zu stillen.

D. S. M. Die katholische „Germania“ berichtet folgende interessante Neuigkeit: In den Kamschabazaren des jüdischen Spielantons Pabach zu Berlin sind die Verkäufer zuweilen die Buchstaben D, S. M., und zwar dann, wenn sie irgend einen der Käufer in Verdacht haben, daß er stiehlt. Dieser Ruf ist dort ziemlich häufig zu hören. Was er zu bedeuten hat, ist fürzlich durch eine Induktion bekannt geworden, er soll lauten: „Das Luder maust“.

Warum Arbeiter gemahregelt werden. Das Bau-Amt der Gemeinde Nixdorf hatte kürzlich dem Steinsehermeister Laubert daselbst das Sortiren und Aufstellen von Pfastersteinen in der Paniersstraße übertragen. Um einen Anhalt für den hierfür zu bewilligenden Kostenbetrag zu haben, hatte das Bau-Amt einige Kubikmeter Steine vorher probeweise sortiren und aufsetzen lassen und war dabei zu dem Resultat gekommen, daß der Kubikmeter durchschnittlich 82 Pf. Arbeitslohn erfordert, worauf Laubert sich bereit erklärte, die Arbeit für den Preis von 35 Pf. pro Kubikmeter auszuführen. Den mit der Ausführung der Arbeit in Accord beauftragten Arbeitern zahlte der Unternehmer jedoch nur — 15 Pf. pro Kubikmeter, so daß die betreffenden Arbeiter bei größtem Fleiß nicht mehr als 1,80 Mark pro Tag zu verdienen vermochten!! Es war daher wohl erklärlich, daß die Arbeiter für diesen Hungerlohn schließlich nicht weiter arbeiten wollten und durch einen ihrer Kollegen eine anständigere Bezahlung verlangten. Da Laubert wohl einsehen mochte, daß er für den von ihm gezahlten Preis andere Arbeiter nicht bekommen werde, verstand er sich schließlich dazu, 10 Pf. pro Kubikmeter zuzulegen. Derjenige Arbeiter aber, der im Auftrage seiner Kollegen dies veranlaßt hatte, wurde als „Aufwiegler“ entlassen!! Einem Kommentars bedarf diese Handlungsweise des Unternehmers nicht, da sie sich selbst richtet.

Au stelle des Justizraths Munkel, welcher sein Amt niedergelegt hat, ist am Mittwoch von der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung zum Vorsteher der bisherigen Stellvertretende Vorsteher Dr. Jaffe mit 30 von 42 Stimmen gewählt worden. 10 erhielt Munkel.

Fünf Monat unschuldig in Untersuchungshaft. Am 27. Oktober brachten wir die Nachricht, daß der Tischler Kahlert aus der Steinwegstraße in Nixdorf wegen Sittverbrechens verhaftet worden sei. Nachdem der Beschuldigte fast fünf Monate in der Haft hat zubringen müssen, ist er dieser Tage von der Strafkammer des Landgerichts II freigesprochen worden. Geld für Entschädigungen unschuldig erlittener Haft hat unser Kulturstaat bekanntlich immer noch nicht übrig. Die Opfer für den Militärmoosch lassen die Uebung dieser selbstverständlichen Gerechtigkeitspflicht nicht zu.

Aus dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht des Kreisrathes Niederbarnim ist zu entnehmen, daß die Bevölkerungszahl in dem Jahre 1894 um 10.000 Seelen, von 220.000 auf 230.000 gestiegen ist. — Als eine auffällige Erscheinung ist bei diesem Bevölkerungszuwachs zu bemerken, daß unser Nachbarort Borschagen-Mummelsburg seit des bisherigen prozentual höchsten Zuwachses an der Einwohnerzahl im verfloffenen Jahre eine Verminderung derselben, und zwar um 888 Köpfe erfahren hat. — Die Zahl der Geburten betrug 1894: 8678, gegen 8593 im Vorjahre, die Zahl der Eheschließungen 1722, gegen 1724, und der Sterbefälle 5699, gegen 6788 im Vorjahre. Aus Berlin stammen ca. 9000 der in den Nachbarkreis eingezogenen Personen.

Die Nixdorfer Gemeindevertretung beschloß in ihrer am Donnerstag stattgefundenen Sitzung, daß in Privatbesitz übergegangene Terrain der Hafenstraße, welches der Behausung erschlossen werden soll, an die Nixdorfer Kanalisation anzuschließen, sofern der Besitzer an die Gemeinde eine einmalige Entschädigung in Höhe von 230.000 M. zahlt und die Verpflichtung grundbuchamtlich eintragen läßt, daß jedes bebauten Grundstück eine dauernde Rente im Betrage von 5 pCt. des Gebäudes-Nutzungswertes leistet. Nach den bisherigen Verhandlungen ist anzunehmen, daß das Abkommen auf dieser Grundlage demnächst zu Stande kommt.

Der Teltow'sche Kreisstag hat der Gemeinde Nixdorf eine außerordentliche Bewilligung im Betrage von 60.000 M. zur Anlage zweier Straßen nach Trepptow bewilligt. Mit dem Bau der Straßen soll demnächst begonnen werden.

Auf der Strecke zwischen Bahnhofs Nixdorf und dem neuerbauten Briher Kreis-Krankenhaus soll entweder eine elektrische oder eine Dampfstraßen-Bahn angelegt werden. Die Verhandlungen hierüber sind bereits im Gange.

Der Selbstmord der beiden Nixdorfer Schulknaben hat bekanntlich in unserem Nachbarort das größte Aufsehen erregt und auch zu einer Erörterung in der Gemeindevertretung Veranlassung gegeben. Neuerdings ist nun ein Augenzeuge in dieser Angelegenheit aufgetreten, nämlich der Berliner Waddelet aus der Pfingststraße in Berlin. Nach dessen merkwürdigerweise erst jetzt veröffentlichten Angaben, liegt die Sache so, daß eher an einen Unglücksfall als an einen Selbstmord der Kinder zu glauben ist. Er schildert, wie sie am Ufer gespielt und nach den Enten geworfen haben; plötzlich, so fährt er in der an den „Lokal-Anzeiger“ gerichteten Aufschrift fort, glitt der eine Knabe auf dem eisbedeckten, schlüpfrigen Ufer aus, überschlug sich und stürzte kopfüber in die Gluth. Seinen Kameraden riß er mit sich.

Vorher ich mich von meiner Beklärung erholte und über das Gitter kletterte, waren beide Knaben untergegangen.“

Die verhaftete Gräfin Perponcher ist infolge der Beschwerde ihres Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, durch Beschluß der 5. Strafkammer gestern gegen eine Bürgschaft von 120.000 M. aus der Haft entlassen worden.

Vier weibliche Einbrecher sind gestern in Weissensee dingfest gemacht worden. In der Nacht zum Donnerstag bemerkte ein Nachtwächter in Weissensee vier Frauen, welche schwere Bündel auf dem Rücken tragend, die Königs-Gasse entlang nach Berlin zu streben. Er nahm sie fest und brachte sie nach dem Amtsbureau, wo sich die Verhafteten als vier Berliner Händlerinnen entpuppten, welche in mitgeführten Säcken eine Menge gestohlener Viktualien transportirten.

Ein Familienereigniß hat sich am Mittwoch Nachmittag um 2 1/2 Uhr in der Fürstenbergstraße öffentlich abgespielt. Die Ehefrau des Schneidemeisters Winczorek wurde plötzlich unwohl und schenkte auf dem Flur des Hauses Nr. 7 einem Knaben das Leben. Durch Zufall kamen zwei Hebeammen des Weges und konnten der Wöchnerin sofortige Hilfe leisten. Dann sorgte ein unbekannt gebliebener Herr dafür, daß Frau Winczorek mit ihrem Neugeborenen nach ihrer Wohnstraße 46 belegenden Wohnung mittels Troschle gebracht wurde.

Ausführliches aus dem Thiergartenviertel. Verwunderung erregt eine Veränderung des Charlottenburger Ufers und eines Theiles der daran grenzenden Berlinerstraße dadurch, daß die dort angepflanzten und im Laufe der Zeit zu Baumriesen gewordenen Silberpappeln der Art zum Opfer fallen. Die Ursache dieser Umfälligkeit ist folgende: Seit einigen Jahren hat man in den Silberpappeln eine bestimmte Art von Käupen entdeckt, deren Nestler trotz sorgfältigster Behandlung mit Zackerlin so zahlreich geworden sind, daß an eine Ausrottung nicht mehr zu denken war. Die schädlichen Einflüsse der Käupenscharen haben sich nun bereits auf den Baumbestand des angrenzenden Thiergartens übertragen, wo man während der letzten Jahre ganze Gruppen labgefressener Bäume beobachtet hat. Um einer Fortpflanzung des Uebels entgegenzutreten, hat man sich kurz entschlossen, die Pappeln als Brutstätten des gefährlichen Ungeiebers zu beseitigen. Als Ersatz sollen, wie verlautet, Linden angepflanzt werden.

Die Leiche eines jungen Mädchens, anscheinend einer Berlinerin, die beim Schlittschuhlaufen eingetroffen ist, ist vorgestern bei Königs-Wasserhausen aus der Spree gezogen worden. In den Fingern der bereits stark in Verwesung übergegangenen Leiche befanden sich noch Schlittschuhe.

Wegen vielfacher Wechselfälschung ist der Schlossermeister Zimmermann in seiner am Louisenufer belegenden Wohnung verhaftet worden.

Der frühere Lehrer Julius Solms, dessen Verschwinden aus seiner Wilmersdorferstr. 23 belegenden Wohnung neulich gemeldet wurde, hat sich am 20. d. Mts. in einem Hotel in der Klosterstraße erhängt. Die Leiche des Mannes, den schlechte finanzielle Verhältnisse in den Tod getrieben haben, wurde gestern rekonnostrirt.

Vermißt wird seit dem 7. d. M. der Portier des Hauses Appellierstr. 3, der Arbeiter Hermann Koch. Die bedauernswürdige Ehefrau, die sich mit fünf Kindern in bedrängter Lage befindet, kann nur annehmen, daß ihrem Manne ein Unglück zugefallen ist. Auf eine Anzeige bei der Polizeibehörde zu Schöneberg ist über den Verbleib des Mannes bisher nichts ermittelt worden. Der Vermißte ist 38 Jahre alt, von mittlerer Statur, trägt einen blonden Vollbart und war bekleidet mit grauem Rock und braunem Ueberzieher, schwarzer mit grau gestreifter Hose und hellbraunem Hut.

Polizeibericht. Am 28. d. M. nachmittags gerieth in der Reithstraße ein zweijähriger Knabe unter die Räder eines Kollenswagens und wurde an der Hand bedeutend verletzt. — Gegen Abend wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Lichtentragstraße erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 29. März 1895.

Stationen.	Barometer-stand in mm reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (nach F. R.)
Ewgenstein	745	SSW	3	wollig	4
Hamburg	744	SW	3	bedeckt	6
Berlin	746	SW	4	wollig	6
Biesbaden	747	SW	2	wollig	6
München	761	O	1	wollig	4
Wien	749	W	3	Regen	7
Saparanda	759	NO	3	bedeckt	—3
Petersburg	757	NNO	1	bedeckt	0
Corf	748	NW	4	heiter	6
Aberdin	757	NO	6	bedeckt	4
Paris	747	SSW	3	bedeckt	5

Wetter-Prognose für Sonnabend, 30. März 1895. Etwas kühleres, veränderliches, vorherrschend wolliges Wetter mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Eine Freisprechung wegen Drohung und Anfeindung erzielte in der Berufungsinstanz der Schuhmacher Karl Willner. Derselbe hatte in einer am 4. Dezember v. J. stattgehabten öffentlichen Versammlung, welche in der Weberstr. 17 abgehalten und seitenswegen aufgelöst wurde, nach Angabe des Polizeirevier-Vorstandes Drohungen ausgesprochen, indem er die nicht zum Verbands gehörigen Schuhmacher zum Beitritt habe zwingen wollen. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Im gestrigen Termine vor der 5. Berufungs-Strafkammer Landgerichts I gab der Angeklagte Willner an, daß der Zweck der Versammlung war, die Sperre über die Streikbrecher aufzuheben und ihnen den Anschluß an die Organisation zu ermöglichen. Die Schuhmachereits waren zu jener Zeit bereits beendet. Nach dem Berichte des Polizeileutnants Parpath soll Willner ungefähr gesagt haben: „Ich dachte, einer von denen würde sprechen, die uns beim letzten Streik so schimpflich in den Rücken gefallen sind.“ Nach diesen Anfangsworten fuhr er fort: „Einer von denen, die sich nicht angeschlossen hätten, sei wie ein Reh durch ganz Deutschland gehetzt, und als er zurückkam, sei er zurückgeschossen worden.“ Er schloß dann mit den

Worten: „Schließt Euch an, Euch ist eine Frist bis zum 1. Februar 1895 gesetzt; alle, die sich bis dahin nicht organisirt haben, über die werden wir die Sperre verhängen; alle diese sollen es an ihrem eigenen Leibe fühlen, daß sie sich nicht angeschlossen haben.“ In den letzten Worten sah der Verammlung beaufsichtigende Polizeileutnant eine Drohung und ließ deshalb die Versammlung auf. Willner bestritt diesen Wortlaut, er habe nicht gesagt: „diese sollen es fühlen“, sondern „werden es fühlen“. Er wollte keineswegs drohen, sondern nur warnen, denn sonst hätte er nicht für die Aufhebung der Sperre agitirt. Er habe auch niemals gemeint, daß eine Sperre über die sich nicht bis zum 1. Februar 1895 anschließenden Kollegen verhängt werden solle, da dieselbe ja schon bestand. Der Zeuge, Polizeileutnant Parpath, erklärt seinerseits, die Versammlung habe einen sehr stürmischen und aufbegehrenden Charakter gehabt. Der Angeklagte habe zuerst den Nichtorganisirten Vorwürfe gemacht und die oben angeführten Aeußerungen gethan, die er sich sogleich in der Versammlung aufgeschrieben hätte. Die letzten Worte habe er nur als Drohung auffassen können, weshalb er die Versammlung sofort auflöste. Auf Verlangen des Verteidigers, Rechtsanwalts Heinemann, erklärte der Polizeileutnant, daß er jetzt nicht mehr genau wissen könne, ob der Redner gesagt habe: „sie sollen es fühlen“, oder „sie werden es fühlen.“ In demselben Sinne machten die als Zeugen vernommenen Schuhleute ihre Aussagen. Dagegen behauptete der Fitzschuharbeiter Lutz, daß er nur gehört habe: „sie werden es fühlen“, was er als Warnung aufgefaßt habe und dessen er sich noch genau erinnere. Dasselbe Zeugniß legte der erste Vorsitzende des Vereins, Fitzschuharbeiter Karl Lange, ab. Auf Grund dieser Vernehmung beantragte Rechts-anwalt Heinemann sowohl aus juristischen, als aus tatsächlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten, denn es sei festgestellt, daß niemand bekunden könne, ob überhaupt Streikbrecher in der Versammlung anwesend waren, an welche diese etwaigen Drohungen gerichtet sein sollten. Ferner könne auch niemand mit Bestimmtheit sagen, daß der Angeklagte das Wort „sollen“ ausgesprochen habe, während mit Sicherheit bekundet wurde, daß die Redewendungen nur als Warnung aufgefaßt wurden. Trotz dieser Ausführungen beantragte der Anwalt die Verurteilung der Vernehmung, da er in jenen Worten eine Drohung sah. Nach längerer Berathung erkannte die 5. Strafkammer dennoch auf Freisprechung und zwar aus zwei Gründen: 1. sei eine mißverständliche Auffassung der ausgesprochenen Aeußerungen nicht ausgeschlossen und 2. sei die etwaige Drohung nicht an bestimmte Personen, wie es erforderlich ist, gerichtet gewesen, weil niemand zu bekunden vermochte, ob Streikbrecher oder nur Anhänger des Redners in jener Versammlung anwesend waren. Das Urtheil erster Instanz wurde daher aufgehoben, Willner freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nr. 73 des „Vorwärts“ vom 27. März findet sich unter „Gerichts-Zeitung“ ein Bericht über eine Verhandlung, welche gegen Einsender dieses, wegen Beleidigung des Landrathes von Nieder-Barnim geführt wurde. In diesem Bericht befindet sich zu Ende desselben folgender Passus: Erwähnenswerth ist die Begründung des Urtheils, in der es heißt: „Es sei dem Angeklagten zu glauben, daß er sich für berechtigt gehalten habe, daß, wenn der frühere Rechtsanwalt Stadthagen solche beleidigende Aeußerungen geäußert habe, auch er solche Worte gebrauchen konnte.“ Es könnte hiernach den Anschein gewinnen, als ob ich im Laufe meiner Vertheidigung, die vom Genossen Stadthagen angehängt gehaltenen Aeußerungen gewissermaßen zu meiner Rechtfertigung angeführt, oder doch meine inkonfirmirten Ausführungen, durch Hinweis auf die von St. gemachten, angeblich beleidigenden, Aeußerungen entschuldigt hätte. Dem ist jedoch nicht so. Ein solches Verhalten meinerseits wäre, um nicht zu sagen feig, so doch zum mindesten abgeschmackt gewesen. In der Begründung des Urtheils wurde unter anderem ausgeführt, daß der Angeklagte sich durch die vorausgegangene Hezrede des Abg. Stadthagen zu gleichen Ausführungen habe verleiten lassen. Eine neue Variation zum Kapital vom „beschränkten Unterthanenverstand“, und zu der stehenden Redensart von der „durch gewissenlose Hezer verführten Volksmasse“. Im Berichte hätte es heißen müssen: Es sei angenommen worden, oder es sei anzunehmen, daß der Angeklagte sich für berechtigt gehalten zc. Dies nur, um Mißverständnissen vorzubeugen. Emil Gerstenberger, Weissensee, Steinstr. 125.

Vermischtes.

Heder's Schwager, der aus der babilonischen Revolution bekannte Dr. med. Heint. Liedmann, ist am 1. März in Philadelphia im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war der Sohn des Heidelberger Anatomen Dr. Fr. Liedmann und kam Ende der 30 er Jahre mit seiner Frau, der Schwester Heder's, nach Amerika und betrieb in Illinois eine Farm. Im Jahre 1841 lehrte er nach Deutschland zurück und betheiligte sich unter Heder am Bodener Aufstand. Er wurde zum Tode verurtheilt, konnte aber flüchten, während sein Bruder Gustav Nikolaus als Kommandant von Nassau dort handrechtlich erschossen wurde. Liedmann kam zum zweiten Male nach den Vereinigten Staaten und erwarb sich in Philadelphia eine ausgebreitete Praxis. Er nahm an allen gemeinnützigen Unternehmungen regen Antheil. Er war einer der Begründer des deutschen Hospitals, ein eifriges Mitglied der Deutschen Gesellschaft und trug durch populäre Vorträge, namentlich in Turnerkreisen, viel zur Fortbildung seiner Landsleute bei. Er ist, wie die „New-Yorker Staats-Zeitung“ mittheilt, auf dem Landtage seines Schwiegersohnes, des Hauptmanns Falger, gestorben. Von seinen Kindern leben noch ein Sohn und zwei Töchter. Liedmann's ältester Sohn fiel während des Rebellenkrieges im Westen, während der zweite, der im 57. Regiment diente, im Jahre 1862 in Shewanooch ertrank und der dritte Sohn später in New-York gestorben ist.

Engelmacherei. Nach einer Meldung aus Belgrad ist eine Frau namens Szabo, welche gewerbsmäßig uneheliche Kinder in Pflege genommen und dann in die Donau geworfen haben soll, verhaftet worden. Bisher sollen sechs solcher Fälle konstatiert werden sein.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Selbstschreibung (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. F. N. 134. Dazu ist der Brief befugt. — N. D. 1. Bei dem Vorstand der „Ferienkolonie“. Zu 2: Ja. — G. T. Wir rathen Ihnen von der Klage ab, da Sie zuerst das beleidigende Wort „Schafkopf“ gebraucht haben. — G. 3. 1869. Es giebt eine ganze Reihe von Novellen zur Gewerbe-Ordnung

Achtung! Schmiede. Achtung!
 Sonntag, den 31. März, vormittags 10 Uhr,
 im Lokale des Herrn Hoffmann, Oranienstraße 180:
Große öffentliche Versammlung
 der Schmiede Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fr. Hansen: Die Bedeutung des 1. Mai. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer.

Weissensee!!
 Den Genossen wie Interessenten die Mittheilung, daß die Parteispedition für Zeitungen und Literatur nach wie vor sich bei
 1890
 H. Marx, Sedanstr. 21,
 befindet. Dasselbst Annoncen-Aannahme
 H. M. 1878
 Kleidersp., Verticow, Schlafopha 25 M.,
 Spiegelsp., Plaf. 20 Spiegel, do. Stühle,
 ganze Wirthschaft, Oranienstr. 18 D. pt.

Achtung! Zentral-Kranken- und Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (Verwaltungsstelle Berlin G.)
 Die Zahlstelle „Am Ostbahnhof Nr. 7“ ist verlegt nach
Fruchtstraße 20 zu Herrn Zimmerling,
 zwischen „Am Ostbahnhof“ und Friedrichselderstraße.
 Die Ortsverwaltung.
Elegante Knaben-Garderobe in hochfeiner Ausführung und
 gediegener Näharbeit zu sehr solid. Preisen. Herschkowitz, Andreasstr. 70.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 30. März.
Opernhaus, Tanzhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. König Ottolords Glück und Ende.
Deutsches Theater. Pastor Brose.
Festung-Theater. Der Königsleutnant.
Berliner Theater. Der Herr Senator.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Obersteiger.
Theater Unter den Linden. Nanon.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
Adolph Ernst - Theater. Madame Suzette.
Pellealliance-Theater. Onkel Bräutigam.
Alexanderplatz - Theater. Durchgegangene Weiber.
National - Theater. Die lebende Brücke.
Reichshallen - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Panmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner - Theater.)
Sonnabend, 30. März, abds. 8 Uhr:
Zum 1. Male: Die Karolinger.
Trauerspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.
Sonntag, 31. März, nachm. 3 Uhr:
Der Weidhensfresser. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.
Montag, 1. April, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Dienstag, 2. April, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.

Adolph Ernst-Theater

Madame Suzette.
Bauderville. Posse in 3 Akten von Ordonneau.
Musik von Edmond Audran. (Novität.)
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.

Gastspiele des einzig lebenden Kolossalmenschen Emil Naucke.
Einen immensen Lacherfolg haben allabendlich 9 Uhr:

Die Kneipgenies

Excentric-Varitiesque-Akt von Emil Naucke & A. Fränkel.
Musik von O. Blume.
Naucke als Cascadeur!
Hansen als Baby!
Zum Schützen!
Naucke & Fränkel als Rixdorfer Sautyrolerinnen!
Anfang des Konzerts: Sonntags 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung: Sonntags 7 Uhr; Wochentags 7 1/2 Uhr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder
Die lebende Brücke.
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Bane, überföhrt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke.
Elektr. Beleuchtungseffekte v. Rakowsky.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

3te Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas u. G.
Novität! Zum 12. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannhadt und Julius Freund.
Musik von Julius Gindshofer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Feen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.
Zum 1. Mal in Berlin. Neu!
Clown Petroff
und seine originell dressirten Esel, Schweine, Ferkel, Katzen, Hunde, Hühner u. s. w.
Blondin junior.
Der beste Tanzkünstler d. Gegenwart.
Mr. Albino.
????? Das Räthsel. ?????
Wilhelm Fröbel
mit einer ganzen Wagonladung neuer zündender Couplets.
!! Grosses Programm !!
Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr. Kasseneröffn. 1 Stde. vorher.

Parodie-Theater

Oranien-Strasse 52 (am Moricqpl.).
Zum 60. Male:
Die Weber.
Madame Sans-Gêne.
Heimath.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung:
!Suzette's Madame.

"Sanssouci"

Sottbuscherstraße 4a.
Sonntag, den 31. März:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Neu! Zum Schluss: Neu!
Der Orchesterverein in Friesack.
Ensemble von Meysel.
Kolossaler Erfolg!!!
Dienstag: Abschieds-Soirée im Böhmischem Brauhause.

Unter den Linden 21.

Einzig in seiner Art.
Heute zum 200. Male.
Täglich abends 1/8 Uhr Oriental. Magie.
Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.
Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.
Vom 1. April ab beginnen die Vorstellungen um 8 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
10 Männer, Frauen u. Kinder.
Das scheckige Mädchen Marietta.
„Präsident Faure.“

Cirque Variété

(früher Circus G. Schumann).
Sonnabend und Sonntag nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr:
2 Extra-Vorstellungen 2. Kinder zahlen nachm. auf allen Plätzen nur 20 Pf.
Montag, 1. April, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Fest- u. Jubel-Vorstellung u. a. gelangt zur Aufführung: Vor 25 Jahren.
Grosses militärisches Schauspiel mit Prolog, Chorgesängen und Tableaux.

Jul. Wernau's Restaurant

„Zur Erholung“
C. Rosenthalerstr. 57. Vereinszimmer. Kalte u. warme Speisen. Glas Bier 10 Pf.

Bock-Bräuerei

Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
Täglich:
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Passage - Panopticum.

27 Gitanos
(andalusische Sänger, Tänzer u. Tänzerinnen)
Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.
Die Geburt eines kräftigen gesunden Knaben zeigen hoch erfreut an Franz Berndt nebst Frau.

Carl Bernbeck

Am 26. d. M. starb unser alter Kollege, der Steinbruder Herr
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Beth, Chausseestr. 101, nach dem Kirchhofe in Beth, Rudowerstrasse, statt. Um zahlreiche Theilnahme bitten
Die Kollegen von Otto Schäfer & Scheibe.

Verband d. Buchbinder etc.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Otto Neubert
am 28. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban (Ordnungsstr.) aus nach dem Jakobikirchhofe statt.
Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Achtung!

Sonnabend, den 30. und Sonntag, den 31. März:
Großes Familien-Kränzchen,
wozu freundlichst einladet
Fr. Zubeil, Lindenstr. 106.

Etablissement „Süd-Ost“

Waldemarstr. 75.
Empfehle meinen Saal (500 Personen fassend) und Restaurant zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.
Sonnabende u. Sonntage sind noch frei.
18652* C. Ulrich.

Fest-Haal mit Bühne

Brunnenstr. 188
(500 Personen) zu Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Tage frei.
W. Gründel.

Carl Tutzauer

Admiralstr. 38.
Säle für Vereine.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Mart. Berndt's Bürsteltube

empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: H. Elisabeth. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen-Ecke.

Oswald Graner

121, Oranienstr. 121.
Zimmer für Vereine mit Piano, 40-50 Personen fassend.
Kegelbahn.

Bereinszimmer

mit Piano. Simeonstr. 23, Hild. Empf. mein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal. C. Reichert, Willibald-Alexisstr. 22.

Billiger Abendtisch

Prinzessinnenstr. 17, Laden. Brüger.

Karls Garten

bei der Hasenheide, direkt am Walde, sind Lauben sowie Land zu Lauben zu verpachten. Der Preis für eine fertige Laube beträgt den Sommer über 25 M., für Land zum Ausbauen einer Laube mit Wassernutzung 15 M. Auch ist der Pariser mit Buffet und Würstchenverkauf wie andere Stände noch zu vergeben. Zu erfrag. daselbst, Karls Gartenstraße.

Louis Ehrenberg

Am Molkenmarkt No. 7 (früher Annenstr. 16) empf. Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Allen meinen werthen Kunden sowie den Genossen zur gest. Nachricht, daß sich mein

Barbier - Geschäft

von jetzt ab Mittenwalderstr. 6 (Laden) befindet. Bitte das mir bisher geschenkte Vertrauen auch auf mein neues Geschäft übertragen zu wollen. Hochachtungsvoll Eduard Weise.

Saustellen

Ostbahn Vorort, Quadratkühse von 450 Mark an, erste Hand, verkauft Coepfer, Andreasstr. 77, Laden. 13466

Hosen! Hosen!

billig Pfandleihe Stalitzerstr. 13.

Briefmarken,

einzelne, wie ganze Sammlungen, kauft Kaim, Friedrichstr. 236.

Herrn-Hüte 1,25

Einsegnungs-Hüte 85 Pf. neueste Façons verkauft das Fabrik-Comptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 I.

Milchgeschäfts-Maschinen und Molkereigeräthe,

Jordan, Kleine Markstr. 23.

Achtung!

Zahnersag, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark, Guckel, Lauscher Platz 2, Eisasserstr. 12.

Waldvögel, Papageien, Kanarienvögel, Hechtweibch. Schnelle, Invalidenstrasse 7.

Restaurant billig zu verkaufen. Näb. d. B. 5 h m, Lädenstr. 12, v. im Keller.

Vereinzimmer mit Piano 3. weg.

Sennig, Pasewalkerstr. 9. 3486

Adolf Nauen

Hutmachermester
100. Wrangelstrasse 100
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Filz- u. Seidenhüten, Woll-, Foden- u. Strohüten, Mützen jeden Genres, Regen- u. Sonnenschirmen.

Wohnungen, 1-3 Stuben von 7 bis 30 M. monatlich, sofort od. 3. 1. April

Sennigsdorferstr. 26. 16332*

Dresdenerstr. 18 vorn 3 Trp links 2. fenst.

am Oranien-Platz möbl. Stube f. 2 Herren 26465

Fäßlerstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr.

26465

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Bezirks-Versammlungen

Süd-Osten: Montag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, Oranienstrasse 180.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über Berufskrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Holzarbeiter. 2. Diskussion.

Friedrichsberg und Rummelsburg.

Montag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schröder, Ecke Pant- und Kürschmiedstrasse.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Brun s über: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Zukunft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Meinen werthen Freunden und Bekannten zur Kenntnissnahme, daß ich

36 Jüdenstraße 36,

nahe der Stralauer-Strasse, ein

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal

eröffnet habe. Vereinszimmer stehen zur Verfügung. früher Caffetier im Restaurant

Fritz Linke, Ehrenberg, Annenstrasse 16.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die Vorläufer des neueren Sozialismus.

Von der Geschichte des Sozialismus erschien schon der erste Theil des ersten Bandes.

Inhalt des ersten Theils:
Von Plato bis zu den Wiedertäufern.

Von Karl Kautsky.
Preis broschür 1 M. 3. 1902 in Lw. M. 4. 50 in Hft. M. 4. 50

Vord., Gart., Hofwohn. 7-36 M. monatl. Hennigsdorferstr. 26.

Friedrichsberg, Jungstr. 46, mehrere Vorderwohnungen von 68 Thlr. an sofort. 2776

Soldinerstr. 35

31/2 (Gesundbrunnen) sind kleine Wohnungen und Läden per sofort, auch später sehr billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter D a s e.

Theilu. 3 möbl. Schlafst., Dienstrig, Mantuffelstr. 26 v. 2 Tr. b. Kalusche.

Frödl. Schlafst., Bellealliancestr. 38, 3. Luerg. 4 Tr., sep. Gg., b. Glashagen.

Schlafst., 5 M., Friedrichsbergerstr. 9, vorn 2 Tr. bei Thiede. 3456

Eine gute Schlafst. an einen anständ. j. Mann, 6 M., b. Stahr, Raunynstr. 7.

Angenehme Schlafst., separat, bei Menzel, Dresdenerstr. 57. 3616

Möbl. Schlafst. an anst. Frn. 3. verm. bei Wittwe Menzel, Gitschinerstr. 79, rechter Ausgang Hof 2 Tr. 3656

Arbeitsmarkt.

Ueber die Buchbinderei von J. P. Hamann, Beuthstr. 5, ist infolge der unstilligen Handlungen des Inhabers die Sperrung verhängt. Zugang ist fernzubalten. 78/2
Der Vertrauensmann.

Achtung Tischler!

Die Kollegen der Werkstat Weisse, Bülowstraße 57, haben die Arbeit eingestellt wegen fortgesetzter Lohnabzüge.
Zugang fernhalten!
Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 203/1

Möbelpolierer!

Wegen Differenzen ist der Zugang von Polirern bei Präse!, Admiralstr. 7, bis auf weiteres fernzubalten.
Die Kommission.

2 tüchtige Arbeiter

für Gummi-Luft- u. Wasserhähnen sofort gesucht. Reisevergütung.
Leipziger Gummi-Waaren-Fabrik vorm. Jul. Marx, Heine u. Co., Leipzig.

Tüchtige Monteur

für elektrische Bahnanlagen, welche selbständig arbeiten können, finden Aufnahme in einer größeren elektrotechnischen Fabrik Oesterreich-Ungarns. Dieselben werden ersucht, ihre Offerte mit Zeugnisabschriften und Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit an die Expedition dieses Blattes unter Chiffre „Bahnmonteur“ einzusenden. 13586

Gravure für Stahlrelief und Schnittplatten,

Gravure für Schwarzdruck (Schriftzeug-Cliches) sucht sofort in angenehme, dauernde Stellung 47/30 Oskar Sperling, Gravuranstalt, Leipzig-K., Brommestr. 1.

Tüchtige Lackiererinnen auf

Reisungsteile sofort gesucht 8576 A. G. Mir & Genes, Bülowstr. 67.

Arbeitsbuche verlangt Kerkau, Alexandrinenstr. 122, 3 Tr. 13626

Gerichts-Beilage.

Wucherprozess Labaschin und Genossen.

Aus den am zweiten Verhandlungstage vorgeführten Fällen sind folgende hervorzuheben: Ein früherer Kapitän der chinesischen Flotte v. Gullach kam im Jahre 1892 nach Berlin und lebte hier auf großem Fuße. Seine Mittel entsprachen nicht seinen Aufwendungen; er ließ beispielsweise Rennpferde laufen und führte einen luxuriösen Hausstand. Als er Geld brauchte, wandte er sich auf Grund einer Annonce an Nieß mit dem Wunsche, daß dieser eine ihm auf 10 Jahre zuziehende jährliche Pensionsrente von 1800 M. verkaufen möchte. Nieß bedang sich eine Provision von 200 M. aus und brachte ihn mit Labaschin in Verbindung. Von diesem erhielt er nach und nach ca. 4000 M. und zehrte um dafür seine Rente. Außerdem wußte er bei der Versicherungsgesellschaft Equitable zu Gunsten Labaschin's sein Leben mit 10 000 M. versichern. Die Police bezahlte Labaschin, der auf diese Weise für den Fall des Todes des v. G. in den Besitz von 10 000 M. kommt. Später hat v. G. den Versuch gemacht, das Geschäft wieder rückgängig zu machen, die Verhandlungen scheiterten jedoch. Labaschin hat inzwischen die Rente anderweitig verkauft. Er erklärt, daß hier ein sehr gewagtes Kaufgeschäft für ihn vorgelegen habe; die Rentezahlung würde bei etwaigem Tode des v. G. aufgehört haben und wenn sich v. G. etwa im Auslande befand, würde die Versicherungsgesellschaft Schwierigkeiten gemacht haben. Der Zeuge v. G. erklärt, daß er sich zur Zeit der Abmachungen nicht in einer Nothlage befunden, sondern nur etwas leichtsinnig gelebt habe. Er habe seines Wissens auch nie von einem Darlehen, sondern von einem Kaufgeschäft gesprochen. Nach Ansicht des Staatsanwalts weise dieser Fall darauf hin, daß hier der Reichthum eines Geldsuchers wucherisch ausgebeutet worden sei.

Zwei weitere Fälle, in denen Labaschin als Erbschaftskäufer aufgetreten war, bieten kein allgemeines Interesse. In dem einen Falle hat er die Erbschaft an einen gewissen Hirschfeld weiter gegeben und sich mit einer Provision von 300 M. begnügt, in dem anderen Falle war der Geldsucher durch die Frau separ. Stadtsarzt Dr. Bogler in Charlottenburg mit Labaschin bekannt gemacht worden.

Ende des Jahres 1891 hatte der Premierlieutenant der Landwehr Gustav v. Hünerbein zur Bezahlung drängender Schulden Geld nöthig. Durch eine Zeitungsannonce wurde er mit dem Agenten Max Bruch, der gegenwärtig eine ihm wegen Wuchers auferlegte Gefängnisstrafe verbüßt, bekannt und dieser führte ihn zu dem Angeklagten Labaschin. Letzterer gab ihm 3000 M., wofür er vom 1. Januar 1892 ab auf sieben Jahre ihm eine Jahresrente von 984 M. vor dem Notar Dr. Hirschfeld, v. H. mußte außerdem bei der Lebensversicherungsgesellschaft Equitable sein Leben mit 5000 Mark versichern, die Labaschin zufallen sollten, falls v. H. vor Aufzahlung der letzten zehnjährigen Rente stirbt. v. H. mußte außerdem eine selbstschuldnerische Bürgschaft für den pünktlichen Eingang der Rente übernehmen. Bruch erhielt für seine Vermittlung 100 M. Provision. Nach mündlicher Vereinbarung sollte es Herr v. H. freistehen, den Vertrag rückgängig zu machen. Als er von diesem Recht im Februar 1892 Gebrauch machen wollte, forderte Labaschin als Aufkaufspreis 4000 M. Darüber kam es zum Prozesse, in welchem Labaschin sich vergleichsweise mit 3000 M. und 4 pCt. Zinsen begnügt. — Dieser Vorgang ist seinerzeit bereits in dem Wucherprozess Treuberg und Genossen zur Sprache gekommen. Die genannte Strafkammer hat damals angenommen, daß Bruch rathlos und Bruch wegen Theilnahme am Wucher zu 1 Jahr Gefängnis, Geldstrafe und Ehrverlust verurtheilt.

Längere Erörterungen verursacht folgender Fall: Der Kriminalschaffmann Windell befand sich im Frühjahr 1891 in Amerika, um sich zur Laufbahn eines Kriminalbeamten vorzubereiten. Da starb seine Mutter in Münster, die ihm eine Erbschaft von mindestens 10 000 M. hinterließ. Dazu gehörten einige Grundstücksanteile. Seine Verwandten, die da glaubten, daß er keine Mittel habe, um eventuell einen Erbschaftsprozess anzufangen, enthielten ihm sein Erbschaft vor. Er wurde mit Nieß bekannt, der ihm versprach, ihn gegen 5 pCt. seines Erbschafts zu Labaschin zu führen, der ihm die Erbschaft jedenfalls verkaufen würde. Labaschin war geneigt, den Erbschaftsanspruch gegen Ueberlassung des dritten Theiles als Entgelt zu erwerben und den Prozeß gegen die Angehörigen des Windell zu führen. Letzterer ging auch darauf ein. Er empfing zunächst 1500 M. und später noch 200 M. und schloß am 12. November 1891 vor dem Notar Hirschfeld mit Labaschin einen notariellen Vertrag, wonach Windell an Labaschin seinen Erbschaftsanspruch abtrat, aber dafür Gewähr leisten mußte, daß sein Erbschaft mindestens 10 000 M. betragen werde. Nach einiger Zeit theilte ihm Labaschin noch Emden mit, wo Windell sich damals aufhielt, daß er weitere Zahlungen nur dann leisten und den Erbschaftsprozess führen werde, wenn er ihm die Hälfte des Erbschaftsanspruchs zubillige. Labaschin hatte f. Z. diese Forderung damit begründet, daß die Berechtigung des Erbschaftsanspruchs außerordentlich zweifelhaft sei, viel Mühe und Arbeit verursache und ihm ein außerordentlich großes Risiko blähe. Der Zeuge Windell hat sich dann brieflich vollkommen damit einverstanden erklärt und es kam ein zweiter notarieller Vertrag zu Stande, in welchem Windell sich verpflichtete, dem Labaschin die Hälfte der zu erfüllenden Erbschaftsmasse als Vergütung zu überlassen, sämtliche Kosten zu tragen und es Labaschin zu überlassen, durch einen anschließend nach seinem Ermessen zu schließenden Vergleich den Rechtsstreit zu beenden. Die Prozeßgegner des Labaschin scheinen vor der Energie desselben schließlich die Segel gefrickten zu haben, denn sie einigten sich mit Labaschin dahin, daß sie ihm auf das Erbschaft 10 000 M. zahlten und die gerichtlichen Kosten übernahmen. Windell hat im ganzen etwa 3000 M. erhalten, 500 M. erhielt der Angeklagte Nieß als Provision, Labaschin selbst behielt 5000 M. für sich und der Ueberrest wurde auf Kosten verrechnet. Nachträglich hat sich der Zeuge überlegt, daß er am Ende doch mehr Geld hätte herausgeschlagen können und er ist inzwischen gegen Labaschin klagbar geworden. Er behauptet, daß er sich in einer großen Nothlage befunden, ja sogar stellenweise kaum etwas zu essen gehabt und unter diesem Druck das Geschäft mit Labaschin gemacht habe. Er behauptet ferner, daß er diese Nothlage sowohl dem Nieß als auch Labaschin in allen Einzelheiten mitgeteilt habe. Er will dann auch von Nieß allein ein reines Darlehen von 250 bis 300 M. erhalten und das doppelte dafür bezahlt haben. Die Behauptungen des Zeugen werden sowohl von den Angeklagten, als auch von den Verteidigern in allen Punkten bestritten und namentlich behauptet, daß Windell sich überhaupt in keiner Nothlage befunden habe. Rechtsanwalt Dr. Schönsfeld überreicht namentlich Briefe des Zeugen an Labaschin, in welchem ihm dieser wiederholt seinen Dank ausspricht für die ihn durchaus befreundende und onständige Art, in welcher er seine Angelegenheit geführt hat. In einem Briefe hat der Zeuge dann dem Labaschin bezogen, daß die Abrechnung regelrecht erfolgt sei und er an diesen keinerlei Ansprüche mehr habe. — Rechtsanwalt Dr. Cohnmann beruft sich auf einen früheren Angeklagten des Labaschin, daß der Zeuge bezüglich des Nieß die Unwahrheit gesagt habe. Der Gerichtshof beschließt jedoch auf die Ladung dieses Zeugen zu ver-

richten, weil nach seiner Ansicht der Zeuge in seinen Befundungen so unklar sei, daß eine Beurtheilung der Angeklagten in diesem Falle ausgeschlossen erscheine.

In einem Falle hat Labaschin dem Musikdirektor Franz Schmitz, welcher 9000 M. zur Bezahlung von Handwerkerforderungen gebraucht, eine auf einem Grundstück in der Brunnenstraße bestehende Theilhypothek von 11 000 M. für den Preis von 9000 M. abgekauft. Der Sachverständige Oliven hat den Handelswerth dieser Hypothek zur Zeit des Geschäftsabchlusses auf 7500—8000 M. geschätzt, der Staatsanwalt ist jedoch der Ansicht, daß der innere Werth der Hypothek viel größer sei.

Auch bei den übrigen gestern zur Verhandlung gelangenden Fällen handelt es sich um die begleitenden Umständen, unter welchen Labaschin bezw. Nieß Hypotheken erworben haben. Auch hier bleiben die Angeklagten dabei, daß keine Kaufgeschäfte mit großem Risiko vorgelegen haben.

Nächste Sitzung Sonntagabend.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ enthielt am 15. Septbr. v. J. eine Nachricht in betreff der Angelegenheit des Ceremonienmeisters v. Köhe, wodurch dem Verfasser, dem Berichtshalter Ernst Puschiel, eine Anklage wegen Verleumdung von Beamten der Militär-Telegraphie zugezogen wurde, die gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. In der betreffenden Sitzung wurde erzählt, daß die Angelegenheit des Herrn v. Köhe voraussichtlich noch ein blutiges Nachspiel haben würde. Derselbe habe nämlich nach seiner Verhaftung von einem höheren Offizier eine Depesche beleidigenden Inhalts erhalten. Die Verleumdung sei durch die Militär-Telegraphie geschehen und dadurch in die Oeffentlichkeit gekommen. Wegen dieser Schlussbemerkung hatte der Vorstand der Militär-Telegraphie Strafantrag gestellt. Der Angeklagte erklärte, daß er dem „Lokal-Anzeiger“ zwar das Material zu dem Artikel geliefert habe, die Fassung sei aber in der Redaktion bewirkt und hier auch die Schlussbemerkung hinzugefügt worden. — Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest, daß die Militär-Telegraphie von der erwähnten Depesche überhaupt nichts wußte. Demgegenüber hielt der Angeklagte seine Angaben aufrecht. Die Militär-Telegraphie besitze auch Privatdepeschen, die nicht registriert würden. Er trete Beweis darüber an, daß die Ordnung derartige Depeschen offen bestelle und dadurch von dem Inhalte Kenntnis bekommen konnte. Der Portier des Herzogs von Sagan habe beispielsweise die fragliche Depesche gehalten. Der Gerichtshof gab den Anträgen des Angeklagten auf Beweiserhebung statt; zum nächsten Termine sollen der Portier des Herzogs von Sagan, der Chef der Militär-Telegraphie, Hauptmann von Jernitzki und der Chefredakteur v. Kupffer vom „Lokal-Anzeiger“ geladen werden.

Zu solch d. über einen Beamten nicht beschweren, wenn du nicht auch das Tipfelchen über dem i doppelt und dreifach durch Feingenaussagen kelgen laßst. Die Mißachtung dieses im Polizeistaat wichtigen Gebotes hat schon manchen, der sich die naive Rechtsanschauungen noch nicht abgewöhnt hat, empfindliche Freiheitsstrafen eingebracht. Der Kriminalkommissar von Krotz hatte im Herbst vorigen Jahres dem Agenten L. zur Vernehmung nach dem Alexanderplatz zitiert; wegen der Art der Behandlung beschwerte sich nachdem der letztere bei dem Beamten und richtete auch in derselben Sache mehrere Briefe an dessen vorgesetzte Behörde, das Polizeipräsidium. Diese Briefe gaben dem Staatsanwalt Gelegenheit, gegen L. wegen Verleumdung Anklage zu erheben. Bei der gestrigen Verhandlung vor dem Strafgericht konnte der Angeklagte durch seine Zeugen nicht nachweisen, daß er mit seinen Anschuldigungen auf Mißbrauch der Amtsgewalt u. im Rechte war, aber es wurde festgestellt, daß man den zur Vernehmung vorgeladenen L. von 10 Uhr vormittags bis abends 7 Uhr festgehalten hatte, ohne für seines Leibes Nothdurft zu sorgen. Wir haben für diese Verbrechen keine Fonds“ antwortete der Kommissar auf die Frage des Vorsitzenden, ob dem Angeklagten während der ganzen Zeit nichts zu essen verabfolgt sei, „eine Verpflegung, dahingehend Anhalten zu treffen, bestand für mich nicht.“ — Wegen Verleumdung in zwei Fällen wurden dem L. durch Beschluß des Gerichts drei Wochen Gefängnis zubüßend, der Staatsanwalt wollte drei Monate dafür festgesetzt haben. In den Urtheilsgründen wird betont, daß die Behandlung des Angeklagten als durch die Sachlage gerechtfertigt erschienen sei.

Es ist namentlich, ob der amtierende Polizeikommissar der Auffassung weiterer Kreise gerecht wurde, wenn er den Angeklagten, wie er sagte, „ohne Handschuhe ansah“; wenngleich derselbe nicht überführt, sondern nur verdächtigt war. Und ist es lediglich darum zu thun, unsere Verwunderung darüber auszudrücken, daß jemand, der wegen irgend einer Sache vorgeladen wird, mit der Eventualität rechnen muß, des Hungers Qualen ausgeht zu sein.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Breslau wurde am 28. d. M. gegen Gen. Jahn verhandelt wegen „Verleumdung“ des Polizeikommissars Vieliger in Wien, wo Jahn in einer öffentlichen Buchbinderversammlung gesprochen hatte. Nach Schluß jener Versammlung besprach man u. a. das Verhalten des Beamten während derselben, auch hatte der Buchbinder Campioni seinen Nachbarn zugerufen: „Jetzt hat der Polizeikommissar Vieliger gelacht!“ Am darauffolgenden Tage fand eine Versammlung in Breslau statt, in welcher der Wirth des Lokals punkt 11 Uhr wegen der Polizeistunde in sehr erregter Weise Rede hielt, was nach Schluß der Versammlung zu einer Aushändigung auch mit dem Polizeibeamten Veranlassung gab. Derselbe meinte nun, daß man wegen der paar Minuten hätte ruhig die Versammlung zu Ende führen können. In der weiteren Unterhaltung, welche am Vorabend mit dem Polizeibeamten gepflogen wurde, sollte nach Aussage dieser Beamten Jahn gesagt haben: „Bestenfalls ist es mir zum ersten Mal passiert, daß der überwachende Beamte Lachen gelacht hat.“ Im Termin bestritten Jahn und die von ihm vorgezeichneten Zeugen ganz entschieden, die Aeußerung in dieser Form gethan zu haben, während die von Jahn aus Wien geladenen Zeugen ihre Wahrnehmung auf die obige Aeußerung Campioni's stützten, der inzwischen unbekannt verzogen war. Zwei von Wienher Polizeibeamten vorgeschlagene Buchbinder wollten nichts wahrgenommen haben, was zu einer derartigen Behauptung rechtfertigte, während der Polizeibeamte vorgab, an jenem Abend krank gewesen zu sein und es ihm ohnehin schon verdrießlich war, „in dieser sozialdemokratischen Versammlung von 8 bis 12 Uhr habe zuzuhören müssen“, es sei wohl möglich, daß er einige Handbewegungen gemacht habe.

Der Staatsanwalt ließ nach der Zeugenvernehmung die Anklage auf Grund § 187 St.-G.-B. fallen, um sie auf § 188 zu begründen, daß die Absicht der Verleumdung vorhanden sei. Jahn hob hervor, daß diese von ihm gemachte Bemerkung nur gesprächsweise zu etwa drei oder vier Personen gethan worden sei, was auch der Breslauer Beamte zugab, von dem man nach seinen vorher gemachten Aeußerungen überhaupt eine Denunziation nicht erwartet hätte. Da aber noch weitere Zeugen, besonders der oben genannte Campioni, zu Gunsten Jahn's namhaft gemacht werden könnten, beantragte er wiederholt Verlegung der Sache, die indeß vom Gerichtshof ab-

gelehnt, dagegen die Fortsetzung der Verhandlung auf Dienstag, den 28. d. M., anberaumt wurde, um bis dahin den Campioni ausfindig zu machen bezw. einer kommissarischen Vernehmung. In der fortgesetzten Verhandlung war nun dieser Campioni selbst zur Stelle und erklärte bei seiner Vernehmung, daß er zwar die ihm zugeschriebene Aeußerung anderen gegenüber gethan, sich aber damit nur einen „Scherz“ gemacht habe. Der Staatsanwalt hielt seinen vorher gemachten Antrag gegen Jahn auf 3 Monate Gefängnis aufrecht, welchem Antrag auch der Gerichtshof entsprach und Jahn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Revision wird gegen dieses Urtheil eingelegt werden.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Wahlkreis tagte am 27. März bei Deigmüller. Genosse Jubel behandelte in einem längeren Vortrage die „glänzenden“ Errungenschaften der preussisch-deutschen Sozialreform, die er den Verprechungen in den Erlassen Kaiser Wilhelms I. und Wilhelms II. gegenüberstellte. Medner unterzog u. a. die staatlichen „Musterbetriebe“ einer kritischen Prüfung, um zu zeigen, daß sogar in ihnen nichts von dem Einfluß der 1890er Willensäußerungen des regierenden Kaisers zu spüren sei. Die beste Absicht einzelner, auch noch so hochstehender Personen müßte eben an dem heutigen System zerschellen, wenn sie sich theilweise gegen dessen Unbeschränktheit wende. An einer wahren Musterfabrik von Verfassungen der denkenden Arbeiterschaft und ihrer Organisationen that Medner dann dar, wie die Regierungsorgane, besonders in Sachsen, die Wohlfahrt der Arbeiter auffassen, deren Förderung die erwähnten Erlasse anstündigen. Nachdem Jubel noch die Umfahrungsverlege in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, schloß er: Die sozialdemokratische Arbeiterschaft blide trotz allem treuhaft in die Zukunft, möge von seiten der Herrschenden kommen was da wolle, sie sei gerüstet für jeden Fall, und der Sieg müsse ihr schließlich doch zufallen. (Lebhafte Beifall.) Genosse Mause sol schloß sich den Ausführungen des Referenten an. Da nichts weiter vorlag, erreichte die Versammlung bereits vor 11 Uhr ihren Schluß.

Zwei Volksversammlungen waren für den 27. März nach den Lokalen Keller's Festsaal und Konzerthaus Sanssouci einberufen mit der gleichlautenden Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Arbeiterinnen zu der Auflösung der Frauen-Agitationskommission und wie gedenken wir uns zu organisieren? 2. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Frauen und Mägen des arbeitenden Volkes. 3. Diskussion. In der rege besuchten Versammlung bei Keller referirte Genosse v. Elm in erster Reihe über den zweiten Punkt der Tagesordnung. In seinem eingehenden Vortrage veranschaulichte derselbe den Entwicklungsgang der Industrie, das rapide Wachsen der Frauenarbeit, die jammervollen Verdienste der Arbeiterinnen und verwies auf die Nothwendigkeit eines wirksamen gesetzlichen Schutzes der Arbeiterinnen gegen die skrupulöse Ausbeutung der Kapitalisten, und auf die gewerkschaftliche Organisation der Frauen. Von dem geringen Koalitionsrechte, welches der Arbeiterschaft belassen sei, mißte, so meinte der Vortragende, der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden. Schon dadurch würde vieles besser werden. Alle Kräfte müßten zusammengefaßt, nicht getrennt und die Frauen mit in die Organisation hineingezogen werden. Dieselben gäben mit der Zeit tüchtigere und ausdauerndere Kämpferinnen ab als die Männer. Ohne Frauen gehe es nicht, aus rein egoistischen Interessen daher seien die Frauen zu Mitstreiterinnen gegen das Kapital zu erziehen. Weniger reden und mehr handeln, dann würde es zweifellos besser werden. Die vortrefflichen Darlegungen des Vortragenden wurden mit verdientem Beifall entgegengenommen. Genosse Sailer und Genossin Frau Herz er behandelten in der Diskussion weiter sehr wirkungsvoll die Organisationsfrage, wonach folgende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte:

Die heutige Volksversammlung stimmt den Ausführungen des Referenten bei und erklärt 1. in Erwägung, daß die gesetzlichen Bestimmungen in Preußen den Frauen es unmöglich machen, sich in politischen Vereinen zu organisieren; 2. in weiterer Erwägung, daß durch die amtlichen Berichte festgestellt ist, daß die Zahl der Arbeiterinnen in allen Branchen von Jahr zu Jahr um tausende zunimmt und dadurch die Löhne immer weiter sinken und die Zahl der arbeitslosen Männer ebenfalls zunimmt, ist es im eigenen Interesse der Frauen und Mädchen eine bringende Nothwendigkeit, eine rege Agitation zu entfalten, um die Arbeiterinnen den Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen.

Sodann trat die Versammlung in die Erörterung des ersten Punktes der Tagesordnung ein, welchen Frau Rohrlach als erste Mednerin besprach. Ihr Vorschlag ging dahin, angefaßt der erfolgten „Schließung“ der Frauen-Agitationskommission in Berlin und an anderen Orten fernverhin von der Einsetzung einer Kommission Abstand zu nehmen, zur Erzielung der notwendigen Geschäfte vielmehr Vertrauenspersonen zu wählen und zwar vorläufig nur eine, bis das Schicksal der bisherigen Frauen-Agitationskommission entschieden sei. In Rücksicht auf den letzteren Umstand zog denn auch Frau Schädlich ihren gestellten Antrag, in allen Wahlkreisen Versammlungen einzuberufen und Vertrauenspersonen zu wählen, zurück. Als vorläufig alleinige Vertrauensperson wurde sodann Frau Otilie Gerndt von der Versammlung einstimmig gewählt.

Der Versuch, die Debatte nochmals auf die Organisationsfrage zu bringen und für eine bestimmte Organisation Propaganda zu machen, wurde von der Versammlung abgelehnt.

Die Puzer hielten am 25. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die wirtschaftliche Lage derselben zur Erörterung stand. Diefelbe wurde allgemein als eine derartig schlechte dargestellt, wie sie schon seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen sei. Schuld hieran trage nicht allein der allgemeine wirtschaftliche Niedergang, sondern auch, wie Schulz meinte, die Theilnahmslosigkeit der Kollegen der Organisation gegenüber. Die Verhältnisse seien bereits soweit gediehen, daß zu jedem gebotenen Preise gearbeitet werden müsse. Des Sonntags gebe es häufig keinen Lohn, ja es würden sogar die Bedingungen gestellt, daß die Arbeiter die ersten zwei Wochen oder noch länger keinen Arbeitslohn einfordern dürften. In einzelnen Fällen seien sogar schon ganze Bauten fertig gestellt worden, ohne daß die Puzer Lohn erhalten hätten. Unter solchen Verhältnissen seien die Arbeiter gezwungen, vom Wadiker zu leben, das Markensystem stehe daher in höchster Blüthe zum größten Schaden für die Arbeiter. Hunderte von Kollegen lägen nach dem harten langen Winter arbeitslos auf der Straße. Endlich sei es an der Zeit, daß die Kollegen gemeinsam Schritte thun, um einem weiteren Niedergange Einhalt zu thun. Schulz rath auch den Kollegen, bei Annahme von Arbeit sich den „Arbeitgeber“ genau anzusehen in bezug auf dessen Zahlungsfähigkeit bezw. Zahlungswilligkeit, um sich vor Schaden zu bewahren. Grothmann rath, Kollegialität walten zu lassen und Vertrauen zu einander zu fassen. Buchholz hielt es für durchaus erforderlich, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen, von der Lohn-

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz.
 Teppiche, Gardinen u. Gardinenreste, Portièren, Tischdecken außergewöhnlich billig.
 Moderne Strohhüte 38 Pf., weiße Damenhemden 66 Pf., Damen-Blousen 93 Pf.

Deutsches „Volks-Recht“
 einzige freilich antisem. Tageszeitung mit Sonntagsblatt.
 Preis monatl. M. 1,30 viertelj. „ 3,50
 In Berlin durch alle Expediteure. Auswärts durch alle Postanstalt.
 Herausgeber: 8518
Ahlwardt
 Dr. Böckel u. v. Mosch
 Bestellungen nehmen auch alle Briefträger entgegen (Postzeitungsliste Nr. 1888a).
 Probenummern gratis von der Geschäftsstelle, Berlin SW., Oranienstraße 90.
 Zum bevorstehenden Wohnungswechsel empfehle ich bei pünktlicher Lieferung den „Vorwärts“. 1898
 Max Kirsch, Zeitungsredakteur, Hitterstr. 107, Ecke Prinzenstr. 28.

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Kuchenschrank- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertilons 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtiseltten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophas 6 M., Säulen-Trumeaux 85 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Ruchelispinden 40 M., Paneelesophas 80 M., Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verschmähen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis 1. Mai kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. 1894
 Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Hut-Engros-Geschäft 1741L
 von **Alwin Sussmann, Holzmarktstraße 38, part. rechts.**
 Grösste Auswahl in dieser Branche.
 Stoffe und weiche Herrenhüte von 2,-, 2,40. Extra-Qualität 2,80. Kinderhüte von 1,- an. Cylinderhüte von 5-10 M. Chapeau-Claques 9-12 M.

Baer Sohn
 24a. Chausseestr. 24a, am Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
 11. Brückenstr. 11, Ecke Rungestraße.
 16. Gr. Frankfurterstr. 16, schrägüber dem Nationaltheater.
Billigster Verkauf
 zu streng festen, in Zahlen gezeichneten Preisen, daher Ueber-
 vorteilung des kaufenden Publikums ausgeschlossen.
Eigene Fabrikation, kein Zwischenhandel.
 Der illustrierte Katalog 1895
 erscheint im Laufe der Woche und wird auf Wunsch
 gratis und franko zugesandt.
**HERREN- u. KNABEN-
 Bekleidung.**
 Gegründet 1891, Berlin.

Kuchenschrank-Möbel
 verl. schleunigst Kleiderschrank, Wäsche-
 schrank, Spiegel 19, Ausziehtisch,
 Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle
 Köpfe 4,50, Bettgestelle 12, Plüschgarn.,
 Schlagregul., Teppiche, Gardinen spott-
 billig Landwehrstr. 5/6, I. (Nähe
 Alexanderplatz).

D. Wurzel
 16 Wrangel-Strasse 16.
 Zum Umzug empfehle:
 Gardinen, Stosen, Portièren, Tisch-
 decken zu sehr soliden Preisen.
 Achtung! Kein Laden. at
 Kontroll-Markene.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentafel 2 Bjd. 70 Pfg.
 1463L*
 S. F. Dinslage,
 Kottbuserstr. 4, Hof part.

Vier Mark kosten 2 Kabinet-
 und 12 Bildbilder
 bei **Böhme, Lindenstr. 13,**
 gegenüber der Zimmerstraße.
Gelegenheitskauf
 für Brautleute: Im Möbelspeicher
 Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über
 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
 Zeit verlichen gewesene u. neue Möbel
 spottbillig verkauft werden. Ganze
 Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
 Teilzahlung gestattet. Beamten ohne
 Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
 spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
 Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
 18, Kuchenschrank-Kleiderspinden 30, Stühle
 3 Mark, hochfeine Ruchelispinden 40,
 Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
 schreibtische, Damenschreibtische 30,
 Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15
 Mark, Garderobenspinden, Paneeles-
 sophas 75, Buffets, Trumeaux 85 M.,
 Betten, Couffentische, alles spott-
 billig. Auch einzelne Gegenstände
 werden zu Engrößenpreisen verkauft.
 Empfehle allen Herrschaften, mein
 größtes Möbellager Berlin zu be-
 sichtigen u. sich von den staunend billigen
 Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
 können bis April kostenfrei stehen
 bleiben und werden durch eigene Ge-
 spanne transportiert und aufgestellt.

Für Wiederverkäufer!
 Ger. Schinken 6-12 Pfund schwer, à Pfd. 65-80-86 Pf.
 Ger. Speck, von 5 Pfd. an, à Pfd. 56-60-63 Pf. Salami-
 f. Leber- u. Schlackwurst, 5 Pfd. gemischt, à Pfd. 75 Pf.
 Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt, à Pfd. 48 Pf.
 Pökelkamm, ohne Knochen, à Pfd. 60 Pf. 1898
 J. A. Partenholmer, Kaiser Wilhelmstr. 19a, u. l. Markt, a. d. Mühlstr.

Zum rothen Cylinderhut!
Hüte mit **W. Zapel,**
 1256L* Arbeiter-Kontroll-
 marke. Skaltzerstr. 131
 Auswahl in Schirmen. neben
 Fräter & Rossmann.

Wichtig für Jedermann!
 Gegen wolle Lumpen aller Art liefern moderne haltbare Kleider-
 Unterrock- und Käuserstoffe, Schlafdecken, Teppich, sowie Fuchskin,
 blau Cheviot und Foden anerkannt billig. - Muster frei.
Gebrüder Cohn, Balkenfeld a. Harz 7.
 Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW, Weckerstr. 36 u. l.
 bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: U, Ardenstr. 21 und
 Prenzlauerstraße 18, bei E. Baum; N, Fionshof-Platz 3 bei
 J. Gebler. 1465L*

Für nur 5 1/2 Mark
 versende per Nachnahme meine allseitig anerkannt beste
Konzert-Zieh-Harmonika „Triumph“,
 mit 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelbälge (Hacher Balg), 2 Hubster u. Nickel-
 beschläge, 20 Doppelstimmen, 2 Wäffen, Schräg offene Klaviatur u. breitem
 Klaviatur, daher großartig laute Musik. Die Klaviaturdecken
 sind mit starken Stahl-Edenschonern versehen, daher unverwundlich. Größe
 ca. 35 cm. Wirklich große Prachtinstrumente.
 Meine berühmte Selbstlernschule „Triumph“ mit Doppelgriffen
 lege gratis bei. Verpackung berechne nicht. Porto 80 Pf. **Neu** ich allein
 bin durch großen Umsatz im Staude, dieses Prachtwerk zum Spot-
 preis von nur 5 1/2 Mark zu liefern.
 Herr Max Kramer, Obermühle, schreibt: Bitte, meinem Kollegen
 auch eine Harmonika „Triumph“ zu senden. Dieser ist auch gar entzückt
 über das Prachtwerk, wirklich Triumph der Zeit.
 Man bestelle daher nur bei
Wilh. Mächler, Musik-Expot,
 Neuenrade (Westfl.).
 Nicht gefallende Waare nehme zurück, daher kein Risiko. Umwerthen
 Besteller bitte sich auf diese Zeitung zu beziehen. 47,20
Ebel's Caféhalle, Seydoltstr. 17, Ecke Alte Jakobstraße.
 Kaffee 10-15, Schokolade 15, Bier 10 Pf. 1898

Alle
 sollen es erfahren! Durch Ankauf
 auf Auktionen und von Konkurs-
 massen bin ich in der Lage, jedes Stück
 billiger zu verkaufen, als alle anderen
 Geschäfte! Ich verkaufe daher: Hoch-
 elegante Einsegnungsanzüge v. 9,50 M.
 an, hochfeine Herren-Sommer-Paletots
 v. 9,75 M. an, elegante Damenmäntel
 u. Jaquets von 5,50 M. an, hocheleg.
 Herren-Anzüge v. 12,50 M. an, hochfeine
 Herren-Hosen von 2,75 M. an, Leber-
 u. Arbeits-Hosen zu 2,35 M., hocheleg.
 Reiser-Jaquets u. Hosen v. 4,75 M. an,
 Knaben- und Burchen-Anzüge in allen
 Größen, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche,
 Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Re-
 volver, Tischings, Gewehre, Harmonikas,
 Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w.
 zu enorm billigen Preisen!
Gustav Lucke, Waarenhaus,
 Berlin,
 131. Oranienstr. 131.

Maifestzeichen!!
 Neues Muster, zweckmäßiges
 Demonstrationsmittel empfiehlt
B. E. Buchwald, Altenburg, S.-A.
Martin Klein,
 Uhrmacher,
 25 Neue Hoch-Strasse 25
 Lager aller Arten Uhren.
 Reparaturen zu soliden Preisen
Reell und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-
 fabrik von W. Hirschko, gegründet 1872,
 Skafingerstr. 13, Ecke Admiralsstraße,
 am Kottbuser Thor. 13878*

Ausverkauf
 v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
 waaren wegen Aufgabe des Laden-
 geschäfts zu herabgesetzten Preisen
 von
Julius Apelt,
 Sebaldstr. 20.
Cigarren
 zu Fabrikpreisen von 33 M. an, große
 Auswahl in allen Preislagen in vor-
 züglicher Qualität, empfiehlt
W. Lindemann, Heimstr. 24.
Destillation
 mit Nebenräumen und großem Verein-
 stammer, gutgehend, an einen Partei-
 genossen zu verl. Ewinemünderstr. 45.

Herren-Anzüge nach Maass 33 M. in reinwoll. Stoffen
Sommer-Paletots nach Maass 30 M. u. guter Ausführung
 H. Graf, Schneidern.
 Blumenstraße 3.

Kaufen Sie nicht
 anderswärts, bevor Sie sich nicht überzeugt
 haben, dass bei mir die „billigste Bezugs-
 quelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle
 Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt
 wird:
 Herrenhüte steif und weich 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in E. Haarität 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in Loden 2,- 2,50 3,- 3,50
 Kinderhüte 1,25 1,50 1,75 2,- 2,50 3,-
 Contourmännchenhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 Cylinderhüte 1,50 1,75 2,- 2,50
 im Fabrikantenteil bei **Oscar Arnold**
Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz
 (kein Laden).
Kontrollmarkenhüte zu den billigsten Preisen!

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brautweine,
 alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Brak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
 Kleinverkauf von 10 Pf. ab.
Jede Uhr 
 u reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Großes Lager
 neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue Silberne
 Zylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an,
 goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silber-
 waaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
 5466L* Uhrmacher. Chausseestr. 78

Frühjahrs-Hüte
 in modernster Ausführung für Damen und Kinder, garniert und ungarnt,
 empfiehlt zu billigsten Preisen
Siegfried Sabor,
Alexanderstraße 22,
 nahe dem Bahnhof Jannowbrücke.

Möbel aller Art, in Mahagoni u. Nussbaum in grösster
 Ausw. billigst bei **A. Schatz sr., Brunnenstr. 160.**
Zum Umzug! Haus- und Küchengeräte
 billigst
Sämtliche Eisenwaaren! Hermann Schröder
 Blumenstr. 69, Ecke Marsiliusstr.

Graphisches Gewerbe.

Sonntag, den 31. März, vormittags 10^{1/2} Uhr,
im Böhmisches Brauhause, Landsberger Allee:
Allgemeine Versammlung
sämtlicher im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel:
„Die Umfuryvorlage und das Buchdruckgewerbe“.
2. Wie feiern wir den 1. Mai?
3. Berichterstattung über das graphische Kartell.
4. Diskussion.

Der Einberufer: **Massini.**
Färber, Delateneur, Appreteure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.

Sonntag, den 31. März 1895,

bei **Seuke (Reuz' Salon)**, Rannuhustraße Nr. 27:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion.
3. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben.
4. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft.
Arbeiter u. Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin).

Sonntag, den 31. März, abends 6 Uhr,

bei **Gründel**, Brunnenstraße 188 (am Rosenthaler Thor):
Branche-Versammlung

aller in der

Luxus- u. Spitzenpapier-Branche beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Werth des Lebens“.
Referent: Kollege **P. Jahn**. 2. Diskussion. 3. Werkstätten-Angelegenheiten.
Nach der Versammlung:

Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Verband der Sattler und Tapezierer.

Versammlungen

am Sonnabend, den 30. März cr., abends 8^{1/2} Uhr, im Centrum
bei **Herrn Wienecke**, Alte Jakobstr. 83.

Tages-Ordnung:

1. Wodurch stärken wir unsere Organisation? 2. Verschiedenes.

Im Norden bei **Herrn Krüger**, Fennstraße Nr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

214/11 **Die Ortsverwaltungen.**

Steglitz! Friedenau!

Montag, den 1. April, abends 8 Uhr,
im Schwarzen Adler in Steglitz, Albrechtstr. 125:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere politische Lage.
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zur Mäseier.
4. Die Frauenorganisationsfrage.

Referentin: **Frau Mesch.** 259/15
Zellerfassung findet statt. **Der Vertrauensmann.**

Achtung, Rixdorf!

Sonntag, den 31. März, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn
Kummer, Berlinerstrasse 136:

Gr. öffentl. Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurerkongress eventuell Wahl des Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches. 3. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskartell.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
180/12 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Pankow. Achtung!

H. Störr's Gesellschafts-Haus,

Mühlenstrasse 25.

Sonntag, den 31. März d. Js., nachmittags 3 Uhr:

Öffentlicher Vortrag

des Herrn **Reinh. Gerling.**

(Vorsteher der Magnetischen Gesellschaft zu Berlin.)

Entree 20 Pf. Entree 20 Pf.

Um zahlreichen Besuch bitten **H. Störr. Reinh. Gerling.**

Bestellungen auf **Mai-Marken** erbitte bis
Ruster gratis u. franko. längstens
15. April.
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig,
Marken- und Stempelfabrik.

Einsegnungs-Anzüge

in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot zu sehr billigen, aber
festen Preisen. **J. Lindenbaum**, Gr. Frankfurterstr. 139.

16948* **Feste Preise.** Spezial: Anfertigung nach Maass. **Feste Preise.**

Orts-Krankenkasse

der Strumpfwirker.

Montag, den 8. April, abends
8^{1/2} Uhr, in Feind's Salon, Weine-
straße 11: 248/6

ordentliche

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl v. Arbeitnehmer-
vertretern.
2. Beschlußfassung über den vom
Oberpräsidenten verfügten V.Nach-
trag des Statuts.
3. Rechnungslegung für 1894. Be-
richt des Rechnungsprüfungs-Aus-
schusses und Entlastung des Ren-
danten.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Dele-
gierten ersucht
248/6 **Der Vorstand.**

Soziald. Arbeiterverein für Köpenick u. Umgegend.

Dienstag, den 2. April, abends präz.
7^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Schulz,
Schönerlindestraße:

Vereinsversammlung.

Tagesordnung:

1. Vierteljahresbericht des Kassiers.
2. Das bevorstehende Osterfestgütigen.
3. Stellungnahme zum 1. Mai.

Um regen Besuch bittet
52/18 **Der Vorstand.**

Zentralverband deutscher Brauer.

Zweigverein der Provinz Brandenburg.

Sonntag, den 31. März 1895,
nachm. 2 Uhr:

Öffentliche Brauer-Versammlung

im Saale des Herrn Fritz Zabol,
Eindenstraße 106.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten und weitere
Anträge zum Kongress.
2. Wahl eines Kongress-Komitees.
3. Vereinsangelegenheiten und Ver-
schiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch bittet
316b **Der Vorstand.**

Verband aller in der Metall- industrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.

Laut Beschluß der Generalversamm-
lung vom 24. März, werden die jetzt
bestehenden Bezirksbibliotheken auf-
gehoben, um dieselben vereinigt ins
Zentrum der Stadt zu verlegen. Es
können daher Bücher nicht mehr
ausgegeben werden. Wir erlauben
jedoch alle Mitglieder, welche Bücher
aus unseren Bibliotheken entnommen
haben, dieselben umgehend an den
Bibliothekstagen jedoch bis spätestens
Donnerstag, den 18. April, zurück-
zugeben.

Die Neueröffnung der im Centrum
errichteten Bibliothek werden wir später
bekannt geben.
194/1 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Sonntag, den 7. April, vormitt. 10 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandanten-
straße 20:

General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeit-
nehmer unserer Kasse.

Tagesordnung: 1. Vorlesung der
Protokolle. 2. Berichterstattung des
Rechnungs-Ausschusses und Nachge-
kehrteilung. 3. Verschiedenes.
359/6 **Der Vorstand.**

Achtung!

Den Parteigenossen des **Wedding**
und der **Graniener Vorstadt**
diene zur Nachricht, daß ich sowohl
wie **Stolzenburg** laut Beschluß der
Kommission (Nr. 2 d. Vorw., 2. Teil.)
Abonnenten auf den „Vorwärts“ und
Parteiliteratur annehmen kann und
empfehle mich zur pünktlichen Lieferung
derselben. Parteigenossen, sorgt dafür,
daß auch die zweite Abgabe bald eröffnet
werden kann.

Karl Weiss, Teichstr. 46a
Zeitungs-Expeditur.
Mit Genehmigung der Kommission.

Zur rothen 5.

Cohn's Hosen u. Knabengarderob.-
Fabrik.

5. Pallisadenstr. 5, part.
arb. aus besten einzelne Leibchen-
Anze- Surshen und Herren-Hosen,
sowie Knaben- u. Surshen-Anzüge,
auch Herren-Anzüge nach Maß zu
billigsten Lagerpreisen. Als billigste
Quelle Berlins längst bekannt.

Mehl Backzuthaten

und alle (1895)*
liefert in anerkannt vor-
züglicher Güte jetzt ganz besond. preisw.

P. Herrguth,
Berlin, Müllerstr. 130 (Weddingplatz).
Wiederverk. besond. Vorzugspreise.

Buchhandlung des „Vorwärts“

2. Beuth-Strasse. Berlin SW. Beuth-Strasse 2.

In unserer Verlage ist soeben erschienen:

Karl Marx'

Die Klassenkämpfe in Frankreich

1848 bis 1850.

Mit einer Einleitung von **Friedrich Engels.**

112 Seiten Oktav. Preis M. 1.—. Porto 10 Pfennig.

Mit dieser Schrift, die ursprünglich unter dem Titel „1848 bis 1850“ in
der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850)
erschienen ist, unterbreiten wir der Öffentlichkeit eine meisterhafte Studie von
Karl Marx, worin der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum
ersten Male diese fruchtbare Methode anwendet zur Aufhellung des Charakters
der 1848er Revolutionärbewegung und der sie bedingenden wirtschaftlichen und
sozialen Kräfte. Die Einleitung von **Friedrich Engels** zeichnet knapp und
klar mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart die geschichtliche Entwicklung
der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen
Stimmenrecht und — zur Umfuryvorlage, die dazu bestimmt ist, das Erscheinen
solcher Schriften unmöglich zu machen.

Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 30. März, abends 9 Uhr,
in den Festsälen von **Louis Keller**, Koppenstraße Nr. 29:

Großes Fest.

unter Mitwirkung des 40 Mitglieder starken **Berliner Konzert-Orchesters**
unter Leitung des Herrn **Grass**, der Sängerin **Annie Hindermann**,
des Geigenvirtuosen **F. Borisch**, der Schauspieler **Helene v. Rienz**
und **Paul Nollet**, sowie des **Gesangsvereins Typographia.**

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Im oberen Saale von Beginn des Festes an: **Tanz.**
Billets à 50 Pf. inkl. Tanz sind in allen Zahlstellen
zu haben.

Zahlstellen des Vereins:

Norden: Ernst Boyer, Zigarren-Handlung, Veteranenstraße 13;
H. Mohr, Zigarren-Handlung, Diederhofenerstraße 3; **M. Winkelmann**,
Zigarren-Handlung, Vickerstr. 153; **Emil Diecks**, Restaurateur, Eotbringer-
straße 67; **A. Rinze**, Zigarren-Handlung, Panfstr. 14a; **Hermann Vogel**, Zigarren-
Handlung, Demminstr. 62. **Nordosten:** Franz Niemeyer, Zigarren-Hand-
lung, Weberstraße 19; **H. Mamlock** (fr. Gumpel), Zigarren-Handlung, Barnim-
straße 42. **Osten:** Max Kothe, Zigarren-Handlung, Koppenstr. 90; **E. Böhl**,
Restaurateur, Frankfurter Allee 74; **P. Wilke**, Restaurateur, Andreasstr. 26.
Südosten: E. Arndt, Zigarren-Handlung, Stallingerstraße 107; **C. Böhlert**,
Zigarren-Handlung, Mariannenstr. 5; **L. Tolksdorf**, Gastwirth, Sorauerstr. 17;
H. Voss, Zigarren-Handlung, Spandauerstr. 99a; **C. Koch**, Zigarren-Handlung,
Bückerstr. 58. **Süden:** J. Gädloke, Zigarren-Handlung, Gräferstr. 93;
G. Schulz, Zigarren-Handlung, Admiralsstr. 40a; **W. Börner**, Zigarren-
Handlung, Ritterstr. 15; **H. Bako**, Buchhandlung, City-Passage, Dresden-
straße 52/53. **Südwesten:** A. Ochs, Zigarren-Handlung, Eindenstr. 59;
J. Windthorst, Zigarren-Handlung, Jantkestr. 1; **A. Laags**, Restaurateur,
Fährbringerstr. 22; **Albert Wöttger**, Zigarren-Handlung, Joffenerstr. 21.
Westen: A. Faller, Restaurateur, Pallasstr. 16; **C. Behrend**, Restaurateur,
Blumenthalstr. 5. **Nordwesten (Moabit):** **W. Rodemann**, Weis-
walderstraße 3. **Centrum:** **Albert Löwenberg**, Zigarren-Handlung,
Neue Schönhauserstr. 18; **P. Korsch**, Zigarren-Handlung, Gipsstr. 5; **Bruno**
Scheithauer, Musikalien-Handlung, Rosenthalerstr. 61.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

300/16 **J. A. Julius Türk**, O., Blumenstraße 21.

Arbeiter

Hüte

mit
Kontrollurke



Parteigenossen
O. Gerholdt,
Dresdener
Straße Nr. 2
(am Stadtbufer Thor).
Größtes Lager in Sonnen- u. Regenschirmen.

Künstl. Zähne 2M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1M. Plomben 1,50 M. Rep.
sof. Theilz Zahnarzt **Wolff**, Leipzigerstr. 22. Spr. 6-7 Uhr.

Strong reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfiehlt zur bevorstehenden Saison nachstehende Spezialartikel:

- | | |
|---|--------|
| Einsegnungs-Anzüge , 1- und 2reihig, in rein-
wollenen Satin, Kammgarn u. glatten Tuchstoffen von M. 12 an. | |
| Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, | 18-24 |
| 1- u. 2reihig in glatten Diagonal, Kammgarn-,
Cheviot- u. Satin-Stoffen, | 20-35 |
| 1- u. 2reihig modernster Farben in Satin u.
englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung | 22-36 |
| Mod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz. Kammgarn-
u. Satin-Stoffen, moderner Façons | 25-38 |
| Gehrd-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und
Kammgarn-Stoffen, 2reihig. | 30-45 |
| Paletots echtfarbig in Satin und Diagonal | 15-30 |
| 1. hochf. Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen | 20-35 |
| Sackfaçons, ohne Naht | 18-27 |
| Beikleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch.
Farben, Kammgarn und Cheviot | 5-10 |
| Brickleder , in engl. Dessins und engl. Façons | 8-14 |
| Knaenpaletots , Knabenanzüge kleidsamer Façons in großer Auswahl. | |
| Schlangzüge in Cheviot-, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen. | 17-28* |
| 1- und 2reihig etc. | |

Betellungen nach Maass von englischen, französischen
und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter
meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.